

PROGNOSE FÜR 2005 UND 2006: WIRTSCHAFTS-
WACHSTUM DURCH ERDÖLPREISHAUSSE GEBREMST,
ABER HÖHER ALS IM EURO-RAUM

WIRTSCHAFTSCHRONIK

ÖSTERREICH UND SCHWEIZ – ERFAHRUNGEN MIT
UND OHNE EU-MITGLIEDSCHAFT

2004 ERGEBNIS ALLER PRIVATVERSICHERUNGS-
ZWEIGE STARK VERBESSERT

ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Präsident

Dr. Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vorstand

Dr. Hannes Androsch

Mag. Anna Hochhauser, Generalsekretärin der Wirtschaftskammer Österreich

Waltraud Klasnic, Landeshauptmann der Steiermark

Dr. Stephan Koren, Präsident des Verbandes Österreichischer Banken und Bankiers

Dkfm. Ferdinand Lacina

Univ.-Prof. Dr. Michael Landesmann, Wissenschaftlicher Leiter des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche

Dr. Klaus Liebscher, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Dr. Sepp Rieder, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke

KR Herbert Schimetschek, Präsident der Oesterreichischen Nationalbank

Rudolf Schwarzböck, Präsident der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs

Dr. Veit Sorger, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Abgeordneter zum Nationalrat Friedrich Verzetnitsch, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Mag. Thomas Wieser, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Vizepräsidenten

Dr. Erich Streissler, Professor für Nationalökonomie an der Universität Wien

Mag. Herbert Tumpel, Präsident der Bundesarbeitskammer

Kuratorium

August Astl, Markus Beyrer, Giorgio Dominese, Wolfgang Duchatzek, Harald Ettl, Günther Goach, Rudolf Gruber, René Alfons Haiden, Franz Helbich, Hans Hofinger, Manfred Holztrattner, Johann Kalliauer, Dietrich Kärner, Christian Konrad, Heinrich Kopetz, Paul Mailáth-Pokorny, Werner Muhm, Erich Pramböck, Erwin Pröll, Claus Raidl, Gerhard Randa, Wolfgang Ruttenstorfer, Herbert Sausgruber, Richard Silvestri, Herwig van Staa, Ulrich Stacher, Gerhard Steger, Andreas Treichl, Heinrich Treichl, Franz Vranitzky, Josef Wöhner, Bruno Zluwa

Wissenschaftlicher Beirat

Alberto Alesina (Harvard University), Jeroen C.J.M. van den Bergh (Vrije Universiteit, Amsterdam), Tito Boeri (Università Bocconi Mailand), Peter Bofinger (Universität Würzburg), Jean-Paul Fitoussi (OFCE), Wolfgang Franz (ZEW), Paul Geroski (University of London, UK Competition Commission), Jürgen von Hagen (ZEL), Dietmar Harhoff (Ludwig-Maximilians-Universität München), Claudia Kemfert (DIW, Humboldt Universität zu Berlin), Francis Kramarz (INSEE), Ruud de Mooij (CPB), Werner Rothengatter (Universität Karlsruhe), Gerhard Untiedt (GEFRA), Andrew Wyckoff (OECD)

Leiter: Helmut Kramer

Stellvertretende Leiter: Karl Aiginger, Angela Köppl, Karl Musil

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Karl Aiginger, Josef Baumgartner, Gudrun Biffl, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Fritz Breuss, Margarete Czerny, Martin Falk, Rahel Falk, Oliver Fritz, Alois Guger, Franz R. Hahn, Heinz Handler, Peter Huber, Ulrike Huemer, Serguei Kaniovski, Angelina Keil, Wolfgang Klameth, Daniela Kleizan, Angela Köppl, Kurt Kratena, Hannes Leo, Hedwig Lutz, Helmut Mahringer, Markus Marterbauer, Peter Mayerhofer, Christine Mayrhuber, Gerhard Palme, Michael Peneder, Wolfgang Pollan, Andrea Pöschl, Wilfried Puwein, Marcus Scheiblecker, Marianne Schöberl, Margit Schratzenstaller, Stephan Schulmeister, Susanne Sieber, Franz Sinabell, Egon Smeral, Thomas Url, Ewald Walterskirchen, Yvonne Wolfmayr-Schnitzer, Michael Wüger

Organisation und Verwaltung

Ulrike Bachmaier, Maria Bauer, Gertrude Czettl, Gabriela Hötzer, Christine Kautz, Gwendolyn Kremser, Peter Leser, Andrea Luger-Hoeffling, Eva Novotny, Robert Novotny, Vera Plass, Andrea Ranzenberger, Leopold Schehwendter, Ilse Schulz, Gabriele Schiessel, Gabriele Schober, Gerhard Schwarz, Monika Skrobaneck, Kristin Smeral, Christine Stoidl, Karin Syböck, Marianne Uitz, Tatjana Weber

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autorinnen und Autoren gezeichnet. Sie entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich.

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • Geschäftsführer: Prof. Dr. Helmut Kramer • Vereinszweck: Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland. Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse

Herausgeber: Helmut Kramer
Schriftleiter: Wolfgang Pollan •
Redaktion: Ilse Schulz •
Technische Redaktion:
Tatjana Weber

Medieninhaber (Verleger) und
Redaktion: Österreichisches Institut für
Wirtschaftsforschung • Wien 3, Arsenal,
Objekt 20

A-1103 Wien, Postfach 91 •
Telefon +43 1 798 26 01-0 •
Fax +43 1 798 93 86 •
<http://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für
Wirtschaftsforschung
Druck: Ueberreuter Print und Digimedia
GmbH., 2100 Korneuburg

P.b.b., Erscheinungsort Wien,
Verlagspostamt 1030

Preis pro Jahrgang (12 Hefte und
Online-Zugriff): € 212,00 • Preis pro
Heft: € 21,20 • Downloadpreis
pro Artikel: € 11,00

Inhalt

651 ■ **Wirtschaftswachstum durch Erdölpreishausse gebremst, aber höher als im Euro-Raum. Prognose für 2005 und 2006**

Markus Marterbauer

Das reale Wirtschaftswachstum wird heuer 1,7% erreichen, neuerlich merklich weniger als im langfristigen Durchschnitt. Dämpfend wirken vor allem die hohen Energiepreise. Sie steigern die Inflationsrate und drücken die Konsumnachfrage der privaten Haushalte. Die Exportwirtschaft wächst nach dem besonders guten Jahr 2004 auch heuer merklich. Der WIFO-Konjunkturtest vom September zeigt eine Aufhellung der Stimmung in der Industrie. Hingegen beleben sich die Ausrüstungsinvestitionen bislang nicht; sie dürften heuer real unter dem Niveau des Vorjahres liegen.

Seit dem 1. Mai 2005 setzte die Wirtschaftspolitik eine Reihe von expansiven Maßnahmen, etwa die Ausweitung der außerbudgetären Infrastrukturinvestitionen, der Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik. Diese Maßnahmen werden das Wirtschaftswachstum 2006 leicht beschleunigen, sodass die heimische Wirtschaft etwas rascher wächst als im Durchschnitt des Euro-Raums. Die damit verbundene Mehrbelastung trägt allerdings auch zu einem leichten Anstieg des Budgetdefizits bei.

666 **Kennzahlen zur Wirtschaftslage**

Internationale Konjunkturindikatoren: Wechselkurse • Weltmarkt-Rohstoffpreise

Kennzahlen für Österreich: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995 • Zahlungsbilanz • Tourismus • Außenhandel • Zinssätze • Landwirtschaft • Sachgütererzeugung • Bauwirtschaft • Binnenhandel • Verkehr • Bankenstatistik • Arbeitsmarkt • Preise und Löhne • Staatshaushalt • Soziale Sicherheit • Umwelt • Entwicklung in den Bundesländern

679 **Wirtschaftschronik. III. Quartal 2005**

Angelina Keil

681 **Österreich und Schweiz – Erfahrungen mit und ohne EU-Mitgliedschaft**

Fritz Breuss

Österreich und die Schweiz haben unterschiedliche Strategien der europäischen Integration gewählt: Österreich nimmt als Mitglied der EU (1995) seit 1999 auch an der Wirtschafts- und Währungsunion teil. Die Schweiz schlug hingegen nach der Ablehnung des EWR-Abkommens 1992 den Weg der bilateralen Annäherung an die EU ein und ist heute mit der EU über zwei bilaterale Abkommen in den wesentlichen ökonomischen Integrationsfeldern verbunden. Österreich kann – ein Vorteil der vollen ökonomischen Integration – die potentiellen Integrationseffekte des Binnenmarktes und der Währungsunion ausschöpfen, unterliegt allerdings als EU- und Euro-Land den damit verbundenen wirtschaftspolitischen Zwängen. Überdies ist ein reiches EU-Land in der Regel Nettozahler in den EU-Haushalt. Insgesamt fällt die Bilanz nach zehn Jahren EU-Mitgliedschaft für Österreich positiv aus: Im Durchschnitt dürfte das BIP um bis zu ½ Prozentpunkt pro Jahr rascher gewachsen sein als ohne EU-Integration. Die Schweiz bezog durch die verzögerte und nur partielle Teilnahme am europäischen Binnenmarkt nur vereinzelt Vorteile aus dieser Form der Annäherung an die EU. Der Bilateralismus erlaubt allerdings, im Rahmen von sektoriellen Abkommen nur jene Integrationspunkte zu verhandeln, die im nationalen Interesse sind. Die Schweiz entgeht zum einen dem Nachteil der Nettozahler ins EU-Budget und kann zum anderen weiterhin eine eigenständige Wirtschaftspolitik betreiben. Per Saldo dürfte die Schweiz im letzten Jahrzehnt Wohlfahrtseinbußen erlitten haben.

715

2004 Ergebnis aller Privatversicherungszweige stark verbessert

Thomas Url

Nach der verhaltenen Entwicklung des Jahres 2003 hat sich das Prämienwachstum in der Versicherungswirtschaft 2004 mehr als verdoppelt. Für 2005 zeichnen Umfragen des WIFO ebenfalls ein optimistisches Bild. Der Aufschwung wurde sowohl durch die Lebens- als auch durch die Schaden-Unfallversicherung getragen und mündete in einem neuen Höchstwert der Versicherungsdurchdringung. Mit dem Wegfall von Echoeffekten fielen die Leistungen in der Lebensversicherung um nahezu ein Viertel geringer aus als im Vorjahr; in der Kranken- und in der Schaden-Unfallversicherung stiegen sie mäßig. In allen Versicherungsabteilungen ermöglichte das gute Veranlagungsergebnis sowohl eine deutliche Ausweitung der versicherungstechnischen Rückstellungen als auch ein hohes Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

Summaries

663

Economic Growth Dampened by Oil Price Hike, but Exceeding the Euro Area Average. Economic Outlook for 2005 and 2006

714

Austria and Switzerland – Experience With and Without EU Membership

722

In 2004 Actuarial Results and Investment Earnings Soared for all Insurance Lines

Online-Zugriff

■ <http://www.wifo.ac.at/publ/mb>

Alle Artikel seit 1998 im Volltext online verfügbar (PDF) • Seit 2003 als PDF- und als HTML-Version • Kostenloser Zugriff für Förderer und Mitglieder des WIFO sowie für Abonnenten

Markus Marterbauer

Wirtschaftswachstum durch Erdölpreishaussage gebremst, aber höher als im Euro-Raum

Prognose für 2005 und 2006

Das Wirtschaftswachstum wird heuer nur 1,7% erreichen, für das kommende Jahr wird eine geringfügig höhere Rate erwartet. Die hohen Energiepreise beeinträchtigen die verfügbaren Realeinkommen der privaten Haushalte und damit die Konsumnachfrage. Jüngst zeigte sich eine Aufhellung der Stimmung in der Industrie, die eine Erholung der schwachen Ausrüstungsinvestitionen nach sich ziehen könnte. Die Ausweitung der öffentlichen Ausgaben für Infrastruktur, Forschung und Qualifizierung hat ein positives Wachstumsdifferential gegenüber dem Euro-Raum zur Folge. Sie bewirkt allerdings auch einen leichten Anstieg des Budgetdefizits.

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. • Abgeschlossen am 30. September 2005.
• E-Mail-Adresse: Markus.Marterbauer@wifo.ac.at

Die österreichische Wirtschaft ist auf einen Pfad mäßigen Wachstums eingeschwenkt. Das reale BIP stieg im II. Quartal gegenüber der Vorperiode saisonbereinigt um 0,4%, in ähnlichem Ausmaß könnte es im 2. Halbjahr zunehmen. Die Konjunktur wird vor allem von den hohen Energiekosten gebremst, deren direkter Anteil an den Konsumausgaben 7% beträgt. Daraus ergibt sich ein Beitrag zum Anstieg der Verbraucherpreise von etwa ½ Prozentpunkt. Unter der Annahme, dass die Überwälzung der hohen Energiepreise auf die Preise anderer Güter und Dienstleistungen so verhalten bleibt wie bislang, wird die Inflationsrate heuer 2,4% und 2006 2,1% betragen. Das Wachstum der verfügbaren Realeinkommen der privaten Haushalte beträgt nur gut 1½% pro Jahr und bedeutet eine Ausweitung des privaten Konsums um real 1,4%. Der Anstieg ist damit höher als im Vorjahr, aber zum fünften Mal in Folge merklich niedriger als im langfristigen Durchschnitt. Dies beeinträchtigt die Konjunktur im Handel und in anderen Dienstleistungsbereichen.

Der Sektor der exportorientierten Industrie wächst rascher als die von der Binnennachfrage abhängigen Wirtschaftsbereiche. Die heimischen Exportbetriebe erweisen sich als recht wettbewerbsfähig, sie steigern ihre Warenausfuhr nach dem besonders erfolgreichen Jahr 2004 (real +12,9%) heuer neuerlich um 4,2%. Besonders kräftig steigt dabei die Nachfrage der erdölexportierenden Länder, deren Einkommen sich merklich erhöht hat. Die Auftragseingänge aus dem Euro-Raum entwickeln sich weniger günstig, hier fehlen nach wie vor Impulse für die Binnennachfrage. Die Unternehmen der Sachgütererzeugung zeigten sich im WIFO-Konjunkturtest bislang unsicher über die weitere Entwicklung der Produktion; jüngst hellte sich das Geschäftsklima allerdings auf. Sofern sich dieses Signal für eine Besserung der Industriekonjunktur bestätigt, kann heuer mit einem Wachstum der Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung von real 2,7% gerechnet werden.

Eine Ausweitung der Produktion und eine Verbesserung der mittelfristigen Absatzerwartungen sind die Voraussetzung für eine Belebung der Ausrüstungsinvestitionen. Bislang blieb die Investitionstätigkeit trotz guter Gewinnlage sehr verhalten, im Jahresdurchschnitt 2005 zeichnet sich ein Rückgang ab (real -1%). Ein Großteil der Investitionsgüter (vor allem Maschinen und Fahrzeuge) wird importiert. Die Investitionsschwäche dämpft so in Verbindung mit der Zurückhaltung der Konsumenten in der

Anschaffung von Pkw auch die Entwicklung der Warenimporte (2005 real +1,7%). Deshalb wird die Handelsbilanz trotz der hohen Energierechnung heuer einen leichten Überschuss aufweisen.

Die Bundesregierung hat seit dem 1. Mai eine Reihe von Maßnahmen gesetzt, die das schleppende Wirtschaftswachstum beleben und den starken Anstieg der Arbeitslosigkeit dämpfen sollen. So wurden die außerbudgetären Mittel für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und die Ausgaben für Forschung ausgeweitet sowie die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik aufgestockt. Vor allem die öffentlichen Investitionen bringen einen Konjunkturimpuls mit sich, die Unternehmen des Tiefbaus melden eine deutliche Verbesserung der Auftragslage. Weil die Nachfrage auch im Wohnbau anzieht, sollte die Wertschöpfung in der Bauwirtschaft heuer real um 1,5% und 2006 um 2% zunehmen.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt						
Real	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,4	+ 2,4	+ 1,7	+ 1,8
Nominell	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,8	+ 4,4	+ 3,5	+ 3,7
Sachgütererzeugung ¹⁾ , real	+ 2,3	+ 0,4	- 0,1	+ 4,6	+ 2,7	+ 3,0
Handel, real	+ 2,0	+ 2,0	+ 0,3	+ 1,9	+ 1,2	+ 1,5
Private Konsumausgaben, real	+ 1,0	+ 0,3	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,7
Bruttoanlageinvestitionen, real	- 1,5	- 5,0	+ 6,1	+ 0,6	+ 0,4	+ 2,4
Ausrüstungen ²⁾	+ 1,9	- 8,2	+ 7,7	+ 0,8	- 1,0	+ 3,0
Bauten	- 4,2	- 2,3	+ 4,8	+ 0,5	+ 1,5	+ 2,0
Warenexporte ³⁾						
Real	+ 6,3	+ 4,3	+ 2,6	+12,9	+ 4,2	+ 5,2
Nominell	+ 6,5	+ 4,2	+ 1,9	+13,9	+ 5,6	+ 6,0
Warenimporte ³⁾						
Real	+ 5,5	+ 0,3	+ 6,5	+11,4	+ 1,7	+ 4,1
Nominell	+ 5,0	- 2,0	+ 5,0	+12,5	+ 4,6	+ 5,7
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. €					
	- 4,13	+ 0,75	- 1,17	+ 0,75	+ 1,24	+ 1,07
	in % des BIP					
	- 1,9	+ 0,3	- 0,5	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,4
Sekundärmarktrendite ⁴⁾	in %					
	5,1	5,0	4,2	4,2	3,4	3,6
Verbraucherpreise						
	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,1
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁵⁾	3,6	4,2	4,3	4,8	5,1	5,1
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾	6,1	6,9	7,0	7,1	7,2	7,2
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁷⁾	+ 0,4	- 0,5	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,9
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP					
	+ 0,1	- 0,4	- 1,2	- 1,0	- 1,9	- 2,0

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – ²⁾ Einschließlich sonstiger Anlagen. – ³⁾ Laut Statistik Austria. – ⁴⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark). – ⁵⁾ Labour Force Survey. – ⁶⁾ Laut Arbeitsservice. – ⁷⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer.

Dem Arbeitsservice stehen 2006 um etwa ein Drittel höhere Mittel für Qualifizierungsprogramme und Eingliederungsbeihilfen zur Verfügung. Der Schwerpunkt soll auf die Unterstützung von Wiedereinsteigerinnen und Jugendlichen gesetzt werden – jene Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt, für die sich die Lage in den letzten Jahren besonders verschlechtert hat. Das WIFO erwartet, dass aufgrund dieser Maßnahmen im Jahr 2006 ein weiterer Anstieg der Arbeitslosenquote verhindert werden kann. Die Zahl der Arbeitslosen wird dann mehr als 250.000 erreichen. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 7,2% der unselbständig aktiv Beschäftigten bzw. 5,1% der Erwerbspersonen laut Eurostat. Das generelle Muster der Arbeitsmarktentwicklung verändert sich nicht: Die Beschäftigung steigt trotz mäßigen Wirtschaftswachstums um etwa 1%; gleichzeitig erhöht sich das Arbeitskräfteangebot viel rascher als in der Vergangenheit.

Die seit Mai 2005 gesetzten Maßnahmen expansiver Budgetpolitik dürften überwiegend im kommenden Jahr wirksam werden und einen Wachstumsimpuls von etwa 0,3% des BIP mit sich bringen. Deshalb expandiert die heimische Wirtschaft etwas rascher als im Durchschnitt des Euro-Raums. Gleichzeitig bedeuten die Mehrausgaben einen leichten Anstieg des Budgetdefizits. Es wird 2006 2% des BIP erreichen und damit höher sein als im Bundesvoranschlag und im Stabilitätsprogramm erwartet.

Die Weltmarktnotierungen für Rohöl stiegen seit dem Sommer nochmals kräftig. Sie waren im September mit über 60 \$ je Barrel um etwa ein Fünftel höher als im Juni und fast drei Mal so hoch wie Ende 2001. Eine Abschwächung der Preishausse zeichnet sich nicht ab: Zum ersten ist die Nachfrage nach Rohöl und anderen Energierohstoffen ungebrochen stark, die anhaltend kräftige Expansion der Wirtschaft Chinas ist sehr energieintensiv. Zum zweiten spiegelt sich die weiterhin hohe Instabilität der weltpolitischen Situation in einem spekulativen Preisaufschlag; auch hier zeichnet sich keine Entspannung ab. Das WIFO unterstellt deshalb für die Konjunkturprognose einen durchschnittlichen Importpreis von Erdöl in den Industrieländern von 58 \$ je Barrel im Jahr 2005 und 62 \$ im Jahr 2006.

In den Industrieländern beeinträchtigen die hohen Energiepreise die Wirtschaftsentwicklung, weil sich die Terms-of-Trade zu deren Lasten verschieben. Allerdings ist der Einfluss auf die Konjunktur in Europa geringer als in den siebziger und frühen achtziger Jahren, weil sich die Erdölintensität der Produktion seither halbiert hat.

Der Anstieg der Energiepreise erhöht direkt die Inflation. Indirekte Effekte auf die Preise anderer Güter und Dienstleistungen ergeben sich aus dem Anstieg der Energiekosten, etwa im Transport. Aufgrund der Dämpfung der verfügbaren Realeinkommen der privaten Haushalte sinkt kurzfristig der Sparanteil am verfügbaren Einkommen. Personen mit niedrigeren Einkommen, die weniger sparen, werden ihre Ausgaben für Konsumgüter unmittelbar verringern, Angehörige anderer Einkommenschichten mit Verzögerung.

Mittelfristig werden in den Industrieländern auch positive Auswirkungen spürbar, wenn in den erdölproduzierenden Ländern dank der Einkommensteigerung die Nachfrage nach dauerhaften Konsum- und Investitionsgütern ausgeweitet wird. Die wachstumsdämpfenden Effekte überwiegen jedoch merklich.

Langfristig löst eine Energieverteuerung Substitutionseffekte aus – etwa durch Veränderung der Konsummuster, Energiesparen oder den Einsatz neuer Technologien.

Aus den Erfahrungen der Vergangenheit lässt sich ableiten, dass ein Anstieg der Rohölpreise um 10% das Wirtschaftswachstum im Euro-Raum und in Österreich um etwa 0,1 Prozentpunkt dämpft. Die Rohölhausse dürfte das Wachstum heuer mit etwa $-\frac{1}{2}$ Prozentpunkt und 2006 in ähnlichem Ausmaß belasten.

Die Weltwirtschaft befindet sich weiterhin in einer Phase regen Wachstums, allerdings kühlt sich das Tempo ab. Die Zunahme der Produktion wird sich von 5% (2004) auf etwa 4% (2006) abschwächen, jene des Welthandels von 8% auf 7%.

Besonders kräftig wächst die chinesische Wirtschaft, die Produktion weitet sich um gut 9% pro Jahr aus. Export und Import nehmen mehr als doppelt so rasch zu. Dies spiegelt den raschen Fortschritt der Integration in die Weltwirtschaft wider. Die Expansion in China bildet den Motor für die Konjunktur in Asien. Vor allem die japanische Volkswirtschaft profitiert von der regen Nachfrage nach Investitionsgütern und dauerhaften Konsumgütern. Sie hat sich seit Anfang 2005 aus der Stagnation gelöst, das Wirtschaftswachstum wird heuer real 2¼% erreichen. Freilich ist die Phase des Rückgangs der Verbraucherpreise noch nicht überwunden.

Auch in den USA ist die Konjunktur aufgrund der starken Binnennachfrage kräftig. Die rege Investitionstätigkeit weist darauf hin, dass die Auslastung der Unternehmen und ihr Optimismus hoch sind. 2006 dürfte der Wiederaufbau in den vom Hurrikan im September betroffenen Gebieten die Entwicklung der Bauinvestitionen zusätzlich beschleunigen. Die Konsumnachfrage expandiert um mehr als 3%. Der Anstieg der Energiekosten trägt wesentlich zur Inflation von merklich über 3% bei. Sie wird das Konsumwachstum etwas dämpfen. Budget- und Leistungsbilanzdefizit bleiben sehr hoch. Die Überhitzung in wichtigen Segmenten des Immobilienmarktes bildet das wesentliche Risiko für die Konjunktur in den USA. Wenn dieses Risiko nicht schlagend wird, ist sowohl für 2005 als auch für 2006 ein Wirtschaftswachstum von mehr als 3% zu erwarten.

Energiepreishausse dämpft Konjunktur

Der Anstieg der Erdölpreise belastet vor allem die Konsumnachfrage. Das Wirtschaftswachstum wird dadurch heuer und im kommenden Jahr im Euro-Raum um etwa $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt gebremst.

Robuste Weltkonjunktur

Die starke Expansion in China trägt wesentlich zur kräftigen Entwicklung des Welthandels bei. In den USA wächst die Wirtschaft neuerlich um über 3%.

Übersicht 2: Annahmen über die internationale Konjunktur

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bruttoinlandsprodukt, real							
OECD insgesamt	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,9	+ 3,2	+ 2,4	+ 2,4	
USA	+ 0,8	+ 1,6	+ 2,7	+ 4,2	+ 3,3	+ 3,3	
Japan	+ 0,2	- 0,3	+ 1,4	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,3	
EU 25	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,1	+ 2,4	+ 1,5	+ 1,6	
EU 15	+ 1,7	+ 1,0	+ 1,0	+ 2,3	+ 1,4	+ 1,5	
Euro-Raum	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,7	+ 2,1	+ 1,3	+ 1,4	
Deutschland	+ 1,2	+ 0,1	- 0,2	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,1	
Neue EU-Länder ¹⁾	+ 2,4	+ 2,4	+ 3,7	+ 5,0	+ 4,5	+ 4,5	
China	+ 7,5	+ 8,3	+ 9,3	+ 9,5	+ 9,3	+ 9,0	
Welthandel, real	+ 0,1	+ 3,4	+ 4,8	+ 7,9	+ 6,7	+ 7,0	
Marktwachstum Österreichs ²⁾	+ 2,3	+ 1,8	+ 5,1	+ 8,4	+ 4,5	+ 4,8	
Weltmarkt-Rohstoffpreise ³⁾							
Insgesamt	- 8	- 5	- 4	+ 18	+ 41	+ 12	
Ohne Rohöl	- 3	- 6	- 6	+ 18	+ 12	+ 11	
Erdölpreis ⁴⁾	\$ je Barrel	23,6	24,1	28,4	36,3	58,0	62,0
Wechselkurs	\$ je Euro	0,896	0,945	1,131	1,243	1,25	1,21

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – 1) Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern. – 2) Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – 3) HWWA-Index, Euro-Basis. – 4) Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

Konsumschwäche hält im Euro-Raum an

Im Euro-Raum bremst die Zurückhaltung der Konsumnachfrage die Konjunktur. Die Wirtschaftspolitik konzentriert sich auf die Verbesserung der Angebotsbedingungen und vernachlässigt das Setzen von zusätzlichen Nachfrageimpulsen.

Im Euro-Raum wuchs das BIP nach ersten Schätzungen im 1. Halbjahr gegenüber dem Vorjahr real um nur gut als 1%. Wie in den letzten fünf Jahren wird die Konjunktur vor allem von der Schwäche der Binnennachfrage gebremst. Im Euro-Raum fehlen aktive Impulse der Wirtschaftspolitik zur Stärkung der Nachfrage, und der Anstieg der Energiepreise trübt die Stimmung unter den Verbrauchern weiter. Deshalb erwartet das WIFO keine Belebung der Binnenkonjunktur in den Ländern der Währungsunion.

Allerdings profitiert der Euro-Raum vom regen Wachstum der Weltwirtschaft. Export und Industrieproduktion entwickelten sich im 1. Halbjahr günstig. Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem Dollar schwächte sich seit Jahresbeginn um 11% ab; dies verbessert die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Produkte. In der Vergangenheit war freilich ein Anstieg der Erdölpreise oft mit einer Abwertung des Dollars verbunden. Eine weitere Aufwertung des Euro würde ein erhebliches Risiko für die Industriekonjunktur in der EU bilden. Die Umfragen der Europäischen Kommission unter den Industrieunternehmen lassen in den Sommermonaten eine leichte Aufhellung des Vertrauens erkennen. Insgesamt bleibt die Kapazitätsauslastung jedoch zu gering, um ein Anziehen der Investitionen zu ermöglichen.

Während Auslandsnachfrage und Industrie eine vorsichtige Erholung der Konjunktur widerspiegeln, wird die Konsumnachfrage der privaten Haushalte durch die hohen Energiepreise gedämpft. Das WIFO erwartet deshalb für die Jahre 2005 und 2006 ein Anhalten der Konjunkturschwäche im Euro-Raum. Das Wirtschaftswachstum dürfte real nur 1¼% bis 1½% betragen.

Die Konjunktur verläuft innerhalb des Euro-Raums sehr unterschiedlich. Besonders ungünstig ist die aktuelle Wirtschaftslage in Italien: Das BIP war im 1. Halbjahr gegenüber dem Vorjahr unverändert. Italien leidet unter einem Rückgang der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und geringer Handlungsfähigkeit der Wirtschaftspolitik. In Finnland schwächte sich die Konjunktur markant ab, das Wachstum lag im 1. Halbjahr real bei nur ½%. Ähnlich niedrig war die Rate in Portugal, den Niederlanden und Deutschland. Ein etwas höheres Wirtschaftswachstum (1½% bis 2%) verzeichneten Frankreich, Belgien und Österreich. In Irland, Luxemburg, Spanien und Griechenland expandierte das BIP deutlich kräftiger.

Die großen Unterschiede zwischen den Wachstumsraten zeigen, dass auch nach mehreren Jahren der Währungsunion keine Synchronisation des Konjunkturverlaufs eingetreten ist. Nationale Besonderheiten spielen weiterhin eine wichtige Rolle. Neben Aufholprozessen in weniger entwickelten Volkswirtschaften zählen dazu besonders die Unterschiede bezüglich der Entwicklung der Immobilienpreise und deren

Auswirkungen auf Konsum und Bauinvestitionen sowie Unterschiede in der Budgetpolitik.

In den drei Ländern der EU 15, die nicht an der Währungsunion teilnehmen, war die Konjunktur in den letzten Jahren günstiger. Nun schwächte sich das Wachstum auf etwa 2% ab. In Großbritannien geht dies auf einen Rückgang der Immobilienpreise und eine Dämpfung der Industriekonjunktur zurück.

Die neuen Mitgliedsländer der EU bauten ihren Wachstumsvorsprung gegenüber der EU 15 deutlich aus, sie erzielten heuer und im kommenden Jahr Raten von rund +4½%. Nach dem EU-Beitritt verstärkten sich vor allem die ausländischen Direktinvestitionen. Auch die Binnennachfrage entwickelt sich günstig.

In Österreich hat sich die Konjunktur nach dem günstigen Sommerhalbjahr 2004 auf einen verhaltenen Wachstumspfad abgeschwächt. Das reale Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich im II. Quartal 2005 saisonbereinigt um 0,4% gegenüber der Vorperiode und um 2,1% gegenüber dem Vorjahr. Für das III. und IV. Quartal erwartet das WIFO ein Wirtschaftswachstum von etwa 0,4% gegenüber dem Vorquartal. Daraus ergibt sich im 2. Halbjahr ein Anstieg um 1¼% bis 1½% gegenüber dem Vorjahr.

Die heimische Wirtschaft dürfte heuer mit real +1,7% und 2006 mit +1,8% den Durchschnitt des Euro-Raums etwas übertreffen. Dazu trägt vor allem eine expansivere Budgetpolitik bei. Nach der Senkung von direkten Steuern im Jahr 2005 wird 2006 die Ausweitung der Infrastrukturinvestitionen und der Forschungsförderung wirksam. Dies und die Erhöhung der Mittel für die Qualifizierung von Arbeitsuchenden dürften das Wachstum des BIP um etwa 0,3 Prozentpunkte beschleunigen.

Mäßiges Wirtschaftswachstum in Österreich

Das Wirtschaftswachstum bleibt in Österreich verhalten. Zwar wirken zusätzliche öffentliche Ausgaben für Infrastruktur, Forschung und Qualifizierung expansiv, die hohen Energiekosten dämpfen aber den privaten Konsum beträchtlich.

Übersicht 3: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006
	Mrd. € (Referenzjahr 2000)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)</i>								
Land- und Forstwirtschaft	3,88	4,18	3,97	3,97	- 1,8	+ 7,7	- 5,0	±0,0
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	40,12	41,99	43,12	44,42	- 0,1	+ 4,6	+ 2,7	+ 3,0
Energie- und Wasserversorgung	5,37	5,51	5,70	5,81	+ 0,7	+ 2,5	+ 3,5	+ 2,0
Bauwesen	15,25	15,39	15,62	15,94	+ 5,2	+ 0,9	+ 1,5	+ 2,0
Handel ²⁾	26,06	26,54	26,86	27,27	+ 0,3	+ 1,9	+ 1,2	+ 1,5
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	8,26	8,41	8,51	8,64	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,2	+ 1,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	13,82	14,17	14,41	14,70	+ 0,1	+ 2,5	+ 1,7	+ 2,0
Kreditinstitute und Versicherungen	9,35	9,80	10,10	10,35	+ 5,9	+ 4,8	+ 3,0	+ 2,5
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	33,64	34,06	34,91	35,72	+ 3,2	+ 1,3	+ 2,5	+ 2,3
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	11,70	11,65	11,61	11,56	+ 1,0	- 0,4	- 0,3	- 0,5
Sonstige Dienstleistungen	27,61	28,11	28,47	28,76	+ 0,8	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	195,00	199,74	203,23	207,04	+ 1,5	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,9
Bruttoinlandsprodukt	217,19	222,49	226,23	230,29	+ 1,4	+ 2,4	+ 1,7	+ 1,8

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

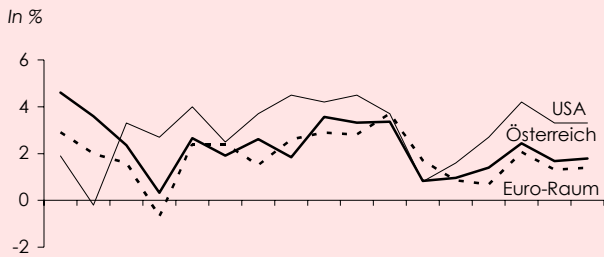
Die öffentlichen Investitionen wirken den konjunkturdämpfenden Effekten der Energieverfeuerung entgegen. Der kräftige Anstieg der Erdölpreise drückt die verfügbaren Realeinkommen und begrenzt den Spielraum für die Ausweitung der Konsumnachfrage der privaten Haushalte. Der private Konsum, mit 56% das größte Aggregat der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, expandiert 2005 neuerlich bedeutend langsamer als im langfristigen Durchschnitt, aber rascher als im Vorjahr. Seine Schwäche bremst die Konjunktur im Handel und in anderen Dienstleistungsbereichen. Ein weiterer Anstieg der Energiepreise bedeutet ein erhebliches Risiko für den

Verlauf der Konjunktur. Deshalb sind die Aussichten für das Jahr 2006 gegenwärtig mit besonders großer Unsicherheit behaftet.

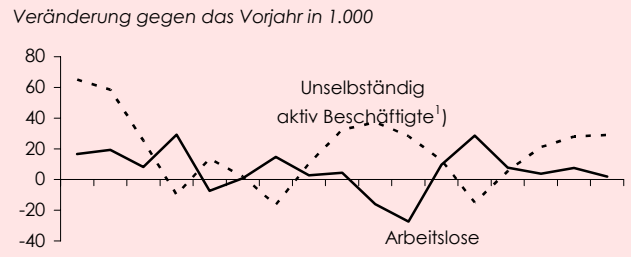
Export und Industrieproduktion entwickelten sich im 1. Halbjahr 2005 günstiger als die Binnennachfrage und die von ihr bestimmten Wirtschaftsbereiche. Der WIFO-Konjunkturtest zeigte von Jahresbeginn bis Juli eine Eintrübung des Geschäftsklimas, die jüngsten Umfrageergebnisse lassen aber eine Erholung erkennen. Die Prognose unterstellt deshalb für das 2. Halbjahr eine leichte Verbesserung der Industriekonjunktur.

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

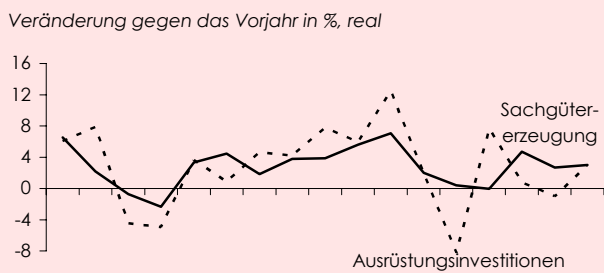
Wirtschaftswachstum



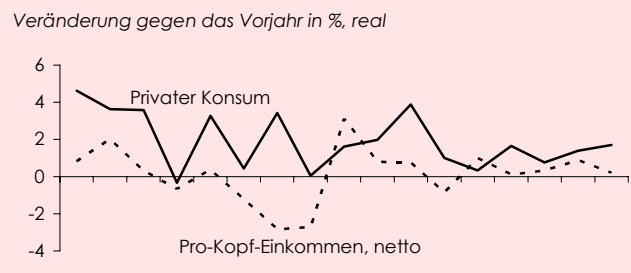
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



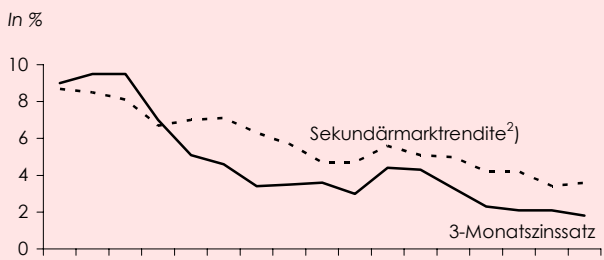
Produktion und Investitionen



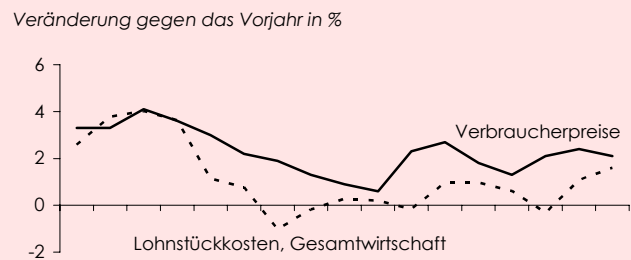
Konsum und Einkommen



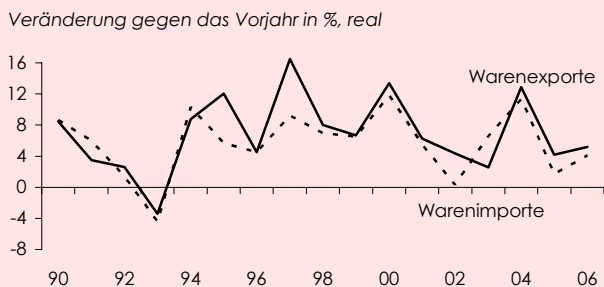
Kurz- und langfristige Zinssätze



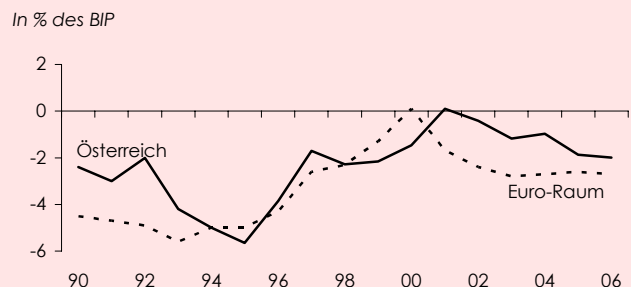
Preise und Lohnstückkosten



Außenhandel (lt. Statistik Austria)



Finanzierungssaldo des Staates



Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Im 1. Halbjahr blieb das Wachstum des Warenexports merklich hinter den hohen Raten des Vorjahres zurück. Nominell war die Ausfuhr um 5% höher als im Vorjahr. Besonders kräftig expandiert die Nachfrage aus den erdölproduzierenden Ländern und aus Südosteuropa, wo die heimischen Exporteure schon seit einigen Jahren Marktanteile gewinnen. Hingegen dämpft die Schwäche der Nachfrage im Euro-Raum die Entwicklung der Ausfuhr – der zweitwichtigste Handelspartner, Italien, befindet sich in einer Rezession. Die Dynamik der Nachfrage aus den neuen EU-Ländern ließ merklich nach, für einzelne Länder (Ungarn) verzeichnet die Außenhandelsstatistik sogar einen Rückgang.

Trotz geringen Marktwachstums profitiert Österreich von der hohen preislichen Wettbewerbsfähigkeit der Exportbetriebe. Obwohl der Euro in den letzten Jahren merklich aufwertete, gingen die Lohnstückkosten gegenüber den Handelspartnern zurück. Das ist vor allem auf die rasche Steigerung der Stundenproduktivität in der Industrie zurückzuführen: Sie wird im Prognosezeitraum mehr als 4% pro Jahr betragen.

Das WIFO erwartet für heuer einen Anstieg des realen Warenexports um gut 4% gegenüber dem außerordentlich hohen Niveau des Vorjahres (2004 +12,9%). 2006 könnte sich das Wachstum etwas beschleunigen.

Der Anstieg der Erdölpreise belastet die Handelsbilanz heuer merklich. Dennoch dürfte sich ihr Saldo gegenüber dem Vorjahr leicht verbessern, weil der Import von Investitionsgütern sinkt und jener von Pkw stagniert. Das Wachstum der realen Warenimporte bleibt heuer mit +1,7% sehr verhalten. Hingegen steigen die Importpreise, bedingt durch die Rohölpreishausse, kräftig (+2,9%). Die Terms-of-Trade verschlechtern sich merklich.

Die Leistungsbilanz wird heuer einen leichten Überschuss aufweisen. Dazu trägt die Schwäche der Warenimporte ebenso bei wie die zurückhaltende Entwicklung der Ausgaben österreichischer Reisender im Ausland. Die amtliche Statistik weist für 2004 einen Rückgang der realen Devisenausgänge um 11% aus, der schwierig zu interpretieren ist und auf Probleme in der Datenerhebung zurückgehen könnte. Unter der Annahme konstanter touristischer Importe wird die Reiseverkehrsbilanz heuer einen Überschuss von 3,4 Mrd. € erreichen. Der Reiseverkehrsexport könnte real um 1% höher ausfallen als 2004, weil trotz der Stagnation der Nächtigungszahlen die Umsätze im Tourismussektor leicht steigen.

Die Wertschöpfung expandierte in der Sachgütererzeugung im IV. Quartal 2004 und zu Jahresbeginn 2005 nur schwach. Die vorläufige Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zeigt im II. Quartal eine Wachstumsbeschleunigung, der saisonbereinigte Anstieg gegenüber dem Vorquartal betrug real 0,8%.

Die im WIFO-Konjunkturtest befragten Unternehmen zeigten sich bis zum Sommer wenig optimistisch, sie beurteilten Auftragslage und Produktion von Mal zu Mal ungünstiger. Im September hellte sich die Stimmung merklich auf. Wenn diese Tendenz anhält, kann im Herbst mit einer Verbesserung der Industriekonjunktur gerechnet werden. Die Wertschöpfung könnte dann in der Sachgütererzeugung im Jahresdurchschnitt 2005 real um 2,7% und 2006 um 3% wachsen.

Die anhaltend starke Steigerung der Stundenproduktivität geht mit einem weiteren Rückgang der Industriebeschäftigung und einer neuerlichen kräftigen Senkung der Arbeitskosten einher: Die Lohnstückkosten verringern sich, nach -3,5% im Vorjahr, 2005 um 1%. Auch im Vergleich mit den Handelspartnern verbessert sich die Lohnstückkostenposition; sie wird heuer trotz der Aufwertung des Euro um etwa 2% günstiger sein als vor fünf Jahren.

Hohe Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft

Nach der außergewöhnlich kräftigen Steigerung im Jahr 2004 wächst der Export auch heuer rege.

Leistungsbilanzüberschuss trotz Energieverteuerung

Aufgrund des zurückhaltenden Wachstums der Warenimporte und der Stagnation der Ausgaben österreichischer Reisender im Ausland ergab sich in der Leistungsbilanz ein leichter Überschuss.

Erholung der Industriekonjunktur, Rückgang der Arbeitskosten

Nach mehrmonatiger Eintrübung signalisiert der WIFO-Konjunkturtest vom September eine Verbesserung des Geschäftsklimas in der Sachgütererzeugung.

Übersicht 4: Produktivität

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,4	+ 2,4	+ 1,7	+ 1,8
Erwerbstätige ¹⁾	+ 0,6	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,4	+ 0,7
Vollzeitaquivalent	+ 0,5	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+ 0,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 2,5	+ 1,2	+ 1,1
Vollzeitaquivalent	+ 0,3	+ 1,2	+ 1,2	+ 2,2	+ 1,3	+ 1,2
Sachgütererzeugung						
Produktion ²⁾	+ 2,0	+ 0,4	- 0,0	+ 4,7	+ 2,7	+ 3,0
Beschäftigte ³⁾	+ 0,2	- 2,5	- 1,7	- 0,6	- 0,7	- 0,6
Stundenproduktivität ⁴⁾	+ 2,2	+ 3,5	+ 1,3	+ 4,4	+ 4,3	+ 4,2
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten ⁵⁾	- 0,4	- 0,5	+ 0,3	+ 0,8	- 0,8	- 0,6

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Unselbständige (Beschäftigungsverhältnisse) und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – ²⁾ Nettoproduktionswert, real. – ³⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; 2005: bereinigt um Umschichtungen vom Fahrzeugbau zum Bereich Verkehr (unbereinigt: -2,1%). – ⁴⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – ⁵⁾ Laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria.

Investitions-zurückhaltung

Im 1. Halbjahr entwickelten sich die Ausrüstungsinvestitionen enttäuschend. Die Kapazitätsauslastung bleibt zu schwach, um eine Investitionskonjunktur auszulösen.

Die Investitionen in Maschinen, Fahrzeuge und Elektrogeräte entwickelten sich im 1. Halbjahr 2005 enttäuschend, sie stagnierten auf dem Vorjahresniveau. Neben dem Auslaufen von Steueranreizen dürfte dafür auch Unsicherheit über den weiteren Konjunkturverlauf maßgebend gewesen sein. Der WIFO-Investitionstest, der vorwiegend die Konjunkturdeterminanten der Investitionstätigkeit erfasst, lässt keine Investitionskonjunktur erkennen. Trotz guter Gewinnlage schaffen die Unternehmen neue Anlagen erst an, wenn sich Absatzerwartungen und Produktion merklich erholen, während sie bei schwacher Wirtschaftslage die hohen Gewinne eher zu einem Abbau der Verbindlichkeiten nutzen. Das WIFO erwartet für heuer einen leichten Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen (real -1%). Eine Verbesserung im Jahr 2006 ist unsicher.

Übersicht 5: Entwicklung der Nachfrage

Zu Herstellungspreisen

	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006
	Mrd. € (Referenzjahr 2000)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)</i>								
Konsumausgaben insgesamt	162,36	163,69	165,67	167,80	+ 1,7	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,3
Private Haushalte ¹⁾	123,09	124,01	125,75	127,88	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,7
Staat	39,27	39,68	39,91	39,91	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,6	± 0,0
Bruttoinvestitionen	48,32	48,84	48,98	49,98	+ 5,8	+ 1,1	+ 0,3	+ 2,1
Bruttoanlageinvestitionen	47,52	47,82	48,00	49,17	+ 6,1	+ 0,6	+ 0,4	+ 2,4
Ausrüstungen ²⁾	21,48	21,65	21,43	22,07	+ 7,7	+ 0,8	- 1,0	+ 3,0
Bauten	26,03	26,17	26,56	27,09	+ 4,8	+ 0,5	+ 1,5	+ 2,0
Inländische Verwendung	211,68	213,60	215,34	218,48	+ 2,9	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,5
Exporte	108,56	118,30	122,29	127,55	+ 2,3	+ 9,0	+ 3,4	+ 4,3
Reiseverkehr	13,50	13,51	13,65	13,84	+ 2,4	+ 0,1	+ 1,0	+ 1,4
Minus Importe	103,12	109,51	111,44	115,82	+ 5,6	+ 6,2	+ 1,8	+ 3,9
Reiseverkehr	8,56	7,62	7,62	7,74	+ 3,3	-10,9	± 0,0	+ 1,5
Bruttoinlandsprodukt	217,19	222,49	226,23	230,29	+ 1,4	+ 2,4	+ 1,7	+ 1,8
Nominell	226,97	237,04	245,32	254,29	+ 2,8	+ 4,4	+ 3,5	+ 3,7

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen.

Bauwirtschaft profitiert von öffentlichen Aufträgen

Tiefbau und Wohnungsbau entwickeln sich günstig. Hingegen bleibt die Nachfrage im Industriebau schwach.

Der WIFO-Konjunkturtest zeigt für die Bauwirtschaft eine deutliche Verbesserung des Geschäftsklimas. Nach schwachem Jahresbeginn belebte sich die Baukonjunktur kräftig. Die Unternehmen beurteilen die Auftragslage merklich günstiger als im langjährigen Durchschnitt. Dazu trägt vor allem die gute Lage im Tiefbau bei, der von der Ausweitung der öffentlichen Mittel für Infrastrukturprojekte profitiert. Im Hochbau bleibt die Erholung etwas verhaltener. Im Wohnungsneubau und im Renovierungssektor mehren sich die Signale für eine Verbesserung. Hingegen spiegelt sich im Industriebau die Schwäche der Ausrüstungsinvestitionen, häufig werden Investitions-

projekte weiter aufgeschoben. Das WIFO erwartet für 2005 ein Wachstum der realen Bauproduktion von 1,5%, 2006 sollte es sich auf 2% beschleunigen.

In den letzten Monaten hat sich der Preisauftrieb, gemessen an der Vorjahresveränderung des Verbraucherpreisindex, verlangsamt. War die Inflationsrate zu Jahresbeginn noch bei knapp 3% gelegen, so betrug sie im August 2,0%. Dies geht zu einem erheblichen Teil auf den Wegfall des Basiseffekts einer starken Steigerung der Wohnungsmieten zurück, die den VPI von Juli 2004 bis Juni 2005 erhöht hatte. Hingegen haben die Energiekosten auch auf Verbraucherebene weiter steigende Tendenz. Die Ausgaben für Haushaltsenergie und Treibstoffe lagen im August deutlich über dem Vorjahresniveau. Für Jahresende sind weitere Preisanhebungen für Strom und Gas angekündigt. Der direkte Anteil der Energiekosten an den Konsumausgaben liegt bei 7%. Der Beitrag der Energieverteuerung zur Inflation dürfte heuer und 2006 mehr als +½ Prozentpunkt ausmachen.

In der Vergangenheit war zu beobachten, dass eine Energieverteuerung Folgeeffekte etwa durch Überwälzung eines Anstiegs der Transportkosten auf die Preise anderer Güter und Dienstleistungen hat. Die indirekten Effekte erreichten dabei etwa das gleiche Ausmaß wie die direkten Effekte. Im bisherigen Jahresverlauf war nur eine geringfügige Überwälzung der Rohölpreishausse zu beobachten: Industriell-gewerbliche Güter waren von Jänner bis August um ¼% teurer als im Vorjahr.

Von der Lohnpolitik werden aufgrund der sozialpartnerschaftlichen Tradition, die eine Berücksichtigung makroökonomischer Rahmenbedingungen in der Lohnrunde ermöglicht, keine preiserhöhenden Effekte erwartet; der Lohnabschluss in der Metallindustrie (Kollektivvertragslöhne +3,1%) bestätigt diese Annahme. 2005 und 2006 dürften die Lohnstückkosten in der Industrie um jeweils fast 1% zurückgehen. Für die Gesamtwirtschaft wird ein Anstieg der (nominellen) Lohnstückkosten um 1,1% bzw. 1,6% erwartet. Die realen Arbeitskosten sinken weiter. Dies impliziert auch einen neuerlichen Rückgang der Lohnquote.

Hohe Energiepreise, geringe Überwälzung

Die Inflationsrate wird heuer 2,4% erreichen. Im kommenden Jahr wird sie sich nur geringfügig auf 2,1% verringern.

Übersicht 6: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoverdienste pro Kopf ¹⁾	+ 1,4	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,7
Vollzeitäquivalent	+ 1,6	+ 2,3	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,7	+ 2,9
Realeinkommen pro Kopf ¹⁾						
Brutto	- 0,4	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,0	± 0,0	+ 0,6
Netto	- 0,8	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,2
Gesamtwirtschaft						
Lohnstückkosten	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,6	- 0,3	+ 1,1	+ 1,6
Sachgütererzeugung						
Lohnstückkosten	+ 0,2	- 0,3	- 0,1	- 3,5	- 0,9	- 0,8
Relative Lohnstückkosten ²⁾						
Gegenüber den Handelspartnern	- 2,4	- 0,1	+ 2,5	- 0,9	- 0,8	- 1,0
Gegenüber Deutschland	- 2,5	- 0,4	+ 0,9	+ 0,2	- 1,3	- 1,5
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren						
Nominell	+ 0,9	+ 1,3	+ 3,7	+ 1,2	- 0,5	- 0,3
Real	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,9	+ 1,0	- 0,3	± 0,0

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Je Beschäftigungsverhältnis (laut VGR). – ²⁾ In einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Das WIFO erwartet für 2006 eine Inflationsrate von 2,1%, nach 2,4% im Jahr 2005. Der Energiekostenanstieg ist ein wesentliches Element des Preisauftriebs auf Konsumentenebene. Die Kerninflationsrate ohne Energieträger und Saisonwaren wird 2006 bei nur 1½% liegen.

Konsumnachfrage anhaltend schwach

Die relativ hohe Inflation dämpft den Anstieg der verfügbaren Einkommen und der Konsumausgaben der privaten Haushalte.

Laut Jahresrechnung von Statistik Austria wuchs die Konsumnachfrage der privaten Haushalte im Jahr 2004 real um nur 0,8%, deutlich weniger als vom WIFO in seiner ersten Rechnung vom März angenommen. Die Dämpfung geht vor allem auf den in diesem Ausmaß nicht realistischen Rückgang der Ausgaben österreichischer Reisender im Ausland zurück (real -11%); er dürfte durch Erhebungsprobleme bedingt sein. Für ein höheres Niveau der Konsumausgaben als offiziell ausgewiesen spricht auch der unüblich kräftige Anstieg der Sparquote von 7,8% auf 8,4% der verfügbaren Einkommen.

Im 1. Halbjahr 2005 nahmen die Konsumausgaben der privaten Haushalte nur wenig stärker zu (real +0,9% gegenüber dem Vorjahr), vor allem weil die verfügbaren Realeinkommen durch die hohe Inflationsrate gedrückt wurden. Bei nachlassendem Inflationsdruck sollten sich die Realeinkommen im 2. Halbjahr günstiger entwickeln. Für den Jahresdurchschnitt wird eine Zunahme um 1¼% angenommen. Unterstellt man einen leichten Anstieg der Sparquote, dann könnten die Konsumausgaben heuer um real 1,4% ausgeweitet werden – um etwa 1 Prozentpunkt schwächer als im langfristigen Durchschnitt. Für 2006 ist keine wesentliche Beschleunigung zu erwarten.

Übersicht 7: Konsum, Einkommen und Preise

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 1,0	+ 0,3	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,7
Dauerhafte Konsumgüter	+ 0,2	+ 0,3	+ 3,2	+ 0,6	+ 2,1	+ 1,9
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 1,1	+ 0,3	+ 1,5	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,7
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 0,1	+ 0,4	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte ²⁾	7,6	7,6	7,8	8,4	8,7	8,7
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Direktkredite an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 3,5	+ 1,2	+ 1,6	+ 5,0	+ 2,9	+ 2,7
	In %					
Inflationsrate						
National	2,7	1,8	1,3	2,1	2,4	2,1
Harmonisiert	2,3	1,7	1,3	2,0	2,3	2,0
"Kerninflation" ³⁾	2,3	2,0	1,3	1,6	1,7	1,5

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. – ³⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

Auch die Wertschöpfung des Handels entwickelte sich im 1. Halbjahr enttäuschend, sie war real um nur 0,8% höher als im Vorjahr. Im Kfz-Handel war sie neuerlich geringer als im Vorjahr, während das Vorjahresniveau im Einzelhandel real um 2% übertraf. Der Großhandel profitiert von der lebhaften Exportkonjunktur, steht allerdings unter dem Eindruck des Rückgangs der Investitionen. Für das gesamte Jahr 2005 geht das WIFO von einem realen Anstieg der Wertschöpfung im Handel um 1,2% aus; dies unterstellt eine leichte Erholung in der zweiten Jahreshälfte.

Weiterhin entwickelt sich die Wertschöpfung anderer privater Dienstleistungsanbieter günstiger als im Handel. Für das Kredit- und Versicherungswesen erwartet das WIFO das dritte gute Jahr in Folge, die Wertschöpfung könnte um 3% zunehmen.

Qualifizierungsmaßnahmen dämpfen Arbeitslosigkeit

Trotz der Konjunkturschwäche wird die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten heuer und 2006 um jeweils 0,9% bzw. etwa 28.000 steigen. Die Beschäftigung von Frauen wird stärker ausgeweitet als jene der Männer, der Zuwachs könnte also überwiegend Teilzeitarbeitsplätze betreffen. Die Beschäftigungsquote (aktiv Erwerbstätige in Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) erhöht sich im Jahr 2006 auf 63,2%.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird erheblich vom kräftigen Anstieg des Arbeitskräfteangebotes bestimmt. Auch in den kommenden Jahren wächst die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter rasch¹⁾.

2006 sollte die Arbeitslosigkeit aufgrund der beträchtlichen Ausweitung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik nicht weiter steigen.

Übersicht 8: Arbeitsmarkt

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 13,9	- 11,6	+ 8,5	+ 25,1	+ 33,0	+ 34,5
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾²⁾	+ 12,4	- 15,0	+ 5,5	+ 21,1	+ 28,0	+ 29,0
Veränderung gegen das Vorjahr	in %					
Inländer	+ 3,0	- 20,1	- 10,4	+ 9,2	+ 16,0	+ 12,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 9,5	+ 5,1	+ 15,9	+ 11,9	+ 12,0	+ 17,0
Selbständige ³⁾	+ 1,5	+ 3,4	+ 3,0	+ 4,0	+ 5,0	+ 5,5
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15- bis 64-Jährige	+ 36,3	+ 42,9	+ 37,7	+ 34,4	+ 12,7	+ 9,0
15- bis 59-Jährige	- 5,2	+ 13,4	+ 21,2	+ 35,6	+ 45,7	+ 40,5
Erwerbspersonen ⁴⁾	+ 23,5	+ 17,0	+ 16,1	+ 28,9	+ 40,5	+ 36,5
Überschuss an Arbeitskräften						
Vorgemerkte Arbeitslose ⁵⁾	+ 9,6	+ 28,5	+ 7,7	+ 3,8	+ 7,5	+ 2,0
Stand	in 1.000	203,9	232,4	240,1	243,9	253,4
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen ⁶⁾	3,6	4,2	4,3	4,8	5,1	5,1
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,5	6,2	6,3	6,4	6,5	6,5
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁵⁾	6,1	6,9	7,0	7,1	7,2	7,2
Beschäftigungsquote						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾⁷⁾	63,2	62,5	62,2	62,3	62,7	63,2
Erwerbstätige ⁶⁾⁷⁾⁸⁾	-	-	-	67,5	68,0	68,4

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer. – ²⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ³⁾ Laut WIFO. – ⁴⁾ Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – ⁵⁾ Laut Arbeitsservice. – ⁶⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁷⁾ In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige). – ⁸⁾ Geänderte Erhebungsmethode.

Die Zahl der Arbeitslosen steigt heuer weiterhin merklich. Sie wird im Jahresdurchschnitt mit 251.000 um 7.000 höher sein als im Vorjahr. 2006 wird ein umfangreiches Qualifizierungsprogramm wirksam; es konzentriert sich auf die Förderung der Erwerbstätigkeit von Wiedereinsteigerinnen und Jugendlichen – wichtige Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt. Wenn diese Maßnahmen erfolgreich umgesetzt werden, sollte die Arbeitslosigkeit im kommenden Jahr nicht weiter steigen. Das WIFO erwartet eine Arbeitslosenquote von 7,2% der unselbständigen Erwerbspersonen laut traditioneller österreichischer Berechnungsmethode bzw. 5,1% der Erwerbspersonen laut EU Labour Force Survey.

Das Steueraufkommen lag von Jänner bis Juli über dem Voranschlag. Neben der Steigerung der Einnahmen an Umsatzsteuer (die auch mit einer erfolgreicherer Betrugsbekämpfung zusammenhängen könnte) trugen dazu vor allem die Gewinnsteuern bei. Dies spiegelt die sehr gute Gewinnlage der heimischen Unternehmen wider. Der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte in der Maastricht-Abgrenzung sollte damit heuer unter der Marke von 2% des BIP gehalten werden können.

Im Jahr 2006 dürfte das Defizit etwas höher ausfallen als heuer. Die Schwäche des Wirtschaftswachstums dämpft die Steuer- und Beitragseinnahmen, und die Körperschaftsteuereinnahmen werden aufgrund der Steuerreform 2005 sinken. Zudem werden die Staatsausgaben über dem Voranschlag liegen. Dazu tragen auch die jüngst angekündigten zusätzlichen Qualifizierungsmaßnahmen und die Pensionserhöhung bei. Das Budgetdefizit wird damit höher sein als im Bundesvoranschlag und im Stabilitätsprogramm vorgesehen.

Budgetdefizit 2% des BIP

Der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte verschlechtert sich im kommenden Jahr leicht. Neben den Steuersenkungen trägt dazu die jüngst beschlossene Erhöhung der Investitionen und Qualifizierungsausgaben bei.

¹⁾ Die Prognose der Bevölkerungsentwicklung basiert wesentlich auf dem Melderegister. Diese Daten müssen allerdings als recht ungesichert gelten. Auf eine eigene Volkszählung sollte deshalb nicht verzichtet werden.

Übersicht 9: Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	In % des BIP					
<i>Budgetpolitik</i>						
Finanzierungssaldo des Staates						
Laut Maastricht-Definition ¹⁾	+ 0,1	- 0,4	- 1,2	- 1,0	- 1,9	- 2,0
Laut VGR	- 0,0	- 0,6	- 1,3	- 1,1	- 2,0	- 2,1
Primärsaldo des Staates laut VGR	+ 3,5	+ 2,7	+ 1,7	+ 1,9	+ 0,9	+ 0,7
	In %					
<i>Geldpolitik</i>						
Dreimonatszinssatz	4,3	3,3	2,3	2,1	2,1	1,8
Sekundärmarktrendite ²⁾	5,1	5,0	4,2	4,2	3,4	3,6
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Effektiver Wechselkursindex</i>						
Nominell	+ 1,0	+ 1,4	+ 3,8	+ 1,2	- 0,6	- 0,3
Real	+ 0,3	+ 0,6	+ 2,8	+ 0,9	- 0,4	- 0,1

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Einschließlich Zinsströme aus Swap-Vereinbarungen, die der Staat abschließt. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark).

Markus Marterbauer

Economic Growth Dampened by Oil Price Hike, but Exceeding the Euro Area Average

Economic Outlook for 2005 and 2006

GDP growth will reach only 1.7 percent this year and is expected to move but to a marginally higher rate in 2006. The high energy prices are eating into real disposable income of private households and thereby into consumer demand. Latest survey results show an improvement in industrial confidence which may lead to a recovery in machinery and equipment investment from its low level. Higher public spending on infrastructure, research and the upgrading of qualifications of the labour force has led to a positive growth differential vis-à-vis the euro area, while at the same time widening the budget deficit somewhat further.

All staff members of the Austrian Institute of Economic Research contribute to the Economic Outlook. Cut-off date: 30 September 2005. • E-mail address: Markus.Marterbauer@wifo.ac.at

The Austrian economy has moved to a path of moderate growth. Real GDP rose by 0.4 percent seasonally adjusted in the second quarter from the previous period and may keep a similar pace throughout the second half of the year. Activity is held back mainly by the high costs of energy whose direct share in total consumer expenditure amounts to 7 percent. Their contribution to the increase in consumer prices is close to ½ percentage point. Assuming that the increase in energy prices will be passed on to other goods and services to such a moderate degree as so far, the rate of inflation will average 2.4 percent this year and 2.1 percent in 2006. Real disposable income of private households is growing by only around 1½ percent per year, allowing a gain in private consumption by 1.4 percent in real terms. Such an increase would be higher than last year, but undershoot the long-term average significantly for the fifth year in a row, undermining activity in the trade sector and in other services branches.

The export-oriented industrial sectors are growing faster than those parts of the economy depending mainly on domestic demand. Austrian exporting companies are proving highly competitive, boosting deliveries by a further 4.2 percent this year from the particularly successful performance in 2004, when export volumes jumped by 12.9 percent. Demand is growing notably from the oil-exporting countries whose foreign revenues have risen substantially. Incoming orders from the euro area are faring less well, given the lack of stimulus from internal demand. In the regular WIFO business survey, manufacturing firms have expressed continued uncertainty about the further trend in output, despite the latest improvement in business confidence. If such early signs for an industrial upturn are confirmed, the manufacturing sector may expect an increase in net value added by an inflation-adjusted 2.7 percent this year.

An increase in output and an improvement in medium-term expectations are prerequisites for a revival in machinery and equipment investment. With a projected decline of 1 percent in volume on annual average 2005, corporate investment spending has been subdued so far, despite an altogether comfortable profit situation. Since a large part of investment goods is supplied from abroad, notably machinery and vehicles, sluggish investment, in conjunction with weak consumer purchases of motor cars, is holding back merchandise import growth, projected at

1.7 percent in volume for 2005. For this reason, the trade balance is expected to be in small surplus, notwithstanding the high energy costs.

Since 1 May, 2005, the Federal government has adopted a set of measures designed to stimulate economic activity and rein back the marked rise in unemployment. Extra-budgetary funds for the improvement of transport infrastructure and expenditure for research were increased and budget allocations for active labour market policy reinforced. Public investment, in particular, should provide cyclical stimulus, mirrored by substantially higher order levels as reported by civil engineering companies. Since demand for residential construction is also strengthening, overall value added of the construction sector should expand by an inflation-adjusted 1.5 percent in 2005 and 2 percent in 2006.

<i>Main results</i>		2001	2002	2003	2004	2005	2006
		Percentage changes from previous year					
GDP							
Volume		+ 0.8	+ 1.0	+ 1.4	+ 2.4	+ 1.7	+ 1.8
Value		+ 2.6	+ 2.2	+ 2.8	+ 4.4	+ 3.5	+ 3.7
Manufacturing ¹ , volume		+ 2.3	+ 0.4	- 0.1	+ 4.6	+ 2.7	+ 3.0
Whole sale and retail trade, volume		+ 2.0	+ 2.0	+ 0.3	+ 1.9	+ 1.2	+ 1.5
Private consumption expenditure, volume		+ 1.0	+ 0.3	+ 1.6	+ 0.8	+ 1.4	+ 1.7
Gross fixed investment, volume		- 1.5	- 5.0	+ 6.1	+ 0.6	+ 0.4	+ 2.4
Machinery and equipment ²		+ 1.9	- 8.2	+ 7.7	+ 0.8	- 1.0	+ 3.0
Construction		- 4.2	- 2.3	+ 4.8	+ 0.5	+ 1.5	+ 2.0
Exports of goods ³							
Volume		+ 6.3	+ 4.3	+ 2.6	+12.9	+ 4.2	+ 5.2
Value		+ 6.5	+ 4.2	+ 1.9	+13.9	+ 5.6	+ 6.0
Imports of goods ³							
Volume		+ 5.5	+ 0.3	+ 6.5	+11.4	+ 1.7	+ 4.1
Value		+ 5.0	- 2.0	+ 5.0	+12.5	+ 4.6	+ 5.7
Current balance	billion €	- 4.13	+ 0.75	- 1.17	+ 0.75	+ 1.24	+ 1.07
As a percentage of GDP	%	- 1.9	+ 0.3	- 0.5	+ 0.3	+ 0.5	+ 0.4
Long-term interest rate ⁴	%	5.1	5.0	4.2	4.2	3.4	3.6
Consumer prices		+ 2.7	+ 1.8	+ 1.3	+ 2.1	+ 2.4	+ 2.1
Unemployment rate							
Percent of total labour force ⁵	%	3.6	4.2	4.3	4.8	5.1	5.1
Percent of dependent labour force ⁶	%	6.1	6.9	7.0	7.1	7.2	7.2
Dependent employment ⁷		+ 0.4	- 0.5	+ 0.2	+ 0.7	+ 0.9	+ 0.9
General government financial balance according to Maastricht definition							
As a percentage of GDP	%	+ 0.1	- 0.4	- 1.2	- 1.0	- 1.9	- 2.0

Source: WIFO Economic Outlook. – ¹ Value added, including mining and quarrying. – ² Including other products. – ³ According to Statistics Austria. – ⁴ 10-year central government bonds (benchmark). – ⁵ According to Eurostat Labour Force Survey. – ⁶ According to Labour Market Service, percent of total labour force excluding self employed. – ⁷ Excluding parental leave, military service, and unemployed persons in training.

In 2006, funds at the disposal of the labour market service for the upgrading of workers' qualifications and for facilitating labour market insertion have been stepped up by one-third. The focus is to be set on subsidies to women returning to the labour market and to young workers and jobseekers, i.e., those problem groups whose situation has deteriorated most during the last few years. WIFO expects that due to these measures a further increase in the unemployment rate in 2006 can be prevented. By then, the number of people out of work will have risen to more than 250,000, corresponding to an unemployment rate of 7.2 percent of the dependent labour force, or 5.1 percent of the total labour force on Eurostat definitions. The overall pattern on the labour market will remain unchanged, with employment heading up by around 1 percent in spite of economic growth remaining moderate, but labour supply increasing much faster than in the past.

The expansionary budgetary measures adopted since May 2005 should for the larger part become effective next year, with an estimated growth impulse of 0.3 percent of GDP. Owing to this impulse, the Austrian economy should grow slightly faster than the euro area average. At the same time, the additional government spending will lead to a somewhat higher budget deficit. The latter is projected at 2 percent of GDP for 2006, thereby exceeding the benchmark figure laid down in the Federal budget and in the Stability Programme.

WORKING PAPERS

- 257/2005 **Creating Industry Classifications by Statistical Cluster Analysis**
Michael Peneder
- 258/2005 **Why does Nobody Care About the Absorption? Some Aspects Regarding Administrative Absorption Capacity for the EU Structural Funds in the Czech Republic, Estonia, Hungary, Slovakia and Slovenia before Accession**
Andrej Horvat
- 259/2005 **Financial Absorption Rates in EU Objective 1 1994-99 and Some Lessons for the New Member States in 2004-2006**
Andrej Horvat
- 260/2005 **Structural Preconditions of City Competitiveness: Some Empirical Results for European Cities**
Peter Mayerhofer

Kostenloser Download:

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.search?p_typeid=3&p_language=1&p_type=0

Kennzahlen zur Wirtschaftslage

Der Tabellensatz "Kennzahlen zur Wirtschaftslage" bietet monatlich einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren zur Entwicklung der österreichischen und internationalen Wirtschaft. Die Daten werden unmittelbar vor Redaktionsschluss aus der Volkswirtschaftlichen Datenbank des WIFO abgefragt. Täglich aktuelle Informationen enthalten die "WIFO-Wirtschaftsdaten" auf der WIFO-Website (<http://www.wifo.ac.at/cgi-bin/tabellen/tabhome.cgi>).

Internationale Konjunkturindikatoren

- Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote
- Übersicht 2: Verbraucherpreise
- Übersicht 3: Saisonbereinigte Konjunkturindikatoren für die EU
- Übersicht 4: Dreimonatszinssatz
- Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

Wechselkurse

- Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

Weltmarkt-Rohstoffpreise

- Übersicht 7: HWWA-Index

Kennzahlen für Österreich

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995

- Übersicht 8: Bruttowertschöpfung und Verwendung des Bruttoinlandsproduktes
- Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

Zahlungsbilanz

- Übersicht 10: Cash-Prinzip
- Übersicht 11: Accrual-Prinzip

Tourismus

- Übersicht 12: Übernachtungen
- Übersicht 13: Zahlungsströme im internationalen Tourismus
- Übersicht 14: Hauptergebnisse des Tourismus-Satellitenkontos (TSA)
- Übersicht 15: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Tourismus und Freizeitwirtschaft

Außenhandel

- Übersicht 16: Warenexporte
- Übersicht 17: Warenimporte

Zinssätze

- Übersicht 18: Kurz- und langfristige Zinssätze

Landwirtschaft

- Übersicht 19: Landwirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995
- Übersicht 20: Markt- und Preisentwicklung

Sachgütererzeugung

- Übersicht 21: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage
- Übersicht 22: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Bauwirtschaft

- Übersicht 23: Produktion
- Übersicht 24: Preise und Arbeitsmarkt

Binnenhandel

- Übersicht 25: Umsätze und Beschäftigung

Verkehr

- Übersicht 26: Güter- und Personenverkehr

Bankenstatistik

- Übersicht 27: Einlagen und Kredite

Arbeitsmarkt

- Übersicht 28: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren
- Übersicht 29: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen
- Übersicht 30: Arbeitslosenquote und Stellenantrag

Preise und Löhne

- Übersicht 31: Verbraucherpreise und Großhandelspreise
- Übersicht 32: Tariflöhne
- Übersicht 33: Effektivverdienste

Staatshaushalt

- Übersicht 34: Staatsquoten

Soziale Sicherheit

- Übersicht 35: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern
- Übersicht 36: Pensionen nach Pensionsarten
- Übersicht 37: Durchschnittsalter bei Neuverurteilung von Pensionen
- Übersicht 38: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

Umwelt

- Übersicht 39: Energiebedingte CO₂-Emissionen
- Übersicht 40: Umweltrelevante Steuern im Sinne der VGR

Entwicklung in den Bundesländern

- Übersicht 41: Bruttowertschöpfung
- Übersicht 42: Tourismus
- Übersicht 43: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung
- Übersicht 44: Abgesetzte Produktion im Bauwesen
- Übersicht 45: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit
- Übersicht 46: Arbeitslosenquote

Internationale Konjunkturindikatoren

Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote

	2002	2003	2004	2004		2005		2005					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
												In % der Erwerbspersonen, saisonbereinigt	
OECD insgesamt	6,9	7,1	6,9	6,9	6,8	6,7	6,6	6,8	6,7	6,6	6,6	6,5	6,5
USA	5,8	6,0	5,5	5,5	5,4	5,3	5,1	5,4	5,2	5,2	5,1	5,0	5,0
Japan	5,4	5,3	4,7	4,8	4,6	4,6	4,3	4,7	4,5	4,4	4,4	4,2	4,4
Kanada	7,7	7,6	7,2	7,1	7,1	7,0	6,8	7,0	6,9	6,8	6,8	6,7	6,8
EU	7,6	8,0	8,1	8,1	8,0	8,0	7,9	8,0	8,0	8,0	7,9	7,9	7,9
Euro-Raum	8,3	8,7	8,9	8,9	8,8	8,8	8,7	8,8	8,8	8,8	8,7	8,7	8,6
Deutschland	8,2	9,1	9,5	9,7	9,6	9,7	9,6	9,7	9,8	9,9	9,5	9,5	9,3
Frankreich	8,9	9,5	9,7	9,7	9,7	9,7	9,7	9,8	9,8	9,7	9,7	9,7	9,6
Italien	8,6	8,4	8,0	7,9	7,9	7,8	.	7,8	7,8
Spanien	11,5	11,5	10,9	10,8	10,5	10,0	9,6	10,0	10,0	9,7	9,6	9,5	9,4
Niederlande	2,8	3,7	4,6	4,5	4,7	4,8	4,8	4,9	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8
Belgien	7,3	7,9	7,8	7,7	8,0	8,0	8,1	8,0	8,0	8,0	8,1	8,1	8,1
Österreich	4,2	4,3	4,8	4,9	4,9	5,0	5,1	5,0	5,0	5,0	5,1	5,1	5,1
Portugal	5,0	6,3	6,7	6,9	7,0	7,3	7,3	7,3	7,3	7,3	7,3	7,2	7,2
Finnland	9,1	9,0	8,9	8,9	8,8	8,6	8,4	8,6	8,5	8,4	8,4	8,3	8,3
Griechenland	10,3	9,7	10,5	10,5	10,2	9,9	.	9,9	9,9
Irland	4,3	4,6	4,5	4,5	4,4	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3
Luxemburg	2,8	3,7	4,8	4,9	4,9	5,0	5,3	4,9	5,0	5,2	5,4	5,4	5,4
Großbritannien	5,1	5,0	4,7	4,6	4,6	4,6	.	4,6	4,6	4,7	4,7	.	.
Schweden	4,9	5,6	6,3	6,4	6,4	6,3	.	6,5	6,3
Dänemark	4,6	5,6	5,4	5,3	5,2	5,0	4,9	5,0	4,9	4,9	4,9	4,8	.
Schweiz ¹⁾	2,5	3,7	3,9	3,9	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8
Norwegen	3,9	4,5	4,4	4,5	4,4	4,5	4,7	4,5	4,7	4,7	4,7	4,7	.
Polen	19,8	19,2	18,8	18,7	18,4	18,0	17,8	18,0	18,0	17,9	17,8	17,7	17,6
Ungarn	5,6	5,8	5,9	5,8	6,1	6,3	6,3	6,3	6,3	6,3	6,3	6,3	6,4
Tschechien	7,3	7,8	8,3	8,3	8,2	8,1	7,8	8,1	8,0	7,9	7,8	7,8	7,7
Slowakei	18,7	17,5	18,0	17,9	17,1	16,1	15,5	16,1	15,8	15,6	15,5	15,4	15,2

Q: Eurostat, OECD. – ¹⁾ Nationale Definition. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Wechselkurse

Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

	2002	2003	2004	2004		2005			2005				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	September
	Fremdwährung je Euro												
Dollar	0,94	1,13	1,24	1,30	1,31	1,26	1,22	1,29	1,27	1,22	1,20	1,23	1,23
Yen	118,07	130,96	134,40	137,07	137,00	135,48	135,60	138,84	135,37	132,22	134,75	135,98	136,06
Schweizer Franken	1,47	1,52	1,54	1,53	1,55	1,54	1,55	1,55	1,54	1,54	1,56	1,55	1,55
Pfund Sterling	0,63	0,69	0,68	0,69	0,69	0,68	0,68	0,68	0,68	0,67	0,69	0,69	0,68
Tschechische Krone	30,82	31,84	31,91	31,14	30,01	30,13	29,70	30,13	30,22	30,03	30,18	29,59	29,32
Estnische Krone	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65
Zypern-Pfund	0,58	0,58	0,58	0,58	0,58	0,58	0,57	0,58	0,58	0,57	0,57	0,57	0,57
Letztischer Lats	0,58	0,64	0,67	0,68	0,70	0,70	0,70	0,70	0,70	0,70	0,70	0,70	0,70
Litauische Lit	3,46	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45
Ungarischer Forint	242,89	253,52	251,78	245,95	244,99	249,73	245,60	248,19	251,95	249,04	246,47	244,49	245,83
Maltesische Lira	0,41	0,43	0,43	0,43	0,43	0,43	0,43	0,43	0,43	0,43	0,43	0,43	0,43
Polnischer Zloty	3,85	4,40	4,53	4,24	4,03	4,13	4,02	4,16	4,17	4,06	4,10	4,04	3,92
Slowenischer Tolar	225,97	233,83	239,07	239,83	239,74	239,54	239,49	239,65	239,51	239,47	239,48	239,51	239,47
Slowakische Krone	42,68	41,49	40,03	39,47	38,29	38,92	38,68	39,23	39,00	38,53	38,89	38,68	38,46

Effektiver Wechselkursindex

	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Nominell	+ 1,4	+ 3,8	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,0	.	+ 0,8	+ 0,0	- 0,7	- 0,6	- 0,4	.
Industriewaren	+ 1,3	+ 3,7	+ 1,2	+ 0,9	- 0,0	+ 0,0	.	+ 0,8	- 0,0	- 0,7	- 0,6	- 0,4	.
Real	+ 0,6	+ 2,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,2	.	+ 1,1	+ 0,1	- 0,6	- 0,8	.	.
Industriewaren	+ 0,8	+ 2,9	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,3	.	+ 1,2	+ 0,2	- 0,5	- 0,7	.	.

Q: OeNB. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauning@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Weltmarkt-Rohstoffpreise

Übersicht 7: HWWA-Index

	2002	2003	2004	2004		2005			2005				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	September
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Auf Dollarbasis	+ 0,7	+ 14,3	+ 30,4	+ 34,9	+ 29,7	+ 27,9	+ 33,1	+ 32,2	+ 19,7	+ 32,1	+ 31,7	+ 33,6	+ 34,1
Auf Euro-Basis	- 4,6	- 4,3	+ 18,5	+ 24,1	+ 23,6	+ 22,4	+ 33,4	+ 22,5	+ 13,2	+ 31,8	+ 34,2	+ 32,3	+ 33,7
Ohne Energierohstoffe	- 2,6	- 4,6	+ 9,8	+ 2,7	+ 3,7	+ 2,7	+ 11,7	- 0,5	+ 1,4	+ 7,4	+ 10,3	+ 11,9	+ 13,0
Nahrungs- und Genussmittel	+ 6,0	- 9,3	+ 1,7	- 12,8	- 12,7	- 10,5	+ 7,9	- 17,0	- 12,3	- 1,9	+ 6,8	+ 8,9	+ 8,0
Industrierohstoffe	- 6,4	- 2,2	+ 13,6	+ 9,9	+ 11,3	+ 9,2	+ 13,2	+ 7,6	+ 8,3	+ 11,8	+ 11,8	+ 13,0	+ 14,8
Energierohstoffe	- 5,7	- 4,1	+ 22,9	+ 35,2	+ 34,2	+ 31,7	+ 42,2	+ 34,2	+ 18,5	+ 43,0	+ 44,8	+ 40,3	+ 41,9
Rohöl	- 3,9	- 3,4	+ 18,8	+ 34,3	+ 38,0	+ 38,2	+ 49,4	+ 40,7	+ 23,0	+ 51,8	+ 52,7	+ 47,0	+ 48,7

Q: Hamburger Weltwirtschaftsarchiv. • E-Mail-Adresse: Annamaria.Rammel@wifo.ac.at

Kennzahlen für Österreich

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995

Übersicht 8: Bruttowertschöpfung und Verwendung des Bruttoinlandsproduktes

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2004				2005	
								I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)												
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen													
Land- und Forstwirtschaft	- 3,0	+ 0,3	- 0,8	- 1,8	+ 7,7	- 5,0	+ 0,0	- 0,7	+ 18,9	+ 3,1	+ 9,6	- 12,6	+ 3,1
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	+ 6,9	+ 2,3	+ 0,4	- 0,1	+ 4,6	+ 2,7	+ 3,0	+ 3,2	+ 5,8	+ 5,2	+ 4,4	+ 2,2	+ 3,3
Energie- und Wasserversorgung	+ 0,3	+ 9,6	+ 12,1	+ 0,7	+ 2,5	+ 3,5	+ 2,0	- 8,5	+ 3,7	+ 9,8	+ 8,4	+ 14,6	+ 7,0
Bauwesen	+ 1,7	- 3,5	+ 1,0	+ 5,2	+ 0,9	+ 1,5	+ 2,0	- 4,5	- 0,2	+ 2,6	+ 3,5	- 0,1	+ 0,7
Handel ²⁾	+ 4,4	+ 2,0	+ 2,0	+ 0,3	+ 1,9	+ 1,2	+ 1,5	- 2,5	+ 0,8	+ 4,3	+ 4,5	+ 0,1	+ 1,6
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	+ 4,3	+ 3,0	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,2	+ 1,5	+ 3,2	+ 2,9	+ 1,3	- 0,2	+ 7,1	- 2,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 0,3	+ 0,1	+ 4,3	+ 0,1	+ 2,5	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,7	+ 3,0	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,3
Kreditinstitute und Versicherungen	+ 4,0	- 8,6	- 7,1	+ 5,9	+ 4,8	+ 3,0	+ 2,5	+ 3,5	+ 5,4	+ 5,0	+ 5,5	+ 4,7	+ 5,3
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	+ 7,1	+ 4,6	+ 1,9	+ 3,2	+ 1,3	+ 2,5	+ 2,3	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,5	+ 3,3
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	- 0,8	- 1,9	+ 0,5	+ 1,0	- 0,4	- 0,3	- 0,5	+ 0,3	- 0,8	- 0,6	- 0,6	- 0,2	- 0,1
Sonstige Dienstleistungen	+ 2,0	- 0,5	- 0,3	+ 0,8	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,5
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche													
Gütersteuern	+ 3,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,5	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,9	+ 0,7	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,3	+ 2,2	+ 2,2
Gütersubventionen	- 1,0	+ 0,6	+ 1,1	- 0,4	+ 1,3	.	.	+ 0,4	+ 0,3	+ 2,1	+ 2,3	- 0,1	+ 1,0
Gütersteuern	- 4,3	+ 2,2	+ 3,8	- 5,2	- 5,4	.	.	- 7,0	- 6,3	- 5,0	- 3,1	- 0,5	+ 1,6
Bruttoinlandsprodukt	+ 3,4	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,4	+ 2,4	+ 1,7	+ 1,8	+ 0,9	+ 2,5	+ 3,1	+ 3,3	+ 2,0	+ 2,1
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes													
Konsumausgaben insgesamt	+ 3,0	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,7	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,8
Private Haushalte	+ 3,9	+ 1,0	+ 0,3	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,7	+ 0,3	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,7
Staat	+ 0,2	- 1,2	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,2
Bruttoinvestitionen ⁵⁾	+ 3,7	- 2,2	- 5,1	+ 5,8	+ 1,1	+ 0,3	+ 2,1	- 5,8	- 2,7	+ 4,7	+ 7,0	- 1,4	+ 4,3
Bruttoanlageinvestitionen	+ 6,5	- 1,5	- 5,0	+ 6,1	+ 0,6	+ 0,4	+ 2,4	- 3,2	- 0,5	+ 2,4	+ 2,9	- 0,1	- 0,1
Ausrüstungen ⁶⁾	+ 12,5	+ 1,9	- 8,2	+ 7,7	+ 0,8	- 1,0	+ 3,0	- 2,5	- 0,0	+ 2,5	+ 3,0	+ 1,3	- 1,5
Bauten	+ 2,1	- 4,2	- 2,3	+ 4,8	+ 0,5	+ 1,5	+ 2,0	- 3,7	- 0,9	+ 2,2	+ 2,8	- 1,3	+ 1,0
Inländische Verwendung ⁷⁾	+ 3,1	- 0,2	- 0,7	+ 2,9	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,5	- 0,9	- 0,1	+ 2,3	+ 2,2	+ 0,9	+ 1,5
Exporte	+ 10,5	+ 7,2	+ 3,5	+ 2,3	+ 9,0	+ 3,4	+ 4,3	+ 5,3	+ 13,1	+ 10,7	+ 7,1	+ 2,9	+ 3,1
Importe	+ 10,1	+ 5,1	+ 0,2	+ 5,6	+ 6,2	+ 1,8	+ 3,9	+ 2,0	+ 8,1	+ 9,6	+ 5,1	+ 0,6	+ 1,9

Q: Statistik Austria, WIFO. 2005 und 2006: Prognose. - ¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. - ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. - ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. - ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. - ⁵⁾ Einschließlich Vorratsveränderung. - ⁶⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. - ⁷⁾ Einschließlich statistischer Differenz. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2004				2005	
								I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
<i>Nominell</i>													
Bruttonationaleinkommen	+ 5,4	+ 2,1	+ 3,4	+ 3,0	+ 4,3	+ 2,9	+ 3,7	+ 2,0	+ 3,7	+ 5,2	+ 6,2	+ 4,1	+ 4,3
Arbeitnehmerentgelte	+ 3,4	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,5	+ 3,3	+ 3,7	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,8	+ 3,2	+ 3,3
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	+ 8,7	+ 4,2	+ 2,8	+ 4,6	+ 6,3	+ 4,3	+ 4,2	+ 1,1	+ 7,0	+ 8,3	+ 8,6	+ 6,4	+ 6,0
Abschreibungen	+ 5,4	+ 5,0	+ 3,1	+ 2,7	+ 3,9	+ 3,5	+ 3,0	+ 3,2	+ 3,8	+ 4,2	+ 4,4	+ 4,1	+ 3,4
Nettonationaleinkommen	+ 5,4	+ 1,6	+ 3,5	+ 3,0	+ 4,4	+ 2,8	+ 3,8	+ 1,8	+ 3,7	+ 5,4	+ 6,4	+ 4,1	+ 4,4
Verfügbares Nettonational- einkommen	+ 5,5	+ 1,7	+ 2,8	+ 3,0	+ 4,3	+ 2,7	+ 3,8	+ 2,2	+ 3,3	+ 5,1	+ 6,5	+ 3,9	+ 4,5
<i>Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)</i>													
Bruttonationaleinkommen	+ 3,1	+ 0,6	+ 3,2	+ 2,0	+ 2,2	.	.	+ 0,8	+ 1,7	+ 3,0	+ 3,2	+ 1,3	+ 1,9
Abschreibungen	+ 3,6	+ 3,9	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,3	.	.	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,0
Nettonationaleinkommen	+ 3,1	+ 0,1	+ 3,3	+ 2,0	+ 2,2	.	.	+ 0,5	+ 1,6	+ 3,1	+ 3,4	+ 1,2	+ 1,9
Verfügbares Nettonational- einkommen	+ 3,2	+ 0,2	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,1	.	.	+ 0,9	+ 1,3	+ 2,8	+ 3,4	+ 1,0	+ 1,9
<i>Gesamtwirtschaftliche Produktivität</i>													
BIP real je Erwerbstätigen	+ 2,4	+ 0,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 2,5	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,8	+ 2,4	+ 3,5	+ 3,1	+ 1,9	+ 1,8
<i>BIP nominell</i>													
Mrd. €	210,39	215,88	220,69	226,97	237,04	245,32	254,29	55,87	58,58	60,66	61,92	58,31	61,02
in €	26.261	26.840	27.300	27.959	28.996	29.824	30.774	6.853	7.172	7.414	7.555	7.103	7.424

Q: Statistik Austria, WIFO. 2005 und 2006: Prognose. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Zahlungsbilanz

Übersicht 10: Cash-Prinzip

	2002	2003	2004	2004		2005		2005									
								III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
	Mrd. €																
Leistungsbilanz	+ 0,81	- 0,97	- 0,78	- 2,10	- 0,00	+ 1,07	+ 0,82	+ 0,53	+ 1,18	+ 0,99	- 0,10	- 0,06	- 2,01				
Warenzahlungen	- 2,40	- 3,82	- 2,69	- 0,84	- 0,57	- 0,98	- 0,33	- 0,37	- 0,19	- 0,19	+ 0,15	- 0,29	- 0,68				
Dienstleistungen	+ 5,59	+ 5,41	+ 5,87	+ 0,41	+ 1,45	+ 3,29	+ 1,66	+ 1,08	+ 1,10	+ 0,81	+ 0,43	+ 0,42	+ 0,02				
Einkommen	- 0,80	- 0,98	- 1,43	- 0,71	- 0,55	- 0,69	- 0,03	+ 0,02	+ 0,47	+ 0,33	- 0,35	- 0,01	- 1,13				
Laufende Transfers	- 1,58	- 1,59	- 2,53	- 0,95	- 0,33	- 0,55	- 0,48	- 0,20	- 0,20	+ 0,04	- 0,33	- 0,19	- 0,22				
Vermögensübertragungen	- 0,58	- 0,31	- 0,27	- 0,09	- 0,09	- 0,03	- 0,06	+ 0,03	- 0,05	- 0,00	+ 0,00	- 0,06	- 0,01				
Kapitalbilanz	- 3,34	+ 0,95	+ 3,62	+ 1,57	+ 1,11	- 1,40	- 0,15	- 0,52	- 2,18	+ 0,26	- 1,07	+ 0,66	+ 1,53				
Statistische Differenz	+ 3,11	+ 0,33	- 2,57	+ 0,62	- 1,03	+ 0,37	- 0,61	- 0,04	+ 1,05	- 1,25	+ 1,17	- 0,53	+ 0,49				

Q: OeNB. Alle Werte aus vorläufigen Monatsdaten. • E-Mail-Adresse: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Übersicht 11: Accrual-Prinzip

	2000	2001	2002	2003	2004	2003		2004						2005	
								II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.
	Mrd. €														
Leistungsbilanz	- 5,36	- 4,13	+ 0,75	- 1,17	+ 0,75	- 0,98	- 1,44	- 0,35	+ 2,07	+ 0,10	- 1,61	+ 0,18	+ 1,51		
Güter	- 2,99	- 1,40	+ 3,76	+ 0,97	+ 3,41	+ 0,27	+ 0,24	+ 0,63	+ 0,62	+ 1,43	+ 0,65	+ 0,71	+ 0,82		
Dienstleistungen	+ 1,74	+ 2,06	+ 0,62	+ 1,54	+ 1,43	- 0,34	- 0,48	- 0,29	+ 2,34	- 0,01	- 0,90	+ 0,01	+ 1,83		
Einkommen	- 2,66	- 3,44	- 1,69	- 1,63	- 1,88	- 0,37	- 0,42	- 0,44	- 0,65	- 0,56	- 0,41	- 0,25	- 0,58		
Laufende Transfers	- 1,45	- 1,35	- 1,95	- 2,04	- 2,21	- 0,54	- 0,79	- 0,25	- 0,23	- 0,75	- 0,95	- 0,28	- 0,56		
Vermögensübertragung	- 0,47	- 0,59	- 0,39	+ 0,01	- 0,28	- 0,05	- 0,01	- 0,04	- 0,06	- 0,06	- 0,10	- 0,05	- 0,03		
Kapitalbilanz	+ 4,68	+ 4,18	- 3,45	- 0,03	+ 1,05	- 1,14	+ 1,25	+ 0,83	- 1,63	+ 0,72	+ 1,78	+ 0,18	- 0,55		
Direktinvestitionen im Ausland	- 6,23	- 3,51	- 6,17	- 6,00	- 5,77	- 1,66	- 0,78	- 1,83	- 1,07	- 1,21	- 0,51	- 2,98	- 1,34		
Direktinvestitionen in Österreich	+ 9,60	+ 6,61	+ 0,38	+ 6,51	+ 3,92	+ 1,16	+ 1,47	+ 1,49	+ 1,20	+ 0,44	+ 0,84	+ 1,44	+ 1,18		
Portfolioinvestitionen	+ 3,23	+ 6,33	- 4,35	+ 4,00	- 0,57	+ 7,15	- 6,64	+ 3,07	+ 2,72	- 1,08	- 0,98	- 1,23	+ 0,78		
Sonstige Investitionen	- 2,49	- 7,26	+ 5,30	- 5,66	+ 2,62	- 8,59	+ 7,28	- 2,14	- 4,59	+ 1,51	+ 2,30	+ 3,40	- 0,62		
Offizielle Währungsreserven	+ 0,84	+ 2,07	+ 1,81	+ 1,80	+ 1,56	- 0,04	+ 0,18	+ 0,77	+ 0,54	+ 0,66	- 0,01	+ 0,37	- 0,13		
Statistische Differenz	+ 1,15	+ 0,54	+ 3,09	+ 1,18	- 1,53	+ 2,16	+ 0,20	- 0,44	- 0,39	- 0,76	- 0,06	- 0,31	- 0,93		

Q: OeNB. • E-Mail-Adresse: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Tourismus

Übersicht 12: Übernachtungen

	2002	2003	2004	2004		2005		2005									
								III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	Juli
	Veränderung gegen das Vorjahr in %																
In allen Unterkunftsarten	+ 1,4	+ 1,2	- 0,5	- 2,3	- 4,8	+ 9,8	- 10,9	+ 28,2	- 30,9	+ 5,4	- 6,6	+ 1,5	- 2,5				
Inländer	- 1,5	+ 2,3	- 0,7	- 3,4	+ 0,9	+ 0,7	- 1,0	+ 9,7	- 5,1	+ 0,8	+ 0,3	- 0,0	- 1,3				
Ausländer	+ 2,5	+ 0,9	- 0,4	- 1,9	- 7,1	+ 12,3	- 15,7	+ 33,5	- 40,7	+ 8,2	- 9,8	+ 2,1	- 2,9				
Aus Deutschland	+ 1,3	- 1,1	- 3,4	- 5,7	- 10,6	+ 12,5	- 22,7	+ 45,8	- 54,1	+ 12,4	- 15,4	+ 3,4	- 5,2				
Aus den Niederlanden	+ 7,1	+ 3,8	- 0,5	+ 1,6	- 25,5	+ 7,5	- 8,9	- 8,0	- 18,7	- 5,0	- 8,3	- 1,6	- 6,0				
Aus Italien	+ 4,9	+ 6,8	+ 1,9	+ 3,3	- 0,9	+ 10,8	- 3,3	+ 10,4	- 5,0	- 16,4	+ 12,5	+ 3,0	- 2,0				
Aus der Schweiz	+ 6,2	+ 7,9	+ 0,7	- 2,3	+ 0,4	+ 2,8	- 6,5	+ 13,9	- 19,1	+ 2,6	- 5,0	- 7,4	+ 5,8				
Aus Großbritannien	+ 6,6	- 1,1	+ 7,1	+ 7,1	+ 4,2	+ 17,4	- 9,2	+ 46,7	- 21,1	- 0,4	- 5,0	- 3,7	+ 3,6				
Aus den USA	- 15,2	- 6,7	+ 13,5	+ 13,0	+ 8,7	- 0,1	- 3,2	+ 2,6	- 3,0	+ 0,8	- 6,1	- 0,6	- 0,5				
Aus Japan	- 8,6	- 5,3	+ 16,2	+ 12,4	- 9,7	+ 6,0	+ 3,1	+ 12,7	- 2,0	+ 14,5	- 2,1	+ 8,4	+ 3,0				

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Übersicht 13: Zahlungsströme im internationalen Tourismus

	2000	2001	2002	2003	2004	2003		2004				2005	
						III. Qu.	IV. Qu. Mio. €	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.
Exporte	12.361	13.397	13.903	14.548	14.886	4.107	2.922	4.696	3.118	4.185	2.887	5.165	3.087
Einnahmen i. e. S.	10.752	11.453	11.883	12.337	12.391	3.450	2.386	4.141	2.523	3.409	2.318	4.519	2.426
Personentransport	1.608	1.944	2.020	2.211	2.495	657	536	555	595	776	569	646	661
Importe	10.048	10.961	10.811	11.401	11.056	3.425	2.749	2.336	2.787	3.412	2.521	2.366	2.868
Ausgaben i. e. S.	9.215	10.032	9.922	10.398	9.854	3.126	2.477	2.085	2.491	3.084	2.194	2.063	2.516
Personentransport	833	929	889	1.003	1.202	299	272	251	296	328	327	303	352
Saldo	2.313	2.436	3.092	3.147	3.830	682	173	2.360	330	773	366	2.800	218
Ohne Personentransport	1.537	1.421	1.961	1.939	2.537	324	- 91	2.056	31	325	124	2.457	- 91

Q: OeNB, WIFO. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Übersicht 14: Hauptergebnisse des Tourismus-Satellitenkontos (TSA)

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Mio. €					
<i>Touristische Nachfrage</i>						
Ausgaben ausländischer Besucher	11.757	12.288	13.397	13.906	14.660	15.012
Übernachtende Touristen	10.642	11.031	11.957	12.357	13.130	13.420
Tagesbesucher	1.115	1.257	1.440	1.549	1.530	1.592
Ausgaben inländischer Besucher	10.138	10.344	10.965	11.308	11.954	12.312
Urlaubsreisende	8.058	8.188	8.672	8.958	9.583	9.870
Übernachtende Touristen ¹⁾	4.723	4.844	5.259	5.436	6.014	6.159
Tagesbesucher	3.335	3.344	3.413	3.521	3.568	3.711
Geschäftsreisende	2.080	2.156	2.293	2.350	2.371	2.442
Übernachtende Touristen	689	835	917	931	1.008	1.034
Tagesbesucher	1.391	1.321	1.376	1.419	1.363	1.408
Ausgaben der Inländer in Wochenendhäusern und Zweitwohnungen	745	822	856	882	888	921
Gesamtausgaben (Urlaubs- und Geschäftsreisende, einschließlich Verwandten- und Bekanntenbesuche)	22.640	23.454	25.218	26.096	27.501	28.244

Q: Statistik Austria, WIFO. 1999 bis 2002: endgültig, 2003: vorläufig, 2004: Schätzung. Zur Methodik siehe Smeral, E., Franz, A., Laimer, P., "Ein Tourismus-satellitenkonto für Österreich. Ökonomische Zusammenhänge, Methoden und Hauptergebnisse", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(1), S. 29-37, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=21031. – ¹⁾ Einschließlich Aufwendungen im Zuge von Kuraufenthalten. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Übersicht 15: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Tourismus und Freizeitwirtschaft

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Mio. €						Anteile am BIP in %					
<i>Tourismus-Satellitenkonto</i>												
Direkte Wertschöpfung des Tourismus laut TSA												
Ohne Dienst- und Geschäftsreisen	11.285	11.869	12.623	13.294	14.045	14.420	5,7	5,7	5,9	6,0	6,2	6,2
Einschließlich Dienst- und Geschäftsreisen	12.154	12.848	13.685	14.381	15.143	15.553	6,2	6,2	6,4	6,5	6,7	6,6
	Mio. €						Beitrag zum BIP in %					
<i>TSA-Erweiterungen</i>												
Direkte und indirekte Wertschöpfung												
Tourismus (ohne Dienst- und Geschäftsreisen)	16.859	17.464	18.799	19.471	20.607	21.158	8,6	8,5	8,8	8,8	9,1	9,0
Freizeitkonsum der Inländer am Wohnort	14.517	16.028	16.436	16.629	16.698	17.299	7,4	7,8	7,7	7,5	7,4	7,4
Tourismus und Freizeitwirtschaft in Österreich	31.376	33.492	35.235	36.100	37.305	38.457	16,0	16,2	16,6	16,3	16,5	16,4

Q: Statistik Austria, WIFO. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Außenhandel

Übersicht 16: Warenexporte

	2004	2005	2004	2005	2002	2003	2004	2005	2005				
	Mrd. €	Juli ¹⁾	Anteile in %					Juli ¹⁾	März	April	Mai	Juni	Juli
									Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Insgesamt	89,8	53,3	100,0	100,0	+ 4,2	+ 1,9	+ 13,9	+ 4,1	+ 1,4	+ 5,5	+ 4,8	+ 7,3	- 0,6
Intra-EU 25	64,5	38,1	71,8	71,5	+ 3,5	+ 1,7	+ 12,9	+ 3,3	- 0,2	+ 5,2	+ 6,6	+ 5,8	- 2,2
Intra-EU 15	53,1	31,6	59,4	59,4	+ 3,0	+ 1,4	+ 12,5	+ 3,6	- 0,5	+ 2,8	+ 7,3	+ 6,4	- 0,5
Deutschland	29,0	17,2	32,2	32,3	+ 2,6	+ 1,3	+ 15,4	+ 2,5	- 2,4	+ 1,7	+ 5,7	+ 7,6	- 2,6
Italien	7,7	4,7	8,6	8,9	+ 3,5	+ 8,1	+ 8,9	+ 3,7	+ 0,2	+ 1,0	+ 11,7	+ 2,9	+ 6,0
10 neue EU-Länder	11,4	6,5	12,7	12,1	+ 5,9	+ 3,0	+ 14,4	+ 2,2	+ 1,5	+ 17,9	+ 3,3	+ 2,7	- 10,2
MOEL 5	11,1	6,2	12,3	11,7	+ 4,9	+ 3,3	+ 14,8	+ 1,5	+ 1,2	+ 18,1	+ 2,1	+ 1,2	- 10,9
Ungarn	3,3	1,8	3,7	3,4	+ 0,6	- 4,8	+ 5,2	- 4,2	- 7,6	+ 18,1	+ 2,0	- 3,3	- 11,8
Tschechien	2,8	1,7	3,1	3,1	+ 4,5	+ 7,3	+ 14,1	+ 10,9	+ 14,4	+ 36,5	+ 7,2	+ 2,3	- 6,7
Baltikum	0,3	0,2	0,3	0,4	+ 25,7	+ 19,7	+ 6,8	+ 25,0	+ 0,7	+ 5,4	+ 50,5	+ 71,4	+ 12,3
Extra-EU 25	25,3	15,2	28,2	28,5	+ 6,2	+ 2,6	+ 16,5	+ 6,1	+ 5,5	+ 6,4	+ 0,4	+ 11,1	+ 3,4
Extra-EU 15	36,8	21,6	40,9	40,6	+ 6,1	+ 2,7	+ 15,8	+ 4,9	+ 4,3	+ 9,7	+ 1,3	+ 8,5	- 0,6
Südosteuropa	3,6	2,2	4,0	4,1	+ 17,8	+ 10,5	+ 19,1	+ 11,1	+ 14,3	+ 9,8	+ 10,9	+ 10,1	+ 9,7
GUS	2,0	1,3	2,2	2,4	+ 0,7	+ 24,9	+ 16,5	+ 18,5	+ 21,3	+ 20,5	+ 27,7	+ 12,6	+ 0,0
Industriestaaten Übersee	8,3	4,9	9,2	9,1	+ 3,3	+ 2,4	+ 26,8	+ 1,1	+ 3,6	+ 2,9	- 10,7	+ 3,1	- 0,2
USA	5,3	3,1	5,9	5,8	+ 2,0	+ 1,9	+ 29,9	- 1,2	+ 3,7	- 0,8	- 14,6	+ 2,8	- 3,4
OPEC	1,3	0,8	1,5	1,6	- 12,1	+ 3,7	+ 13,0	+ 20,1	+ 16,6	+ 42,9	+ 4,9	+ 22,8	+ 27,6
NOPEC	4,4	2,5	4,9	4,8	+ 8,3	- 10,7	+ 18,8	- 1,0	- 1,2	- 9,6	- 4,8	+ 17,3	+ 13,4
Agrarwaren	5,2	3,3	5,8	6,3	+ 7,5	+ 14,5	+ 10,9	+ 11,1	+ 7,8	+ 15,8	+ 13,9	+ 10,2	+ 9,2
Roh- und Brennstoffe	5,8	4,1	6,4	7,6	+ 13,3	+ 5,3	+ 26,1	+ 26,4	+ 29,1	+ 33,9	+ 34,9	+ 28,0	+ 6,0
Industriewaren	78,8	45,9	87,8	86,1	+ 3,5	+ 1,0	+ 13,3	+ 2,0	- 0,9	+ 2,9	+ 2,0	+ 5,6	- 1,7
Chemische Erzeugnisse	8,2	5,2	9,1	9,8	+ 12,0	+ 0,5	+ 2,6	+ 11,3	+ 9,3	+ 18,6	+ 11,8	+ 7,7	- 3,4
Bearbeitete Waren	19,3	12,3	21,5	23,0	+ 0,7	+ 2,6	+ 8,7	+ 9,2	+ 3,6	+ 9,5	+ 13,0	+ 12,3	+ 6,4
Maschinen, Fahrzeuge	40,3	22,0	44,9	41,2	+ 2,9	+ 0,5	+ 21,3	- 4,2	- 6,2	- 2,2	- 7,0	+ 1,0	- 6,4
Konsumnahe Fertigwaren	10,7	6,2	11,9	11,6	+ 1,8	+ 1,7	+ 3,9	+ 5,3	+ 1,7	+ 6,4	+ 7,8	+ 7,4	+ 2,2

Q: Statistik Austria. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. – ¹⁾ Kumuliert. • E-Mail-Adressen: Irene.Langer@wifo.ac.at, Gabriele.Wellan@wifo.ac.at

Übersicht 17: Warenimporte

	2004	2005	2004	2005	2002	2003	2004	2005	März	April	2005	Juni	Juli
	Mrd. €	Juli ¹⁾	Anteile in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Insgesamt	91,1	53,0	100,0	100,0	- 2,0	+ 5,0	+ 12,5	+ 3,7	+ 2,2	+ 4,3	+ 9,9	+ 4,0	- 2,8
Intra-EU 25	70,3	40,3	77,1	76,0	- 1,2	+ 5,1	+ 14,3	+ 1,7	+ 1,1	+ 1,7	+ 6,3	+ 2,3	- 6,7
Intra-EU 15	60,6	34,9	66,5	65,9	- 1,5	+ 4,2	+ 14,7	+ 2,3	+ 1,6	+ 1,2	+ 6,4	+ 3,2	- 5,7
Deutschland	39,1	22,4	43,0	42,3	- 2,6	+ 6,8	+ 17,9	+ 1,8	+ 0,7	- 0,2	+ 4,3	+ 4,3	- 5,3
Italien	6,2	3,6	6,8	6,9	- 1,7	+ 2,5	+ 9,6	+ 0,8	- 2,5	- 0,4	+ 6,3	+ 0,8	- 3,1
10 neue EU-Länder	9,7	5,4	10,6	10,1	+ 1,0	+ 10,9	+ 12,2	- 1,9	- 2,3	+ 4,6	+ 5,6	- 4,1	- 13,4
MOEL 5	9,6	5,3	10,5	10,0	+ 1,0	+ 10,8	+ 12,1	- 1,9	- 2,6	+ 4,5	+ 5,8	- 3,9	- 13,2
Ungarn	2,6	1,4	2,9	2,6	- 4,9	+ 2,7	- 0,9	- 3,8	- 10,8	+ 7,3	+ 28,6	- 4,6	- 12,7
Tschechien	2,9	1,8	3,2	3,3	+ 5,5	+ 17,7	+ 9,7	+ 7,1	+ 11,2	+ 12,7	+ 11,1	+ 2,5	- 13,9
Balkikum	0,1	0,0	0,1	0,1	+ 1,9	+ 26,1	+ 8,4	- 2,6	+ 26,1	+ 13,8	- 19,7	- 24,3	- 33,3
Extra-EU 25	20,8	12,7	22,9	24,0	- 4,6	+ 4,8	+ 6,6	+ 10,6	+ 6,1	+ 13,4	+ 23,2	+ 9,8	+ 10,9
Extra-EU 15	30,5	18,1	33,5	34,1	- 3,0	+ 6,6	+ 8,3	+ 6,6	+ 3,3	+ 10,5	+ 17,4	+ 5,6	+ 3,3
Südosteuropa	1,7	1,0	1,9	1,8	+ 16,1	+ 16,3	+ 32,8	+ 3,1	- 2,0	+ 18,6	+ 13,9	+ 1,1	- 10,4
GUS	2,3	1,9	2,6	3,5	+ 0,3	+ 9,0	+ 22,4	+ 66,2	+ 27,6	+ 67,5	+ 105,2	+ 72,6	+ 101,9
Industriestaaten Übersee	6,1	3,6	6,7	6,8	- 7,4	- 7,6	+ 2,9	+ 3,8	- 3,7	+ 17,9	+ 2,1	+ 11,4	+ 7,7
USA	3,0	1,8	3,2	3,3	- 11,3	- 16,3	- 5,4	+ 4,2	- 9,6	+ 30,5	+ 4,8	+ 22,5	+ 11,0
OPEC	1,0	0,6	1,1	1,0	- 14,4	- 4,5	+ 1,9	- 1,1	+ 24,6	+ 165,4	+ 27,0	- 27,0	- 0,2
NOPEC	6,0	3,8	6,6	7,1	- 7,5	+ 3,3	+ 17,8	+ 12,6	+ 20,2	- 0,4	+ 31,4	- 1,8	+ 13,1
Agrarwaren	5,4	3,1	5,9	5,9	+ 3,8	+ 4,9	+ 10,5	+ 2,7	+ 5,2	+ 5,8	+ 12,9	- 3,3	- 6,3
Roh- und Brennstoffe	11,4	8,2	12,5	15,5	+ 3,1	+ 8,0	+ 21,5	+ 35,3	+ 35,0	+ 49,2	+ 45,8	+ 32,9	+ 33,4
Industriewaren	74,3	41,6	81,6	78,6	- 3,1	+ 4,7	+ 11,3	- 0,8	- 2,6	- 1,7	+ 4,3	+ 0,4	- 7,7
Chemische Erzeugnisse	9,4	5,9	10,3	11,2	+ 5,5	+ 3,8	+ 4,2	+ 10,0	+ 10,1	+ 11,7	+ 17,7	+ 5,0	+ 1,8
Bearbeitete Waren	14,5	8,4	15,9	15,9	- 5,7	+ 2,8	+ 12,3	+ 1,8	- 1,8	+ 6,4	+ 2,3	+ 1,1	- 6,9
Maschinen, Fahrzeuge	37,1	19,7	40,7	37,2	- 5,0	+ 6,6	+ 15,8	- 5,6	- 8,1	- 9,3	+ 1,2	- 1,7	- 10,9
Konsumnahe Fertigwaren	13,1	7,3	14,4	13,9	- 2,0	+ 1,8	+ 5,8	+ 1,3	- 0,4	+ 5,3	+ 3,0	+ 1,7	- 6,4

Q: Statistik Austria. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. - 1) Kumuliert. • E-Mail-Adressen: irene.langer@wifo.ac.at, Gabriele.Wellan@wifo.ac.at

Zinssätze

Übersicht 18: Kurz- und langfristige Zinssätze

	2002	2003	2004	2004		2005		2005		2005	2005	2005	2005
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	September
In %													
<i>Geld- und Kapitalmarktzinssätze</i>													
Basiszinssatz	2,7	1,8	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
Taggeldsatz	3,3	2,3	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1
Dreimonatszinssatz	3,3	2,3	2,1	2,1	2,2	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1
<i>Sekundärmarktrendite</i>													
Benchmark	5,0	4,2	4,2	4,2	3,8	3,6	3,4	3,2	3,4	3,2	3,3	3,3	3,1
Insgesamt	4,4	3,4	3,4	3,5	3,3	3,2	2,9	2,8	2,9	2,8	2,8	2,9	2,8
<i>Sollzinssätze der inländischen Kreditinstitute</i>													
An private Haushalte													
Für Konsum: 1 bis 5 Jahre	.	5,0	4,4	4,3	4,3	4,2	4,2	.	4,2	4,2	4,2	4,2	.
Für Wohnbau: Über 10 Jahre	.	4,8	4,8	5,1	4,9	5,6	4,9	.	4,8	4,9	4,6	6,2	.
An nichtfinanzielle Unternehmen													
Bis 1 Mio. €: Bis 1 Jahr	5,2	4,2	3,7	3,5	3,5	3,5	3,4	.	3,5	3,4	3,4	3,4	.
Über 1 Mio. €: Bis 1 Jahr	.	3,3	2,9	2,9	2,9	2,8	2,9	.	2,8	2,8	2,9	2,9	.
An private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen													
In Yen	.	1,2	1,1	1,0	1,1	1,2	1,1	.	1,2	1,2	1,2	1,0	.
In Schweizer Franken	.	1,7	1,6	1,7	1,9	1,9	1,9	.	1,9	1,9	1,9	1,9	.
<i>Habenzinssätze der inländischen Kreditinstitute</i>													
Einlagen von privaten Haushalten													
Bis 1 Jahr	.	2,1	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	.	1,9	2,0	1,9	1,9	.
Über 2 Jahre	.	2,9	2,8	2,7	2,8	2,8	2,8	.	2,8	2,7	2,7	2,5	.
Spareinlagen von privaten Haushalten													
Bis 1 Jahr	2,9	2,2	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	.	2,0	2,0	2,0	2,0	.
Über 2 Jahre	.	2,9	2,8	2,7	2,8	2,8	2,8	.	2,8	2,8	2,6	2,5	.

Q: OeNB, EZB. • E-Mail-Adresse: Ursula.Glauning@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Landwirtschaft

Übersicht 19: Landwirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 1995

	Ø 1994/1996	2000	2001	2002	2003	2004	Ø 1994/1996	2000	2001	2002	2003	2004
	Mio. €, zu Erzeugerpreisen						Mio. €, zu Herstellungspreisen					
<i>Produktionswert</i>												
Pflanzliche Erzeugung	2.306	2.144	2.270	2.250	2.289	2.328	2.755	2.477	2.613	2.585	2.626	2.666
Tierische Erzeugung	2.699	2.483	2.631	2.431	2.373	2.415	2.887	2.559	2.745	2.582	2.523	2.610
Übrige Produktion	442	515	512	550	529	528	442	515	512	550	529	528
<i>Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs</i>												
Bruttowertschöpfung Landwirtschaft	5.447	5.142	5.412	5.231	5.192	5.271	6.085	5.551	5.871	5.716	5.678	5.804
Nettowertschöpfung Landwirtschaft	2.456	2.237	2.384	2.213	2.198	2.218	3.069	2.646	2.842	2.698	2.684	2.751
1.000 Jahresarbeitseinheiten												
Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft	196,8	175,2	173,9	172,9	171,6	169,9	.	- 1,8	- 0,7	- 0,6	- 0,7	- 1,0
Real, Ø 1994/1996 = 100						Nominell, Ø 1994/1996 = 100						
Faktoreinkommen je Jahresarbeitseinheit	100,0	94,7	109,4	103,4	103,1	105,6	100,0	98,5	115,8	110,9	112,1	117,1
Erwerbstätige zu Vollzeitäquivalenten (Jahresarbeitseinheiten)						Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen						
Anteil der Landwirtschaft in %	6,0	5,1	5,0	5,0	5,0	4,9	1,9	1,4	1,5	1,4	1,3	1,3

Q: Eurostat, NewCronos Datenbank, Statistik Austria, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, WIFO-Berechnungen. Werte für 2004: vorläufig; Stand Jänner 2005. • E-Mail-Adresse: Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at

Übersicht 20: Markt- und Preisentwicklung

	Ø 1994/ 1996	2001	2002	2003	2004	2004		2005		2005			August
			1.000 t			III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Mai	Juni	Juli	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Marktentwicklung													
Milchanlieferung	2.278,0	2.653,7	2.649,4	2.645,0	2.617,0	- 3,0	- 3,2	- 2,9	- 1,1	- 2,6	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,8
Marktleistung Getreide ¹⁾		2.442,9	2.330,7	1.928,4	2.640,0								
Marktleistung Schlachtrinder	196,5	203,4	198,3	195,0	189,5	- 9,1	- 1,0	- 9,2	+ 2,1	+ 6,3	- 5,1		
Marktleistung Schlachtkälber	13,0	11,5	10,8	10,3	10,0	- 9,1	- 7,6	- 5,4	- 13,8	- 0,6	- 13,6		
Marktleistung Schlachtschweine	430,5	453,0	465,4	470,9	468,6	- 0,5	- 2,9	- 5,1	+ 1,0	+ 11,3	- 5,7		
Marktleistung Schlachtgeflügel ²⁾	84,2	99,6	100,7	101,9	99,7	+ 1,2	- 11,3	- 8,1	- 0,0	+ 18,1	- 2,7		
	€ je t												
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Erzeugerpreise (ohne Umsatzsteuer)													
Milch (4% Fett, 3,3% EE)	311,5	324,5	307,0	286,9	284,7	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,3	- 0,3	
Qualitätsweizen		123,4	114,1	117,3	113,5	- 13,4	- 19,3	- 20,5	- 21,0	- 20,6	- 20,2	- 7,4	- 18,1
Jungstiere (R3) ³⁾		2.456,7	2.680,0	2.685,8	2.686,7	+ 5,4	+ 9,8	+ 16,3	+ 18,7	+ 19,5	+ 14,4	+ 10,9	+ 9,5
Schweine (Kl. E.) ³⁾		1.719,2	1.374,2	1.279,2	1.427,5	+ 12,1	+ 23,3	+ 16,0	+ 2,2	+ 7,0	- 2,0		
Hühner bratfertig		1.941,7	1.935,8	1.917,5	1.935,8	+ 1,0	+ 0,2	- 1,0	- 1,0	- 0,5	- 1,5	- 1,5	- 1,0

Q: Agrarmarkt Austria, Statistik Austria, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Wirtschaftsjahr (Juli bis Juni); Körnermais: Oktober bis September. – ²⁾ Back-, Brat- und Truthühner. – ³⁾ € je t Schlachtgewicht. • E-Mail-Adresse: Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at

Sachgütererzeugung

Übersicht 21: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage

	2003	2004	2004		2005					2005	2005	2005	2005
			III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionsindex (arbeitsmäßig bereinigt)													
Insgesamt	+ 2,2	+ 7,1	+ 8,4	+ 9,3	+ 5,6	+ 5,9	+ 6,7	+ 5,5	+ 4,8	+ 5,0	+ 6,3	+ 6,2	+ 6,8
Vorprodukte	+ 4,1	+ 5,3	+ 5,9	+ 8,2	+ 7,8	+ 7,3	+ 10,5	+ 9,6	+ 4,0	+ 7,8	+ 6,6	+ 7,5	+ 9,9
Kfz	+ 3,7	+ 30,1	+ 34,9	+ 29,7	- 0,2	+ 3,8	+ 4,5	- 0,1	- 3,9	+ 10,3	- 0,5	+ 1,7	+ 6,6
Investitionsgüter	- 0,4	+ 9,9	+ 15,5	+ 10,8	+ 6,6	+ 9,6	+ 4,0	+ 3,7	+ 11,0	+ 4,4	+ 12,2	+ 12,1	+ 1,6
Konsumgüter	+ 0,4	+ 0,6	- 0,6	+ 2,6	+ 1,1	- 1,3	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,2	- 3,1	+ 1,5	- 2,2	+ 3,2
Dauerhafte	- 2,5	+ 4,1	+ 0,8	+ 6,0	+ 0,0	- 4,1	- 2,5	+ 1,5	+ 0,6	- 8,9	- 0,1	- 3,1	+ 3,6
Nahrungs- und Genussmittel	+ 0,3	+ 1,5	- 0,6	+ 5,3	+ 3,9	+ 0,5	+ 4,5	+ 3,0	+ 4,2	+ 0,6	+ 4,1	- 3,1	+ 7,4
Andere Nichtdauerhafte	+ 2,2	- 2,2	- 1,4	- 2,5	- 1,3	- 1,7	- 0,6	- 1,6	- 1,7	- 3,9	- 0,5	- 0,6	- 2,0
Beschäftigte	- 0,4	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,1	- 0,4	+ 0,5	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	- 0,2	- 0,5	
Geleistete Stunden	- 0,1	+ 1,0	+ 1,9	- 0,6	- 2,0	+ 0,4	+ 0,7	- 1,5	- 4,7	+ 0,5	- 1,7	+ 2,4	
Produktion je Beschäftigten	+ 2,7	+ 6,9	+ 7,9	+ 8,7	+ 5,6	+ 6,2	+ 6,2	+ 5,5	+ 5,1	+ 5,5	+ 6,6	+ 6,7	
Produktion (unbereinigt) je geleistete Stunde	+ 2,2	+ 6,8	+ 6,9	+ 9,9	+ 6,7	+ 6,6	+ 6,5	+ 7,2	+ 6,7	+ 4,7	+ 8,1	+ 6,9	
Auftragseingänge	+ 1,9	+ 16,5	+ 17,0	+ 13,0	+ 10,7	+ 3,8	+ 18,1	+ 12,0	+ 3,5	+ 5,2	+ 11,2	- 3,4	
Inland	- 1,6	+ 21,0	+ 26,0	+ 16,6	+ 18,4	- 4,3	+ 30,9	+ 23,4	+ 3,9	- 0,5	+ 9,0	- 17,0	
Ausland	+ 3,4	+ 14,7	+ 13,5	+ 11,5	+ 7,6	+ 7,7	+ 12,9	+ 7,3	+ 3,3	+ 7,6	+ 12,2	+ 3,8	
Auftragsbestand	+ 8,9	+ 11,6	+ 13,7	+ 12,3	+ 12,2	+ 10,0	+ 14,4	+ 11,5	+ 10,9	+ 11,0	+ 11,4	+ 7,7	
Inland	+ 13,8	+ 12,6	+ 19,3	+ 22,2	+ 23,4	+ 14,5	+ 29,0	+ 21,1	+ 20,7	+ 18,2	+ 17,8	+ 8,1	
Ausland	+ 7,3	+ 11,2	+ 11,7	+ 9,2	+ 8,4	+ 8,4	+ 9,6	+ 8,1	+ 7,5	+ 8,5	+ 9,1	+ 7,6	

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Traude.Novak@wifo.ac.at

Übersicht 22: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

	2002		2003		2004		2004		2005		2005		
	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	
	Salden aus positiven und negativen Meldungen, in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt												
Auftragsbestände	- 32	- 31	- 33	- 28	- 36	- 29	- 24	- 27	- 21	- 21	- 25	- 32	- 32
Exportauftragsbestände	- 33	- 31	- 34	- 28	- 45	- 35	- 32	- 29	- 28	- 29	- 30	- 35	- 39
Fertigwarenlager	+ 18	+ 16	+ 14	+ 13	+ 16	+ 9	+ 11	+ 10	+ 7	+ 10	+ 9	+ 13	+ 12
Produktionserwartungen	+ 5	+ 6	+ 5	+ 3	+ 4	+ 11	+ 9	+ 9	+ 8	+ 10	+ 8	+ 10	+ 9
Verkaufspreiserwartungen	+ 2	- 2	- 6	- 1	- 8	- 2	+ 4	+ 6	+ 7	+ 9	+ 6	+ 0	- 4

Q: WIFO-Konjunkturtest. • E-Mail-Adresse: Eva.Jungbauer@wifo.ac.at

Bauwirtschaft

Übersicht 23: Produktion

	2002	2003	2004	2004	2005		2004		2005				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionswert													
Hoch- und Tiefbau ¹⁾	+ 1,2	+ 11,0	+ 2,7	+ 5,9	- 5,0	+ 7,4	+ 6,4	- 1,2	- 4,2	- 8,5	+ 5,4	+ 5,4	+ 10,7
Hochbau	- 2,3	+ 9,1	+ 2,4	+ 3,2	- 10,3	+ 4,1	+ 4,8	- 18,0	- 4,2	- 8,7	+ 0,2	+ 6,0	+ 5,7
Wohnhaus-, Siedlungsbau	- 5,1	+ 7,8	+ 4,5	+ 4,5	- 16,5	+ 2,1	+ 17,4	- 27,5	- 15,4	- 6,9	- 0,9	+ 4,8	+ 2,2
Tiefbau	+ 6,2	+ 12,6	+ 4,6	+ 10,6	+ 4,6	+ 11,8	+ 7,9	+ 39,4	- 9,1	- 7,1	+ 13,2	+ 3,2	+ 18,3
Bauwesen insgesamt ²⁾	+ 0,7	+ 10,2	+ 3,5	+ 5,5	- 1,0	+ 6,7	+ 3,3	+ 3,2	+ 0,4	- 5,1	+ 3,7	+ 3,2	+ 12,1
Baunebengewerbe	- 3,1	+ 10,9	+ 5,6	+ 6,7	+ 4,2	+ 6,4	- 0,5	+ 7,3	+ 6,7	+ 0,1	+ 1,5	+ 1,1	+ 15,1
Auftragsbestände	- 2,6	+ 5,0	+ 8,2	+ 8,8	+ 11,1	+ 10,4	+ 12,3	+ 8,9	+ 14,7	+ 9,7	+ 9,8	+ 11,5	+ 9,9
Auftragseingänge	+ 2,2	+ 11,2	+ 7,0	+ 12,3	+ 8,3	+ 7,6	+ 29,6	+ 1,2	+ 21,4	+ 3,4	+ 5,1	+ 11,5	+ 6,4

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Wert der technischen Gesamtproduktion nach dem Güteransatz (GNACE), charakteristische Produktion ohne Nebenleistungen. – ²⁾ Wert der abgesetzten Produktion nach dem Aktivitätsansatz (ÖNACE 1995), einschließlich Bauhilfsgewerbe, nach dem Schwerpunkt der Tätigkeit des Bauunternehmens. • E-Mail-Adresse: Monika.Dusek@wifo.ac.at

Übersicht 24: Preise und Arbeitsmarkt

	2002	2003	2004	2004		2005		März	April	2005			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			Mai	Juni	Juli	August
<i>Baupreisindex¹⁾</i>													
Hoch- und Tiefbau	+ 0,8	+ 0,9	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,3	+ 1,7
Hochbau	+ 1,3	+ 1,5	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,8	+ 3,8	+ 2,8
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 1,2	+ 1,5	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,5	+ 3,2	+ 2,3
Tiefbau	- 0,3	- 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,3

Arbeitsmarkt

Beschäftigung Hoch- und Tiefbau	- 2,8	- 1,2	- 0,8	- 0,6	- 0,9	- 2,0	+ 0,2	- 1,8	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5
Arbeitslose	+ 8,0	- 0,9	- 1,4	- 3,5	- 1,7	+ 3,3	- 1,6	+ 6,0	- 2,4	- 1,4	- 0,9	- 0,3	+ 1,1
Offene Stellen	- 11,0	- 4,0	+ 28,2	+ 24,4	+ 10,4	- 9,3	+ 6,3	- 10,5	+ 4,0	+ 3,3	+ 12,4	- 1,4	+ 12,0

Q: Statistik Austria, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich. – ¹⁾ 1996 = 100. • E-Mail-Adresse: Monika.Dusek@wifo.ac.at

Binnenhandel**Übersicht 25: Umsätze und Beschäftigung**

	2002	2003	2004	2004		2005		Februar	März	2005			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			April	Mai	Juni	Juli
<i>Nettoumsätze nominell</i>													
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	- 2,0	+ 4,5	+ 3,6	+ 3,4	+ 6,9	- 2,0	+ 3,9	- 4,1	- 1,0	+ 3,2	+ 3,8	+ 4,6	- 4,1
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	+ 2,0	+ 2,4	+ 6,7	+ 11,0	+ 10,3	+ 4,5	+ 4,2	+ 5,9	+ 2,3	+ 2,2	+ 6,6	+ 4,2	+ 1,8
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	+ 0,6	+ 1,5	+ 2,4	+ 3,7	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,3	+ 4,2	- 1,7	+ 4,3	+ 2,4	- 1,0
<i>Nettoumsätze real</i>													
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	- 3,5	+ 2,1	+ 1,3	+ 0,7	+ 4,4	- 3,6	+ 2,1	- 5,6	- 2,6	+ 1,3	+ 2,2	+ 2,9	- 5,8
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	+ 2,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 4,2	+ 4,7	- 0,1	+ 2,2	+ 0,9	- 1,8	- 0,7	+ 5,0	+ 2,4	- 0,9
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,6	+ 2,9	+ 2,1	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 3,2	- 2,4	+ 3,8	+ 1,7	- 1,5
<i>Beschäftigte¹⁾</i>													
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	+ 0,2	- 0,1	+ 1,0	+ 0,6	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,6
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	- 0,6	- 4,2	- 2,2	- 2,6	- 1,2	- 0,9	- 0,0	- 0,8	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	- 0,7	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,6	+ 0,7	+ 2,1	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,2

Q: Statistik Austria; laut ÖNACE 1995, ab 2003 mit ÖNACE 2003 verkettet. – ¹⁾ Einschließlich im Betrieb tätiger Inhaber und mithelfender Familienmitglieder. • E-Mail-Adresse: Martina.Agwi@wifo.ac.at

Verkehr**Übersicht 26: Güter- und Personenverkehr**

	2002	2003	2004	2004		2005		März	April	2005			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			Mai	Juni	Juli	August
<i>Güterverkehr</i>													
Straße (in tkm)	+ 1,5	+ 1,8
Neuzulassungen Lkw (Nutzlast 1 t und darüber)	- 7,4	+ 17,6	+ 17,7	+ 25,0	+ 25,6	+ 4,0	+ 14,8	+ 9,0	+ 22,5	+ 9,3	+ 12,3	- 15,8	+ 0,2
Bahn (in tkm)	+ 1,4	+ 1,2	+ 6,7	+ 2,3	+ 7,2	- 12,2	+ 0,7
Inlandverkehr	+ 1,9	- 1,6	+ 10,3	+ 2,4	+ 20,6	- 2,8	+ 4,9
Ein- und Ausfuhr	+ 2,7	+ 2,0	+ 4,8	+ 0,3	+ 0,1	- 14,2	+ 1,6
Transit	- 2,3	+ 2,0	+ 7,6	+ 7,4	+ 10,9	- 16,5	- 5,1
<i>Personenverkehr</i>													
Bahn (Personenkilometer)	+ 0,7	- 1,8	+ 1,3
Luftverkehr (Passagiere)	+ 1,4	+ 5,6	+ 15,4	+ 15,5	+ 10,4	+ 8,7	+ 7,1	+ 12,7	+ 4,5	+ 9,1	+ 7,4	+ 8,7	+ 5,0
Neuzulassungen Pkw	- 4,8	+ 7,4	+ 3,7	+ 1,7	+ 4,6	- 1,4	+ 2,5	+ 1,1	+ 2,9	+ 0,5	+ 3,8	- 8,5	+ 5,7

Q: Statistik Austria, ÖBB. • E-Mail-Adresse: Martina.Agwi@wifo.ac.at

Bankenstatistik**Übersicht 27: Einlagen und Kredite**

	2002	2003	2004	2004		2005		März	April	2005			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			Mai	Juni	Juli	August
<i>Einlagen insgesamt</i>													
Spareinlagen	+ 1,8	+ 3,5	+ 2,8	+ 3,4	+ 2,8	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,9
Termineinlagen	- 13,8	- 13,4	+ 12,5	+ 5,5	+ 12,5	+ 9,8	+ 8,7	+ 9,8	+ 15,0	+ 8,3	+ 8,7	+ 5,4	+ 10,0
Sichteinlagen	+ 9,4	+ 18,0	+ 7,3	+ 9,0	+ 7,3	+ 11,7	+ 11,0	+ 11,7	+ 10,9	+ 14,3	+ 11,0	+ 11,8	+ 11,0
Fremdwährungseinlagen	- 9,3	+ 4,9	+ 8,0	+ 14,4	+ 8,0	+ 20,9	+ 31,3	+ 20,9	+ 20,4	+ 24,4	+ 31,3	+ 26,9	+ 30,2
Direktkredite an inländische Nichtbanken	+ 1,2	+ 1,6	+ 5,0	+ 3,9	+ 5,0	+ 5,3	+ 4,6	+ 5,3	+ 5,0	+ 5,4	+ 4,6	+ 5,1	+ 5,0

Q: OeNB. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Arbeitsmarkt

Übersicht 28: Saisonbereinigte Arbeitsmarktkindikatoren

	2004				2005				2005				
	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September
	Veränderung gegen die Vorperiode in %												
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0
Arbeitslose	+ 0,0	- 0,1	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,4	- 0,4	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,2
Offene Stellen	+ 4,4	+ 1,5	- 0,8	+ 3,8	+ 4,0	+ 3,1	- 0,4	+ 4,1	- 1,9	+ 2,1	+ 0,4	+ 2,7	+ 0,6
Arbeitslosenquote													
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	+ 7,1	+ 7,1	+ 7,1	+ 7,2	+ 7,2	+ 7,3	+ 7,2	+ 7,2	+ 7,2	+ 7,2	+ 7,3	+ 7,3	+ 7,3
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	+ 4,8	+ 4,9	+ 4,9	+ 5,0	+ 5,1	+ 5,2	+ 5,0	+ 5,0	+ 5,1	+ 5,1	+ 5,2	+ 5,2	+ 5,2

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne arbeitslose Schulungsteilnehmer mit Beihilfen zur Deckung des Lebensunterhalts. • E-Mail-Adresse: Julia.Hudritsch@wifo.ac.at

Übersicht 29: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen

	2002	2003	2004	2004	2005		III. Qu.	April	Mai	2005			
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.				Juni	Juli	August	September
	In 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	3.155	3.185	3.201	3.200	3.164	3.232	3.309	3.203	3.233	3.261	3.331	3.314	3.280
Männer	1.731	1.731	1.731	1.730	1.680	1.751	1.792	1.735	1.753	1.766	1.802	1.795	1.779
Frauen	1.424	1.454	1.469	1.470	1.484	1.481	1.517	1.469	1.481	1.495	1.529	1.519	1.502
Ausländer	334	350	362	362	359	375	.	364	376	385	391	391	.
Sachgütererzeugung	599	589	585	583	566	570	.	569	570	572	587	584	.
Bauwesen	240	238	236	236	196	249	.	243	250	253	260	259	.
Private Dienstleistungen	1.257	1.261	1.276	1.273	1.296	1.288	.	1.270	1.287	1.307	1.344	1.340	.
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	278	286	294	298	294	304	.	301	304	307	316	317	.
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	3.052	3.057	3.079	3.077	3.041	3.106	3.182	3.078	3.107	3.134	3.204	3.187	3.154
Männer	1.713	1.711	1.718	1.718	1.667	1.736	1.778	1.720	1.737	1.750	1.787	1.780	1.765
Frauen	1.339	1.346	1.361	1.359	1.373	1.370	1.404	1.358	1.370	1.383	1.417	1.407	1.389
Arbeitslose	232	240	244	257	300	227	217	246	223	211	211	219	220
Männer	134	140	140	146	193	121	112	133	119	112	110	112	114
Frauen	98	100	104	110	107	105	105	113	104	100	101	108	106
Personen in Schulung ²⁾	35	41	43	47	50	50	43	51	52	48	40	41	50
Offene Stellen	23	22	24	21	23	29	28	29	29	28	28	29	28
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	+ 7,0	+ 29,6	+ 15,7	+ 27,1	+ 36,4	+ 34,1	+ 32,8	+ 34,3	+ 36,4	+ 31,7	+ 32,8	+ 33,9	+ 31,7
Männer	- 16,6	- 0,4	+ 0,6	+ 7,4	+ 10,0	+ 11,3	+ 7,9	+ 12,0	+ 12,7	+ 9,3	+ 7,5	+ 8,3	+ 8,0
Frauen	+ 23,7	+ 30,0	+ 15,2	+ 19,7	+ 26,4	+ 22,8	+ 24,9	+ 22,3	+ 23,7	+ 22,4	+ 25,3	+ 25,6	+ 23,7
Ausländer	+ 5,1	+ 15,9	+ 11,9	+ 12,6	+ 12,8	+ 12,3	.	+ 11,5	+ 13,1	+ 12,2	+ 11,8	+ 11,2	.
Sachgütererzeugung	- 15,1	- 9,9	- 3,6	- 3,8	- 11,4	- 12,2	.	- 11,8	- 11,9	- 13,0	- 13,8	- 13,8	.
Bauwesen	- 6,8	- 2,8	- 2,0	- 2,0	- 3,9	+ 0,5	.	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,3	.
Private Dienstleistungen	+ 6,2	+ 4,0	+ 15,6	+ 23,4	+ 31,8	+ 25,9	.	+ 24,6	+ 27,4	+ 25,8	+ 27,7	+ 28,9	.
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	+ 10,3	+ 8,5	+ 8,3	+ 9,5	+ 10,9	+ 11,2	.	+ 11,7	+ 10,8	+ 10,9	+ 11,0	+ 13,0	.
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	- 15,0	+ 5,5	+ 21,1	+ 33,4	+ 31,0	+ 30,4	+ 29,9	+ 30,1	+ 32,6	+ 28,5	+ 30,3	+ 30,9	+ 28,6
Männer	- 17,1	- 2,0	+ 6,3	+ 13,0	+ 9,5	+ 10,3	+ 7,9	+ 11,2	+ 11,5	+ 8,2	+ 7,5	+ 8,2	+ 8,0
Frauen	+ 2,1	+ 7,4	+ 14,9	+ 20,4	+ 21,6	+ 20,1	+ 22,0	+ 19,0	+ 21,1	+ 20,3	+ 22,8	+ 22,7	+ 20,6
Arbeitslose	+ 28,5	+ 7,7	+ 3,8	+ 0,3	+ 5,5	+ 7,2	+ 11,5	+ 5,3	+ 7,9	+ 8,5	+ 10,0	+ 12,6	+ 11,8
Männer	+ 19,1	+ 5,3	+ 0,5	- 1,4	+ 4,0	+ 2,4	+ 4,7	+ 1,2	+ 2,8	+ 3,0	+ 4,0	+ 5,2	+ 4,8
Frauen	+ 9,5	+ 2,3	+ 3,3	+ 1,7	+ 1,5	+ 4,9	+ 6,8	+ 4,0	+ 5,0	+ 5,5	+ 6,0	+ 7,4	+ 7,0
Personen in Schulung ²⁾	+ 3,8	+ 6,0	+ 1,2	+ 6,0	+ 8,5	+ 8,0	+ 3,6	+ 7,6	+ 9,0	+ 7,4	+ 3,8	+ 2,6	+ 4,4
Offene Stellen	- 6,5	- 1,5	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,6	+ 2,9	+ 1,3	+ 2,2	+ 1,6	+ 3,2	+ 3,2

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne arbeitslose Schulungsteilnehmer mit Beihilfen zur Deckung des Lebensunterhalts. – ²⁾ Bezug von Individualbeihilfe des AMS. • E-Mail-Adresse: Julia.Hudritsch@wifo.ac.at

Übersicht 30: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

	2002	2003	2004	2004	2005		III. Qu.	April	Mai	2005			
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.				Juni	Juli	August	September
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Arbeitslosenquote	6,9	7,0	7,1	7,4	8,6	6,6	6,2	7,1	6,5	6,1	6,0	6,2	6,3
Männer	7,2	7,5	7,5	7,8	10,3	6,5	5,9	7,1	6,4	5,9	5,7	5,9	6,0
Frauen	6,4	6,5	6,6	7,0	6,7	6,6	6,5	7,1	6,6	6,3	6,2	6,6	6,6
Unter 25-Jährige (in % der Arbeitslosen insgesamt)	15,8	16,4	15,9	16,5	15,3	16,2	17,7	16,4	16,0	16,2	17,0	17,6	18,5
Stellenandrang (Arbeitslose je 100 offene Stellen)	1.002	1.106	1.026	1.210	1.277	786	766	850	763	743	747	763	789

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Julia.Hudritsch@wifo.ac.at

Preise und Löhne

Übersicht 31: Verbraucherpreise und Großhandelspreise

	2002	2003	2004	2004		2005		März	April	2005			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			Mai	Juni	Juli	August
Harmonisierter VPI	+ 1,7	+ 1,3	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,9
Verbraucherpreisindex	+ 1,8	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,9	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,0
Ohne Saisonwaren	+ 1,8	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,1
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 3,6	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,0	+ 1,8	+ 0,9	+ 2,2	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,6
Alkoholische Getränke, Tabak	+ 4,2	+ 3,2	+ 1,9	+ 1,8	+ 0,6	+ 6,4	+ 6,5	+ 6,2	+ 6,3	+ 6,1	+ 7,0	+ 6,8	+ 6,9
Bekleidung und Schuhe	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,2	- 0,2	+ 0,1	- 0,2	+ 0,6	- 0,2	- 0,4	+ 0,1	- 1,4	- 1,7
Wohnung, Wasser, Energie	+ 3,1	+ 1,3	+ 3,6	+ 3,9	+ 7,3	+ 7,4	+ 6,4	+ 7,3	+ 7,0	+ 6,3	+ 5,9	+ 5,0	+ 4,2
Hausrat und laufende Instandhaltung	+ 1,6	+ 1,7	+ 0,4	+ 0,4	- 0,2	- 0,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,4
Gesundheitspflege	+ 5,8	- 0,8	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,1	+ 6,4	+ 6,2	+ 6,4	+ 6,5	+ 6,2	+ 6,0	+ 6,1	+ 5,9
Verkehr	+ 2,4	+ 1,0	+ 3,1	+ 3,1	+ 4,2	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,1	+ 4,2	+ 4,3
Nachrichtenübermittlung	- 1,0	- 1,8	- 1,4	- 0,9	- 2,6	- 6,1	- 8,0	- 6,7	- 6,9	- 7,9	- 9,1	- 9,7	- 10,7
Freizeit und Kultur	+ 1,7	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,7	- 0,4
Erziehung und Unterricht	+ 10,0	+ 3,3	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,6
Restaurants und Hotels	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,7
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,9
Großhandelspreisindex	- 0,4	+ 1,7	+ 5,0	+ 6,1	+ 5,6	+ 4,4	+ 1,5	+ 4,0	+ 2,6	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,9
Ohne Saisonprodukte	- 0,5	+ 1,5	+ 5,2	+ 6,5	+ 6,0	+ 4,2	+ 1,2	+ 3,5	+ 2,4	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,7

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Annamaria.Rammel@wifo.ac.at

Übersicht 32: Tariflöhne

	2002	2003	2004	2004		2005		März	April	2005			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			Mai	Juni	Juli	August
Beschäftigte	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,3
Ohne öffentlichen Dienst	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3
Arbeiter	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,4
Angestellte	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,2
Bedienstete													
Öffentlicher Dienst	+ 1,1	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1
Verkehr	+ 4,1	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 33: Effektivverdienste

	2002	2003	2004	2004		2005		Jänner	Februar	2005			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			März	April	Mai	Juni
Gesamtwirtschaft ¹⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,4	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,5
Lohn- und Gehaltssumme, netto	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,7
Pro-Kopf-Einkommen													
Je Arbeitnehmer, brutto	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2
Je Arbeitnehmer, netto	+ 2,0	+ 1,6	+ 2,3
Je Arbeitnehmer, netto real ²⁾	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,3
Sachgütererzeugung													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,3	+ 3,0	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,7	+ 2,4	+ 1,5	+ 2,2	+ 2,7	+ 3,9	+ 1,7
Pro-Kopf-Einkommen je unselbständig Beschäftigten													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,6	+ 1,7	+ 2,0	+ 3,1	+ 1,9	+ 1,4	+ 2,6	+ 3,1	+ 4,1	+ 2,2
Stundenverdienste je Arbeiter													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,6	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,7	+ 2,5	+ 3,5	+ 1,0	+ 3,6	+ 4,0	+ 2,6	+ 1,0
Ohne Sonderzahlungen	+ 2,7	+ 2,3	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,7	+ 1,9	+ 3,0	+ 2,1	+ 2,9	+ 2,7	+ 1,5	+ 1,7
Bauwesen													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	- 0,4	+ 6,7	+ 1,7	+ 2,3	+ 1,6	- 0,3	+ 2,6	+ 0,8	- 0,5	- 1,3	+ 0,1	+ 4,2	+ 3,3
Pro-Kopf-Einkommen je unselbständig Beschäftigten													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 3,1	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,1	+ 2,2	+ 3,2	+ 2,2	+ 3,1	+ 1,1	+ 0,8	+ 4,5	+ 3,9
Stundenverdienste je Arbeiter													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 3,0	+ 2,9	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,1	+ 3,8	+ 1,6	+ 1,6	+ 2,8	+ 4,9	+ 3,2	+ 3,1
Ohne Sonderzahlungen	+ 3,1	+ 3,1	+ 1,7	+ 2,4	+ 2,3	+ 1,8	+ 3,9	+ 2,3	+ 1,3	+ 1,9	+ 5,3	+ 3,6	+ 2,9

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Laut ESVG 1995. – ²⁾ Berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Staatshaushalt

Übersicht 34: Staatsquoten

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Staatsausgaben	56,0	55,4	53,1	53,4	53,2	51,4	50,8	50,7	50,6	49,9
Abgabenquote Staat und EU	40,5	41,8	43,2	43,4	43,0	42,1	44,1	43,4	42,7	42,4
Finanzierungssaldo ¹⁾	- 5,6	- 3,9	- 1,7	- 2,3	- 2,2	- 1,5	0,1	- 0,4	- 1,2	- 1,0
Schuldenstand	67,9	67,6	63,8	64,2	66,5	65,8	66,1	65,9	64,4	63,6

Q: Statistik Austria, Stand 31. August 2005 (BIP einschließlich FISIM). – ¹⁾ Einschließlich Saldo der Währungstauschverträge. • E-Mail-Adresse: Dietmar.Klose@wifo.ac.at

Soziale Sicherheit

Übersicht 35: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern

	1999 2000 2001 2002 2003 2004						1999 2000 2001 2002 2003 2004					
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	1.944,5	1.978,4	1.993,3	2.008,0	2.015,2	2.042,0	718	740	754	771	787	805
Unselbständige	1.600,2	1.630,7	1.646,6	1.662,8	1.670,2	1.696,9	738	760	773	790	805	822
Arbeiter	966,7	975,1	976,3	978,0	973,4	981,4	595	609	616	626	635	648
Angestellte	590,5	612,6	627,8	642,8	655,4	674,5	962	989	1.008	1.029	1.047	1.066
Selbständige	344,3	347,7	346,6	345,2	345,0	345,1	626	646	663	681	699	719
Gewerbliche Wirtschaft	154,3	156,0	156,5	156,7	157,4	158,3	782	809	831	856	879	904
Bauern	189,6	191,4	189,8	188,1	187,3	186,5	496	509	519	531	543	557
Neuzuerkennungen insgesamt ¹⁾	116,6	120,0	97,1	101,3	96,0	111,7	804	846	783	793	841	853
Unselbständige	99,6	100,9	83,5	87,2	80,5	96,4	816	863	786	799	849	860
Arbeiter	55,4	54,8	45,7	48,6	42,9	52,4	611	638	565	576	622	657
Angestellte	42,0	43,9	36,0	36,9	36,0	42,3	1.076	1.137	1.058	1.087	1.115	1.108
Selbständige ¹⁾	17,0	19,0	13,6	14,1	15,5	15,3	738	754	763	760	799	808
Gewerbliche Wirtschaft	8,7	9,2	7,6	7,5	8,0	8,0	909	974	952	965	1.033	1.026
Bauern	8,2	9,8	6,1	6,6	7,5	7,2	557	548	528	525	548	565

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ¹⁾ Ohne Notariat. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 36: Pensionen nach Pensionsarten

	1999 2000 2001 2002 2003 2004						1999 2000 2001 2002 2003 2004					
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	1.944,5	1.978,4	1.993,3	2.008,0	2.015,2	2.042,0	718	740	754	771	787	805
Direktpensionen	1.413,3	1.448,2	1.464,4	1.480,7	1.492,9	1.521,3	815	791	853	872	888	906
Invaliditätspensionen	378,3	377,4	381,2	385,5	388,1	406,4	692	710	731	752	771	796
Alle Alterspensionen ¹⁾	1.034,9	1.070,9	1.083,1	1.095,1	1.104,8	1.114,9	860	882	896	914	929	947
Normale Alterspensionen	801,9	831,0	860,8	885,4	912,0	950,0	789	803	816	832	849	876
Vorzeitige Alterspensionen	232,5	239,4	222,0	209,3	192,4	164,5	1.106	1.160	1.211	1.261	1.310	1.360
Lange Versicherungsdauer	131,4	132,2	123,2	120,9	118,2	111,7	1.192	1.257	1.314	1.370	1.418	1.447
Arbeitslosigkeit	18,6	17,3	15,4	14,7	13,6	9,7	672	698	716	729	738	753
Geminderte Arbeitsfähigkeit	81,7	89,2	82,9	73,4	60,3	42,9	1.067	1.107	1.151	1.190	1.228	1.271
Gleitpensionen	0,8	0,6	0,5	0,4	0,3	0,2	956	957	953	947	977	1.012
Witwen- bzw. Witwerpensionen	480,8	480,0	478,8	477,8	474,7	472,4	486	497	504	514	521	532
Waisenpensionen	50,5	50,1	49,7	49,5	47,6	48,3	234	240	246	253	259	265
Neuzuerkennungen insgesamt ²⁾	116,6	120,0	97,1	101,3	96,0	111,7	804	846	783	793	841	853
Direktpensionen	84,7	89,2	67,4	71,1	68,1	81,9	945	985	933	941	994	990
Invaliditätspensionen	15,3	17,8	21,7	22,9	22,1	33,5	784	860	900	865	891	908
Alle Alterspensionen ¹⁾	69,3	71,3	45,6	48,1	46,1	48,4	980	1.016	949	977	1.044	1.046
Normale Alterspensionen	17,0	18,0	18,2	18,4	17,0	19,1	450	482	473	469	542	542
Vorzeitige Alterspensionen	52,3	53,3	27,4	29,7	29,1	29,3	1.153	1.197	1.264	1.292	1.335	1.376
Lange Versicherungsdauer	34,0	33,1	21,5	25,4	26,1	28,7	1.252	1.329	1.366	1.376	1.408	1.388
Arbeitslosigkeit	4,2	4,1	3,0	3,2	2,9	0,4	677	690	706	684	699	673
Geminderte Arbeitsfähigkeit	14,0	15,9	2,8	1,0	0,2	0,0	1.059	1.054	1.094	1.109	964	876
Gleitpensionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,0	719	881	959	1.003	986	1.021
Witwen- bzw. Witwerpensionen	26,4	25,3	24,5	25,0	23,2	24,2	480	494	493	497	518	535
Waisenpensionen	5,5	5,5	5,3	5,3	4,7	5,5	201	204	207	213	214	220

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ¹⁾ Einschließlich Knappschaftssold. – ²⁾ Ohne Notariat. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 37: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung von Pensionen

	1999 2000 2001 2002 2003 2004						1999 2000 2001 2002 2003 2004					
	Männer						Frauen					
Alle Pensionsversicherungsträger, Direktpensionen	58,4	58,5	58,7	59,1	59,0	58,5	56,7	56,8	57,3	57,4	57,3	56,9
Invaliditätspensionen	50,4	51,8	53,4	53,7	54,3	54,5	48,3	49,2	50,4	51,3	51,3	51,0
Alle Alterspensionen	60,6	60,5	62,2	62,8	62,7	62,8	58,0	58,3	59,4	59,3	59,0	59,2

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 38: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

	1999 2000 2001 2002 2003 2004						1999 2000 2001 2002 2003 2004					
	Mio. €						In % des Pensionsaufwands					
Unselbständige	2.625,0	2.211,5	2.377,4	2.691,3	3.550,5	.	16,3	13,1	13,6	15,0	19,3	.
Gewerbliche Wirtschaft	957,2	1.016,2	738,1	1.039,3	1.019,5	.	59,0	59,8	41,9	57,1	54,5	.
Bauern	878,4	929,4	989,3	1.031,0	1.027,5	.	79,8	81,0	84,8	86,9	85,7	.

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Umwelt

Übersicht 39: Energiebedingte CO₂-Emissionen

	1990 1997 1998			CO ₂ -Emissionen				Emissionsintensität	
				1999 2000 2001 2002				2002	
				Megatonnen				kg je BIP ¹⁾	
								t je Einwohner	
OECD	11.033,7	12.109,3	12.109,3	12.196,7	12.479,7	12.462,4	12.554,0	0,49	10,96
USA	4.843,0	5.437,6	5.485,6	5.529,4	5.688,0	5.613,8	5.652,3	0,61	19,66
EU	3.114,8	3.129,9	3.166,1	3.132,5	3.147,3	3.215,4	3.207,1	0,37	8,41
Deutschland	966,4	884,0	867,6	837,7	835,0	850,1	837,5	0,43	10,15
Österreich	57,3	64,3	64,4	62,9	63,0	67,3	66,1	0,31	8,21

Q: IEA. – ¹⁾ Zu Preisen von 1995, auf Dollarbasis, kaufkraftbereinigt. • E-Mail-Adresse: Alexandra.Wegscheider@wifo.ac.at

Übersicht 40: Umweltrelevante Steuern im Sinne der VGR

	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	Mio. €					
Umweltsteuereinnahmen insgesamt	4.765	4.967	5.436	5.982	6.266	6.579
Energiesteuer ¹⁾	2.988	3.100	3.288	3.635	3.801	4.009
Umweltverschmutzungssteuer ²⁾	44	64	72	89	93	97
Ressourcensteuer ³⁾	421	440	451	468	481	504
Transportsteuer ⁴⁾	1.312	1.363	1.625	1.790	1.891	1.969
	Anteile der Umweltsteuern in %					
An den Steuereinnahmen insgesamt	5,6	5,7	6,0	6,2	6,5	6,8
Am BIP (nominell)	2,5	2,5	2,6	2,8	2,9	2,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Mineralölsteuer, Energieabgabe. – ²⁾ Altlastenbeitrag, Deponiestandortabgabe. – ³⁾ Grundsteuer, Jagd- und Fischereiabgabe, Abgabe gemäß Wiener Baumschutzgesetz, Landschaftsschutz- und Naturschutzabgabe. – ⁴⁾ Kfz-Steuer, Motorbezogene Versicherungssteuer, Normverbrauchsabgabe, Straßenbenützungsbetrag. • E-Mail-Adresse: Alexandra.Wegscheider@wifo.ac.at

Entwicklung in den Bundesländern

Übersicht 41: Bruttowertschöpfung

	1999	2000	2001	2002	2003	2002				2003				2004	
						III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.		
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real, zu Preisen von 1995														
Wien	+ 2,5	+ 4,4	- 0,1	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,0	- 0,1	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2
Niederösterreich	+ 1,7	+ 4,4	- 0,0	- 1,3	+ 0,9	- 1,6	- 0,5	+ 1,8	+ 0,2	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 3,1	+ 0,7
Burgenland	+ 2,6	+ 4,3	+ 2,4	+ 3,5	+ 1,7	+ 2,6	+ 2,6	+ 1,6	+ 2,5	+ 2,4	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,7
Steiermark	+ 3,0	+ 3,2	+ 2,4	+ 1,9	+ 0,5	+ 0,9	- 0,2	- 1,0	- 0,7	+ 1,6	+ 2,2	+ 3,2	+ 4,4	+ 4,4	+ 4,4
Kärnten	+ 2,7	+ 2,5	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,0	+ 2,6	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7
Oberösterreich	+ 1,9	+ 4,0	+ 2,4	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,9	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6
Salzburg	+ 0,8	+ 2,5	+ 0,7	+ 3,3	+ 0,8	+ 3,3	+ 3,2	+ 0,0	+ 2,6	+ 0,1	+ 0,5	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7
Tirol	+ 2,6	+ 3,8	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,7	- 0,3	+ 0,4	+ 1,6	+ 2,2	+ 0,2	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2
Vorarlberg	+ 4,3	+ 3,3	+ 2,0	+ 2,7	+ 1,5	+ 2,1	+ 4,8	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,6	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,1
Österreich	+ 2,3	+ 3,8	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0

Q: WIFO-Berechnungen, vorläufige Schätzwerte. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 42: Tourismus

	2002	2003	2004	2004		2005		2005							
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli		
	Veränderung gegen das Vorjahr in %														
Übernachtungen															
Wien	- 0,6	+ 4,2	+ 6,2	+ 5,6	- 0,9	+ 4,5	+ 0,3	- 0,0	+ 5,5	- 3,2	+ 3,6	+ 0,1	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,8
Niederösterreich	- 3,9	+ 3,9	+ 4,0	+ 1,3	+ 1,6	- 1,8	- 1,0	- 1,4	- 2,0	- 2,2	- 0,4	- 0,8	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5
Burgenland	+ 1,3	+ 0,3	- 3,3	- 1,9	+ 2,8	+ 13,5	+ 4,5	+ 4,4	+ 25,0	- 3,9	+ 15,3	- 0,9	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,0
Steiermark	+ 0,9	+ 2,1	- 3,8	- 6,0	- 3,6	+ 6,6	- 5,2	- 6,1	+ 25,9	- 21,7	+ 4,4	- 1,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
Kärnten	+ 2,7	+ 1,0	- 4,2	- 6,5	- 8,8	+ 9,1	- 10,1	- 3,7	+ 30,0	- 37,1	+ 4,7	- 11,1	- 1,5	- 1,5	- 1,5
Oberösterreich	- 1,7	+ 0,7	- 0,2	- 2,6	+ 1,2	+ 5,3	- 0,7	- 5,9	+ 14,4	- 8,7	+ 5,1	- 0,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0
Salzburg	+ 2,2	+ 0,0	+ 1,1	- 0,6	- 4,3	+ 11,3	- 15,9	- 4,8	+ 37,6	- 36,2	+ 1,5	- 9,4	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
Tirol	+ 2,5	+ 1,1	- 1,2	- 2,3	- 8,3	+ 11,0	- 19,1	- 2,6	+ 30,0	- 44,3	+ 10,3	- 9,0	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,3
Vorarlberg	+ 0,6	+ 0,9	- 0,2	+ 0,5	- 7,5	+ 9,8	- 22,0	+ 0,1	+ 28,0	- 45,0	+ 6,7	- 12,6	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2
Österreich	+ 1,4	+ 1,2	- 0,5	- 2,3	- 4,8	+ 9,8	- 10,9	- 3,2	+ 28,2	- 30,9	+ 5,4	- 6,6	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 43: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung

	2002	2003	2004	2004		2005		2005							
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni		
	Veränderung gegen das Vorjahr in %														
Wien	+ 1,5	- 6,9	- 4,2	- 1,2	- 5,5	+ 0,0	+ 2,6	- 12,7	- 3,7	+ 7,4	+ 0,2	- 2,4	+ 9,6	+ 9,6	+ 9,6
Niederösterreich	- 2,2	+ 2,4	+ 10,0	+ 12,8	+ 14,8	+ 7,8	+ 11,4	- 3,8	+ 12,0	+ 4,6	+ 11,3	+ 11,9	+ 11,1	+ 11,1	+ 11,1
Burgenland	+ 3,4	+ 4,8	+ 3,4	+ 3,3	+ 4,7	- 0,5	+ 3,8	- 1,7	+ 2,5	- 4,6	+ 7,0	+ 1,4	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,9
Steiermark	- 1,3	- 1,0	+ 33,1	+ 35,9	+ 28,7	+ 7,1	+ 6,6	+ 17,4	+ 8,3	+ 4,4	+ 4,9	+ 4,4	+ 10,1	+ 10,1	+ 10,1
Kärnten	- 0,6	+ 4,0	+ 9,3	+ 12,0	+ 9,3	+ 11,4	+ 11,9	- 2,3	+ 11,3	+ 8,9	+ 8,8	+ 11,2	+ 15,5	+ 15,5	+ 15,5
Oberösterreich	+ 1,4	+ 3,8	+ 9,6	+ 10,2	+ 9,9	+ 6,1	+ 8,0	+ 2,5	+ 7,5	+ 4,6	+ 6,9	+ 7,3	+ 9,6	+ 9,6	+ 9,6
Salzburg	+ 4,0	+ 0,9	+ 8,5	+ 9,7	+ 4,6	- 2,1	+ 2,3	+ 0,4	+ 1,6	- 9,0	+ 0,6	+ 2,9	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,3
Tirol	+ 2,4	+ 5,9	+ 4,6	+ 7,2	+ 5,0	+ 8,5	+ 10,0	- 6,2	+ 12,4	+ 2,9	+ 9,1	+ 12,1	+ 8,9	+ 8,9	+ 8,9
Vorarlberg	+ 2,0	+ 1,9	+ 10,0	+ 11,8	+ 10,6	+ 6,6	+ 5,3	+ 1,3	+ 6,0	+ 5,6	+ 7,7	+ 3,6	+ 4,7	+ 4,7	+ 4,7
Österreich	+ 0,4	+ 1,2	+ 11,1	+ 13,2	+ 11,3	+ 5,8	+ 7,7	+ 0,3	+ 7,4	+ 4,1	+ 6,7	+ 6,7	+ 9,5	+ 9,5	+ 9,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 44: Abgesetzte Produktion im Bauwesen

	2002	2003	2004	2004		2005		2005							
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni		
	Veränderung gegen das Vorjahr in %														
Wien	- 7,7	+ 14,5	+ 5,3	+ 5,3	+ 13,3	- 7,0	+ 8,9	- 16,5	- 0,5	- 3,4	+ 16,3	+ 3,9	+ 7,2	+ 7,2	+ 7,2
Niederösterreich	+ 3,4	+ 6,8	+ 3,5	+ 2,6	+ 3,0	- 5,6	- 1,6	+ 5,1	- 8,8	- 10,1	- 0,9	- 5,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7
Burgenland	+ 11,1	+ 11,4	- 4,4	- 7,1	- 4,4	+ 7,3	+ 6,0	+ 45,4	- 2,8	- 6,4	- 0,8	+ 2,3	+ 15,5	+ 15,5	+ 15,5
Steiermark	- 0,6	+ 7,6	+ 6,5	+ 13,0	+ 8,4	+ 10,8	+ 2,3	+ 20,2	+ 9,3	+ 5,4	- 3,1	+ 1,9	+ 7,2	+ 7,2	+ 7,2
Kärnten	+ 7,7	+ 5,3	- 0,9	+ 2,0	+ 4,3	+ 16,4	+ 11,2	+ 15,0	+ 19,3	+ 15,3	+ 8,7	+ 6,5	+ 17,1	+ 17,1	+ 17,1
Oberösterreich	+ 4,0	+ 16,1	- 0,0	+ 3,0	+ 0,1	+ 2,1	+ 15,7	+ 17,2	+ 1,2	- 6,8	+ 4,7	+ 8,8	+ 30,9	+ 30,9	+ 30,9
Salzburg	+ 0,0	+ 11,1	+ 4,7	+ 0,3	+ 13,2	+ 3,0	+ 10,7	+ 25,1	+ 0,5	- 8,6	+ 5,3	+ 4,3	+ 20,4	+ 20,4	+ 20,4
Tirol	+ 5,8	+ 3,1	+ 5,4	+ 10,5	- 0,4	- 6,1	- 1,9	- 7,7	+ 1,6	- 11,2	- 6,9	+ 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8
Vorarlberg	- 3,7	+ 4,6	+ 10,4	+ 14,9	+ 7,2	- 17,2	+ 5,5	- 13,4	- 13,1	- 23,1	- 4,9	+ 15,1	+ 5,3	+ 5,3	+ 5,3
Österreich	+ 0,7	+ 10,2	+ 3,5	+ 5,2	+ 5,5	- 1,0	+ 6,7	+ 3,2	+ 0,4	- 5,1	+ 3,7	+ 3,2	+ 12,1	+ 12,1	+ 12,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 45: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

	2002	2003	2004	2004		2005		März	April	2005			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			In 1.000	May	June	July
<i>Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾</i>													
Wien	741	737	729	736	731	720	732	725	729	732	734	743	739
Niederösterreich	504	505	508	522	510	496	519	501	515	519	522	531	528
Burgenland	80	82	82	85	81	78	84	80	83	84	85	86	85
Steiermark	421	422	425	436	427	417	433	421	430	434	436	444	442
Kärnten	187	188	189	199	187	181	192	184	188	192	196	204	202
Oberösterreich	527	532	537	551	539	528	544	532	541	544	547	559	558
Salzburg	211	212	212	218	210	214	210	213	206	210	214	222	220
Tirol	261	262	265	271	261	274	261	273	256	260	267	279	277
Vorarlberg	131	131	132	134	131	133	131	134	130	130	132	137	135
Österreich	3.064	3.071	3.079	3.152	3.077	3.041	3.106	3.063	3.078	3.107	3.134	3.204	3.187
<i>Arbeitslose</i>													
Wien	75	80	82	76	81	88	78	86	79	77	77	76	78
Niederösterreich	38	39	41	35	42	53	36	48	37	35	35	36	38
Burgenland	8	8	8	6	8	12	6	10	7	6	6	7	7
Steiermark	34	35	33	27	35	45	30	41	33	29	28	29	29
Kärnten	17	17	17	12	19	23	14	20	17	13	12	12	13
Oberösterreich	27	26	26	22	28	36	23	31	25	23	22	23	24
Salzburg	11	11	12	9	13	14	12	12	14	12	9	9	9
Tirol	15	16	16	11	20	18	19	16	23	19	14	11	12
Vorarlberg	7	8	9	8	10	10	10	10	11	10	9	8	9
Österreich	232	240	244	205	257	300	227	273	246	223	211	211	219

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000

<i>Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾</i>													
Wien	- 13,9	- 4,1	- 8,5	- 8,6	- 3,3	+ 1,0	+ 1,9	+ 1,9	+ 3,1	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,1	+ 5,3
Niederösterreich	- 3,7	+ 0,5	+ 3,6	+ 4,9	+ 7,1	+ 6,6	+ 7,4	+ 5,1	+ 7,7	+ 7,2	+ 7,3	+ 6,8	+ 6,2
Burgenland	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,4
Steiermark	- 2,0	+ 0,9	+ 3,0	+ 3,4	+ 4,9	+ 5,9	+ 6,2	+ 5,1	+ 6,2	+ 6,7	+ 5,6	+ 5,2	+ 5,6
Kärnten	- 1,0	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,4	+ 2,4	+ 1,9	+ 2,7	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6
Oberösterreich	+ 0,4	+ 5,7	+ 5,0	+ 7,4	+ 5,0	+ 5,8	+ 6,6	+ 4,2	+ 6,6	+ 7,0	+ 6,2	+ 6,7	+ 6,9
Salzburg	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,4	+ 2,1	+ 0,6	+ 1,8	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,8
Tirol	+ 3,0	+ 1,1	+ 2,3	+ 1,9	+ 3,5	+ 5,1	+ 3,6	+ 6,9	+ 2,6	+ 4,8	+ 3,4	+ 4,8	+ 3,7
Vorarlberg	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,6	+ 0,6
Österreich	- 14,6	+ 7,2	+ 7,9	+ 12,6	+ 20,6	+ 31,0	+ 30,4	+ 29,6	+ 30,1	+ 32,6	+ 28,5	+ 30,3	+ 30,9
<i>Arbeitslose</i>													
Wien	+ 11,4	+ 5,0	+ 2,2	- 0,5	- 3,2	- 4,2	- 2,2	- 2,8	- 3,0	- 1,7	- 1,8	+ 0,2	+ 1,7
Niederösterreich	+ 4,3	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,0	+ 2,2	+ 1,8	+ 2,9	+ 1,4	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,5	+ 2,1
Burgenland	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4
Steiermark	+ 3,6	+ 0,9	- 1,4	- 1,3	- 0,3	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,1
Kärnten	+ 1,3	- 0,0	- 0,3	+ 0,0	- 0,2	- 0,0	+ 0,6	- 0,3	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,2
Oberösterreich	+ 3,7	- 0,8	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,6	+ 2,5	+ 1,3	+ 2,2	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,3
Salzburg	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,5	- 0,4	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3
Tirol	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,5	- 0,1	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,3
Vorarlberg	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,2
Österreich	+ 28,5	+ 7,7	+ 3,8	+ 0,9	+ 0,3	+ 5,5	+ 7,2	+ 5,4	+ 5,3	+ 7,9	+ 8,5	+ 10,0	+ 12,6

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 46: Arbeitslosenquote

	2002	2003	2004	2004		2005		März	April	2005			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			In % der unselbständigen Erwerbspersonen	May	June	July
Wien	9,0	9,5	9,8	9,1	9,6	10,5	9,3	10,3	9,5	9,2	9,2	9,0	9,3
Niederösterreich	6,9	7,0	7,1	6,1	7,3	9,4	6,2	8,4	6,5	6,1	6,1	6,2	6,5
Burgenland	8,6	8,6	8,7	6,5	9,0	13,2	6,9	11,1	7,5	6,5	6,5	6,9	6,9
Steiermark	7,2	7,3	7,0	5,6	7,3	9,5	6,2	8,5	6,8	6,1	5,8	5,9	5,9
Kärnten	8,2	8,1	7,9	5,4	9,1	11,0	6,5	9,4	7,9	6,2	5,4	5,4	5,7
Oberösterreich	4,7	4,5	4,4	3,6	4,7	6,1	3,9	5,3	4,2	3,8	3,7	3,8	4,0
Salzburg	4,9	5,0	5,1	3,8	5,8	5,8	5,1	5,1	6,2	5,1	4,0	3,6	3,8
Tirol	5,3	5,4	5,6	3,8	6,9	5,9	6,4	5,3	7,8	6,5	4,8	3,7	4,0
Vorarlberg	5,1	5,7	6,1	5,3	6,8	6,9	6,8	6,6	7,4	6,8	6,2	5,6	6,1
Österreich	6,9	7,0	7,1	5,9	7,4	8,6	6,6	7,9	7,1	6,5	6,1	6,0	6,2

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

III. Quartal 2005

Abgeschlossen am 12. Oktober 2005. • E-Mail Adresse: Angelina.Keil@wifo.ac.at

Die Notenbank der USA erhöht die Leitzinsen in zwei Schritten um jeweils 25 Basispunkte. Die Federal Funds Rate liegt zu Quartalsende bei 3,75%. Ein verheerender Wirbelsturm hinterlässt an der Südküste der USA schwerste Schäden. Kurzfristig erreicht der Rohölpreis 70 \$ je Barrel.

10. Juli: In Luxemburg stimmen 56% der Wähler für die "Europäische Verfassung". Die Wahlbeteiligung liegt bei 87%.

12. Juli: Der Ecofin-Rat fordert Italien auf, das Maastricht-Defizitlimit von 3% bis zum Jahr 2007 wieder einzuhalten. Damit werden erstmals die Regeln des revidierten Stabilitätspaktes angewandt. Das Defizit Italiens lag 2003 und 2004 bei 3,2%.

21. Juli: China hebt die Bindung des Renminbi (Yuan) an den Dollar auf, nachdem die USA schon länger eine Flexibilisierung des Wechselkurses gefordert haben¹⁾. Künftig orientiert sich der Kurs an einem Währungskorb, der in seiner Zusammensetzung der Außenhandelsstruktur entspricht.

9. August: Die Notenbank der USA erhöht die Leitzinsen um 25 Basispunkte. Die Federal Funds Rate beträgt 3,5%, die Discount Rate 4,5%.

21. August: Der Wirbelsturm "Katrina" richtet in den USA in den Bundesstaaten Mississippi, Louisiana und Alabama großen Schaden an, New Orleans wird überflutet. Der gesamte Schaden wird auf 100 bis 200 Mrd. \$ geschätzt. In Folge erreicht der Erdölpreis in den USA rund 70 \$ je Barrel (West Texas Intermediate 69,82 \$ je Barrel).

5. September: Die EU und China einigen sich über die Vorgangsweise zur Freigabe der EU-Textilimporte aus China (http://trade-info.cec.eu.int/doclib/docs/2005/sep-tember/tradoc_124580.pdf%20sans%20signature%20bis.pdf). Nachdem bereits im August sieben von zehn Importkategorien von Textilien erschöpft waren, werden 90 Mio. Teile beschlagnahmt. Die Hälfte der Textilien wird auf die Importquote des nächsten Jahres sowie auf andere Importkategorien wie z. B. Baumwollfabrikate angerechnet, die Einfuhr der übrigen Waren in die EU wird ohne Anrechnung zugelassen. Vor allem Italien und Spanien stellen sich zum Schutz ihrer Textilindustrie gegen das Vorziehen von Quoten.

20. September: Nach einer weiteren Anhebung der Leitzinsen in den USA um 25 Basispunkte erreicht die Federal Funds Rate 3,75%, die Discount Rate 4,75%.

Die OPEC beschließt anlässlich ihrer Jahrestagung in Wien, die offizielle Förderobergrenze mit 28 Mio. Barrel pro Tag beizubehalten. Für den zusätzlichen Bedarf im bevorstehenden Winter erweitert die OPEC ab 1. Oktober die tägliche Fördermenge bis Jahresende um 2 Mio. Barrel.

Ausland

Europäische Verfassung:
Luxemburg

EU: Haushaltsdefizit Italien

China: Wechselkurs-
flexibilisierung

USA: Leitzinserhöhung

USA: Erdölpreis nach Hurrikan

EU: Textilimporte aus China

USA: Leitzinserhöhung

OPEC: Fördermenge

¹⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. II. Quartal 2005", WIFO-Monatsberichte, 2005, 78(7), S. 495, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25652.

EU: Haushaltsdefizit
Großbritannien

21. September: Die Europäische Kommission verabschiedet einen Bericht über die Lage der öffentlichen Haushalte Großbritanniens; demnach beträgt das Defizit im Haushaltsjahr 2004/05 3,2%, nach ebenfalls 3,2% im Vorjahr. Nach der Stellungnahme des Wirtschafts- und Finanzausschusses wird die Kommission entscheiden, ob ein übermäßiges Defizit gemäß Art. 16 Abs. 4 EU-Vertrag besteht und Empfehlungen ausgesprochen werden sollen. Der EU-Vertrag verpflichtet die Mitgliedsländer, ein übermäßiges Defizit nach Möglichkeit zu vermeiden, auch wenn sie an der Währungsunion nicht teilnehmen.

Schweiz: Personen-
freizügigkeit

25. September: Die Bevölkerung der Schweiz stimmt mit 65% für die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf die 10 neuen EU-Mitgliedsländer.

Österreich

Wirtschaftskammer:
Sieben-Punkte-Paket

Die Frage einer Steigerung von Wachstum und Beschäftigung beherrscht die wirtschaftspolitische Diskussion. Um dem Anstieg der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, beschließt die Bundesregierung ein Arbeitsmarktpaket, das vor allem Frauen, Jugendlichen und Langzeitarbeitslosen zugute kommen soll. Mit einem "Sieben-Punkte-Paket" stellt auch die Wirtschaftskammer Forderungen an die Wirtschaftspolitik.

Juli: Die Wirtschaftskammer fordert in einem "Sieben-Punkte-Paket für mehr Wachstum und Beschäftigung" (<http://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/E0063.pdf>) weitere Initiativen zur Stimulierung der Investitionen und damit des Wachstums sowie Maßnahmen zur Stärkung des Vertrauens von Konsumenten und Unternehmen:

1. rasche Realisierung und Erweiterung der im Rahmen des Reformdialogs "Wachstum und Arbeit" beschlossenen Maßnahmen,
2. Setzung von Investitionsanreizen für Unternehmen,
3. Sofortmaßnahmen auf dem Arbeitsmarkt ("Arbeitsplatz-Akquisiteure", Ausbau der Eingliederungsbeihilfen),
4. Senkung der Mehrwertsteuer auf arbeitsintensive Dienstleistungen und verstärktes Vorgehen gegen Schwarzarbeit,
5. Steuerentlastungen insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen,
6. Umsetzung des "Marktreifepakets für Forschung und Entwicklung",
7. Einsatz zur Erhaltung der Nahversorgung.

Wirtschafts- und
Beschäftigungsgesetz

21. Juli: Der Nationalrat beschließt das Wirtschafts- und Beschäftigungsgesetz 2005 (BGBl. I Nr. 103/2005)²⁾. Es setzt die im Rahmen des "Reformdialogs für Wachstum und Beschäftigung in Österreich" am 1. Mai 2005 getroffenen Vereinbarungen gesetzlich um.

Arbeitsmarktpaket

15. September: Die Bundesregierung beschließt ein Arbeitsmarktpaket. Für aktive Arbeitsmarktpolitik werden zusätzlich 285 Mio. € zur Verfügung gestellt; 60.000 Personen sollen damit gefördert werden. Für den Schwerpunkt "Frauen" zur Förderung von Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt und Qualifizierung stehen 101,5 Mio. € zur Verfügung (Zielgruppe: 22.400 Personen). Maßnahmen zur Qualifikation von Jugendlichen und die Lehrlingsförderung werden mit 157,4 Mio. € ausgestattet und sollen 33.700 Jugendlichen zugute kommen. Von der Förderung für Pflege- und Gesundheitsberufe (6,9 Mio. €) werden 1.400 Personen profitieren. Für 4.000 Langzeitarbeitslose unter 25 oder über 45 Jahre werden Lohnsubventionen zur Verfügung gestellt ("Kombi-lohnmodell"; insgesamt 18,8 Mio. €).

²⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. II. Quartal 2005", WIFO-Monatsberichte, 2005, 78(7), S. 497, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25652.

Fritz Breuss

Österreich und Schweiz – Erfahrungen mit und ohne EU-Mitgliedschaft

Österreich und die Schweiz verfolgen unterschiedliche Strategien der europäischen Integration: Österreich nimmt als Mitglied der EU (1995) seit 1999 auch an der Wirtschafts- und Währungsunion teil. Die Schweiz schlug nach der Ablehnung des EWR-Abkommens 1992 den Weg der bilateralen Annäherung an die EU (zwei bilaterale Abkommen) ein. Insgesamt fällt die Bilanz nach zehn Jahren EU-Mitgliedschaft für Österreich positiv aus: Im Durchschnitt dürfte das BIP um jährlich bis zu ½ Prozentpunkt pro Jahr rascher gewachsen sein. Der Bilateralismus erlaubt es der Schweiz, im Rahmen von sektoriellen Abkommen nur jene Integrationspunkte zu verhandeln, die im nationalen Interesse sind. Die Schweiz kann weiterhin eine eigenständige Wirtschaftspolitik betreiben und entgeht dem Nachteil der Nettozahler ins EU-Budget. Per Saldo dürfte die Schweiz im letzten Jahrzehnt Wohlfahrtseinbußen erlitten haben.

Begutachtung: Peter Mayerhofer, Ewald Walterskirchen • Wissenschaftliche Assistenz: Waltraud Popp, Roswitha Übl • E-Mail-Adresse: Fritz.Breuss@wifo.ac.at

Österreich und die Schweiz, zwei nahezu gleich große Kleinststaaten in Mitteleuropa, beschreiten seit Mitte der neunziger Jahre unterschiedliche Wege in der europäischen Integration, nachdem sie von Anfang der sechziger bis Mitte der neunziger Jahre als EFTA-Mitglieder die gleiche integrationspolitische Strategie verfolgt hatten:

- Österreich ist nach einem Jahr im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) seit 1995 Mitglied der Europäischen Union und nimmt seit 1999 an der Wirtschafts- und Währungsunion der EU teil.
- Die Schweiz verfolgt nach der Ablehnung des EWR-Abkommens in einem Referendum 1992 die Strategie einer allmählichen Annäherung an die EU über bilaterale Abkommen. Seit 2002 gelten die "Bilateralen Abkommen I", die Teilabkommen der "Bilateralen II" traten 2005 bereits teilweise in Kraft. Die Schweiz hat damit die wesentlichen Inhalte des EWR-Abkommens nachträglich übernommen. Die Bilateralen II setzen manche über das EWR-Abkommen hinausgehenden Integrationsschritte (Teilnahme am Schengen-Abkommen, Zinsbesteuerungsabkommen), die eine relativ weitgehende wirtschaftliche Integration in die EU ermöglichen. Zugleich vermeidet die Schweiz mit dieser Strategie manche Nachteile der EU-Mitgliedschaft, etwa die Belastung als Nettozahler ins EU-Budget, und bleibt in ihren politischen Entscheidungen autonom. Sie behält ihr spezifisches Modell der direkten Demokratie bei, während in Österreich die Entscheidungen – insbesondere in der Wirtschaftspolitik – größtenteils auf EU-Ebene fallen.

Dieser Beitrag untersucht anhand eines Vergleichs, inwiefern sich die unterschiedlichen Integrationsstrategien in der Wirtschaftsentwicklung niederschlagen. Eine Quantifizierung von Integrationseffekten ist immer schwierig, weil die komplexe Wirtschaftsentwicklung von Ländern nicht nur Integrationseffekte widerspiegelt. Zur Schätzung von Integrationseffekten (im Falle Österreichs der EU-Mitgliedschaft, im Falle der Schweiz der Nicht-Mitgliedschaft) werden in der Folge auch Modellanalysen herangezogen.

Zuerst gemeinsame, dann getrennte Wege in der Integrationspolitik

Die beiden neutralen Staaten Österreich und Schweiz gingen im Rahmen der europäischen Integration zunächst lange Zeit (von 1960 bis 1993) gemeinsame und seit 1994 getrennte Wege (Übersicht 1). Die EFTA-Mitgliedschaft hatte nach der Verwirklichung der EFTA-Freihandelszone Ende 1966 eine Intensivierung der Handelsverflechtung zwischen den Mitgliedstaaten (und damit auch zwischen den beiden Nachbarländern Österreich und Schweiz) zur Folge. Gleichzeitig waren beide Staaten seit der Verwirklichung der Zollunion der EWG per 1. Juli 1967 handelspolitisch auf den EWG-Märkten diskriminiert.

In der Schweiz erhöhte sich der Anteil der Exporte in die EFTA 6 von 8% (EFTA 9 17%) Anfang der sechziger Jahre auf 12% (22%) Anfang der siebziger Jahre. Österreich war noch stärker in die EFTA integriert – der Exportanteil stieg von 9% (13%) auf 18% (29%). Wegen der Diskriminierung auf den EG-Märkten ging in beiden Ländern der Anteil der Exporte in die EG im selben Zeitraum zurück. Nach Abschluss der Freihandelsabkommen 1972 setzte durch den verstärkten Konkurrenzdruck der EU-Staaten, aber auch wegen der Zurückverlagerung der Handelsströme von den EFTA- in die Nachbarstaaten der EU eine gegenläufige Entwicklung ein.

Ein ähnliches Muster zeigt die Entwicklung der bilateralen Handelsbeziehungen. Die Schweiz liefert 1960 3,2% der Exporte nach Österreich. Bis 1974 verdoppelte sich der Anteil (6,6%), heute ist er aber wieder so niedrig wie Anfang der sechziger Jahre. Österreich exportierte bereits 1960 mit 4,8% seiner Ausfuhr mehr in die Schweiz als aus der Schweiz importiert wurde. Am höchsten war der Anteil 1972 mit 11,5%, seither verringerte er sich wieder auf 4,5% (2004).

Der integrationspolitischen Zweigleisigkeit in Europa wurde mit dem Abschluss der Freihandelsabkommen zwischen EWG und EGKS auf der einen und den verbliebenen EFTA-Staaten auf der anderen Seite am 1. Jänner 1973 zugleich mit der ersten EG-Erweiterung (auf EG 9) ein Ende gesetzt. Die Freihandelsabkommen von 1972 schufen Mitte 1977 einen "großen Freihandelsraum" EG–EFTA, in dem der Handel mit industriell-gewerblichen Waren keinen Zöllen unterlag; für Agrarprodukte galten fallweise Ausnahmeregelungen.

Für den Großteil des Außenhandels zwischen EFTA und EG bestehen also seit Mitte der siebziger Jahre keine Zollschränken mehr. Erst mit dem EU-Beitritt und damit dem Eintritt in die EG-Zollunion fallen die letzten Handelsbarrieren (Landwirtschaft und Grenzkontrollen) weg. Dies gilt für Österreich seit dem EU-Beitritt 1995, für die Schweiz nur partiell durch die beiden bilateralen Abkommen (Bilaterale I und II) seit 2002.

Die Bilateralen II bauen auf den bilateralen Abkommen I von 1999 auf und setzen damit den bilateralen Weg fort. Die EU verknüpfte zwei wichtige Anliegen an die Schweiz mit der Aufnahme der Verhandlungen: Die Schweiz sollte in das von der EU geplante grenzüberschreitende System der Zinsbesteuerung eingebunden werden und in der Betrugsbekämpfung im Bereich der indirekten Steuern (namentlich gegen den Zigarettschmuggel) mit der EU zusammenarbeiten. Die Schweiz wollte aber darüber hinaus andere "Überbleibsel" ("Leftovers") aus den bilateralen Abkommen I mitverhandelt wissen¹⁾ (Übersicht 1).

Am 1. Juni 2002 traten die sieben bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (Bilaterale I) in Kraft. Eines von ihnen (Freizügigkeitsabkommen – FZA) führt schrittweise den freien Personenverkehr auf dem ganzen Gebiet der EU und der Schweiz für die Staatsangehörigen der EU-Länder und der Schweiz ein.

Mit der EU-Erweiterung am 1. Mai 2004 wurden mit Ausnahme des FZA alle bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU (Bilaterale I) auf die zehn neuen EU-Staaten ausgedehnt. In einem Zusatzprotokoll zum Abkommen über die Personenfreizügigkeit von 1999 wurde eine Übergangsregelung für die neuen osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten festgelegt, die eine schrittweise und kontrollierte Öffnung des Schweizer Arbeitsmarktes vorsieht. Beschränkungen (Inländervorrang, Kontin-

¹⁾ Die Schweiz verfolgt die Strategie der bilateralen Annäherung an die EU weiter und strebt ein Abkommen im Bereich des Strommarktes an (Neue Zürcher Zeitung, 30. September 2005, S. 7)

gentierung, Kontrolle der Lohn- und Arbeitsbedingungen) können bis 30. April 2011 weitergeführt werden.

Das Schweizer Parlament hat in der Wintersession 2004 das Zusatzprotokoll gemeinsam mit der Revision der flankierenden Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping genehmigt. Beide Vorlagen wurden in einem Bundesbeschluss vereinigt, welcher dem fakultativen Referendum unterstand. Mit der Zustimmung zur Öffnung des Arbeitsmarktes auch für die 10 neuen EU-Länder im Referendum am 25. September 2005 vermied die Schweiz eine mögliche Kündigung aller sechs anderen sektoriellen Abkommen durch die EU (wegen der Ungleichbehandlung ihrer Mitgliedstaaten)²⁾.

Übersicht 1: Geschichte der Integrationspolitik Österreichs und der Schweiz

Gemeinsame Integrationsschritte: EFTA-Mitgliedschaft 1960/1993

1960	European Free Trade Association (EFTA): Dänemark, Großbritannien und Nordirland, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz und Liechtenstein (seit 1991 eigenständiges Mitglied); Finnland (seit 1961 assoziiert) 1986 Vollmitglied, Island 1970 Mitglied 3. Mai: EFTA-Konvention tritt in Kraft
1966	31. Dezember: Abbau der verbliebenen EFTA-internen Zölle – Freihandelszone "EFTA" verwirklicht
1973	Parallel mit der "Ersten Erweiterung" ("Norderweiterung") der EG um Dänemark, Großbritannien und Nordirland sowie Irland treten am 1. Jänner die Freihandelsabkommen zwischen EWG, EGKS und den verbliebenen EFTA-Staaten (Island, Österreich, Portugal, Schweden und Schweiz) in Kraft. Österreich hatte durch das seit 1. Oktober 1972 geltende Interimsabkommen mit EWG und EGKS noch einen kleinen Zollvorsprung gegenüber den anderen EFTA-Staaten.
1977	Freihandelsabkommen beseitigen bis 1. Juli alle Zölle und sonstigen Handelshemmnisse zwischen EG und EFTA für industriell-gewerbliche Waren (Sonderregelungen für Agrarprodukte). Mitte 1977: "Großer Freihandelsraum" EG-EFTA verwirklicht

Unterschiedliche Strategie der Annäherung an die EU 1994/2005

1992	20. Mai: Schweiz stellt Antrag auf Vollmitgliedschaft bei der EU; Antrag wird weder von der EU noch von der Schweiz weiter verfolgt 6. Dezember: Schweiz lehnt EWR-Abkommen in Volksabstimmung mehrheitlich (50,3%) ab, bleibt somit zwar EFTA-Mitglied, nimmt aber nicht am EWR teil; beginnt bilaterale Verhandlungen mit der EU
1994	1. Jänner: Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Abkommen) zwischen EG 12 und den EFTA-Staaten Finnland, Island, Liechtenstein, Norwegen, Österreich und Schweden tritt in Kraft; im Bereich des Wirtschaftsrechts teilweise Angleichung an den Rechtsbestand der EG (acquis communautaire), damit partielle Teilnahme am EG-Binnenmarktprogramm
1995	1. Jänner: Erweiterung der EU um drei frühere EFTA-Mitgliedsländer (Finnland, Österreich, Schweden) zur EU 15 EFTA hat nur noch vier Mitgliedsländer (Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz), von denen nur drei am EWR teilnehmen
1999	Wirtschafts- und Währungsunion der EU tritt mit 11 Mitgliedstaaten (darunter Österreich) in Kraft
2001	1. Jänner: Griechenland nimmt an der Währungsunion teil
2002	1. Jänner: in der Eurozone wird der Euro gesetzliches Zahlungsmittel Zur Verringerung der negativen Folgen der Nichtteilnahme am EWR hat die Schweiz seit 1994 mit der EU ein bilaterales Abkommen für sieben Sektoren (Personenverkehr, Luftverkehr, Landverkehr, Landwirtschaft, Technische Handelshemmnisse, Öffentliches Beschaffungswesen, Forschung – Teilnahme am 5. EU-Rahmenprogramm) verhandelt. Das Abkommen (Bilaterale I) ¹⁾ wurde am 21. Juni 1999 unterzeichnet und tritt nach einem zustimmenden Referendum in der Schweiz (6. Mai 2000) am 1. Juni 2002 in Kraft. Damit wird eine Revision der EFTA-Konvention notwendig.
2004	1. Mai: Erweiterung der EU um 10 Staaten zur EU 25 Die Schweiz verhandelt mit der EU seit 17. Juni 2002 ein weiteres bilaterales Abkommen (Bilaterale II) ²⁾ über 10 Dossiers, das am 19. Mai 2004 abgeschlossen wird. 8 Abkommen (Verarbeitete Landwirtschaftsprodukte, Statistik, Ruhegehälter, Umwelt, MEDIA, Schengen bzw. Dublin, Betrugsbekämpfung, Zinsbesteuerung) müssen vom Parlament genehmigt werden. Drei der Abkommen (MEDIA, Schengen bzw. Dublin und Zinsbesteuerung) erfordern zu ihrer Umsetzung Anpassungen auf Gesetzesstufe. Zum Bereich Bildung–Berufsbildung–Jugend vereinbaren die Verhandlungspartner eine Absichtserklärung. 26. Oktober: Bilaterale II in Luxemburg unterzeichnet Weil die Schweiz nicht Mitglied der EU-Zollunion ist, werden weiterhin an den Grenzen Kontrollen vorgenommen (Schengen-Sonderfall).
2005	5. Juni: Schweiz stimmt der Teilnahme am Schengen- bzw. Dublin-Abkommen in Volksabstimmung mehrheitlich (54,6%) zu Bilaterale II werden in Teilschritten ratifiziert ³⁾ 1. Juli: Zinsbesteuerungsabkommen zwischen Schweiz und EU tritt in Kraft 25. September: Schweiz stimmt Ausdehnung der Freizügigkeit auf die 10 neuen EU-Länder in Volksabstimmung mehrheitlich (56%) zu; wie in den EU-Ländern (Ausnahmen: Großbritannien, Irland und Schweden) gelten Übergangsregelungen bis zu 7 Jahren

¹⁾ Originaltexte der Bilateralen Abkommen I ("Bilaterale I") zwischen der Schweiz und der EU von 1999: <http://www.europa.admin.ch/ba/off/abkommen/d/index.htm>. – ²⁾ Originaltexte der Bilateralen Abkommen II ("Bilaterale II") zwischen der Schweiz und der EU: <http://www.europa.admin.ch/nbv/off/abkommen/d/index.htm>. – ³⁾ Zeitplan der Ratifikation der einzelnen Teilabkommen: <http://www.europa.admin.ch/nbv/ratifikation/d/index.htm>.

Österreich hat mit der Teilnahme an der WWU seit 1999 und der Übernahme des Euro als gesetzliches Zahlungsmittel 2002 die höchste Stufe der wirtschaftlichen Integration in der EU erreicht – mit allen Vor- und Nachteilen. Die Schweiz wählte nach dem Willen der Bevölkerung mit einer bilateralen Annäherung an die EU eine alternative Integrationsstrategie, die ebenfalls Vorteile, aber auch Nachteile mit sich bringt.

²⁾ Für die Bilateralen I galt eine "Guillotine-Klausel": Die sieben Abkommen können nur gemeinsam in Kraft treten oder gekündigt werden (Vermeidung einer Politik des "Rosinenpickens").

Obwohl nicht an die Budgetregelungen für Vollmitglieder gebunden, entschied der Schweizerische Bundesrat am 12. Mai 2004, über einen Zeitraum von fünf Jahren einen Beitrag zur Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Kohäsion in Europa im Ausmaß von 1 Mrd. CHF (rund 650 Mio. €) zu leisten (Calmy-Rey, 2004, S. 6, <http://www.europa.admin.ch/europapol/themen/kohaesion/d/index.htm>). Mit dem Kohäsionsbeitrag setzte die Schweiz ihre Solidarität mit Osteuropa fort (sie unterstützte die Oststaaten zwischen 1991 und 2001 mit 2,5 Mrd. CHF; Neue Zürcher Zeitung, 10. Februar 2004, S. 15) und hilft, das wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen "alten" und "neuen" Mitgliedstaaten der EU zu verringern. Der Beitrag wird in Form von Projekten geleistet, die die Schweiz autonom auswählt und durchführt. Seine Finanzierung sollte budgetneutral erfolgen.

Die EU-Erweiterung von 2004 machte eine Anpassung des EWR-Abkommens notwendig: Am 1. Mai 2004 wurde auch der EWR (von zuvor 18) um zehn Länder auf 28 Staaten ausgeweitet³⁾. Im Zuge der Neuverhandlung des EWR-Abkommens musste der Kostenbeitrag der EFTA-Mitgliedsländer im EWR geklärt werden. Norwegen verpflichtete sich im Gegenzug zur Verbesserung des Zugangs zu den 10 neuen Märkten zu einer jährlichen Zahlung von rund 226 Mio. € in den EU-Haushalt, die durch Finanzierungsregelungen den neuen EU-Mitgliedstaaten zugute kommt.

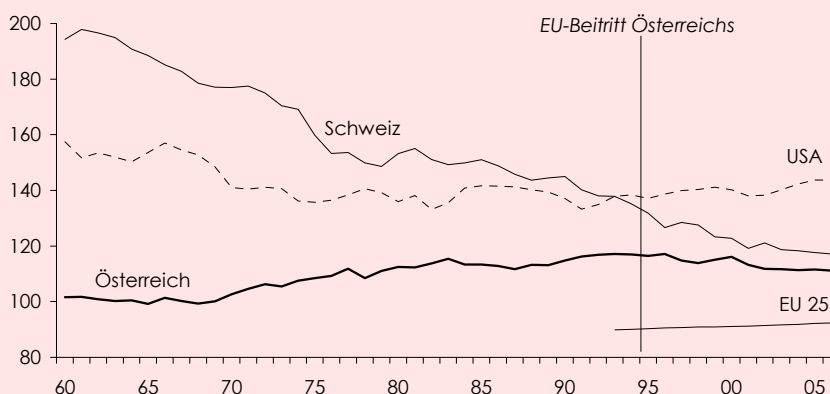
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung seit 1995

Zwei kleine, aber reiche Nachbarländer

Die Schweiz ist gemessen an der Fläche halb so groß wie Österreich und beherbergt mit 7,4 Mio. etwas weniger Einwohner als Österreich (8,2 Mio.). Sie zählt nach wie vor zu den reichsten Ländern der Welt, hat aber den großen Vorsprung der Nachkriegszeit in den letzten Jahrzehnten eingebüßt. Österreich holte gemessen am BIP pro Kopf (in Kaufkraftstandards) stark auf und ist heute das viertreichste Land der EU (Übersicht 2; Abbildung 1).

Abbildung 1: Einkommensentwicklung in Relation zur EU 15

BIP pro Kopf, in Kaufkraftstandards, EU 15 = 100



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. 2005 und 2006: Prognose.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Schweiz das reichste Industrieland, das BIP pro Kopf (in Kaufkraftparitäten) war rund doppelt so hoch wie in Österreich. Die USA, im Jahr 1950 mit der Schweiz noch gleich auf, blieben 1960 bereits deutlich zurück. In Österreich vollzog sich nach dem Zweiten Weltkrieg ein rasanter Aufholprozess, während die Schweiz relativ zum EU-Durchschnitt stetig zurückfiel. Seit Mitte der neunziger Jahre übertrifft das Pro-Kopf-Einkommen in den USA dank eines anhaltenden Wirtschaftsbooms jenes in der Schweiz. Gemäß den jüngsten Daten von Eurostat für das BIP pro Kopf (AMECO-Datenbank) dürfte der Vorsprung der Schweiz gegenüber Österreich auf 6 Prozentpunkte geschrumpft sein (Abbildung 1). Wie weiter unten gezeigt wird, hatte der EU-Beitritt Österreichs zwar keine Zunahme des BIP pro Kopf relativ zum EU-Durchschnitt zur Folge, brachte den Aufholprozess aber zumindest

³⁾ Der Text des nach der EU-Erweiterung von 2004 geänderten EWR-Abkommens ist auf der Webseite der EFTA zu finden: <http://secretariat.efta.int/Web/legaldocuments/>.

nicht zum Stillstand. In der Schweiz hingegen dürfte die Entscheidung, der EU nicht beizutreten, den schon länger anhaltenden Trend einer Abflachung der Entwicklung nicht gestoppt haben.

Übersicht 2: Wirtschaftlicher Größenvergleich

	Fläche In 1.000 km ²	Einwohner 2004 In Mio.	BIP		Handel mit der EU 15		Internationale Wettbewerbsposition ¹⁾			BCI ³⁾	
			Insgesamt 2004 Mrd. KKS ⁴⁾	Pro Kopf 2004 KKS ⁴⁾	Exporte Importe Ø 1995/2004 In % des Gesamthandels	Insgesamt	GCI ²⁾ 2005 MEI	PII	TI		
Österreich	84	8,17	220	27.070	62,0	68,0	21	22	11	21	10
Schweiz	41	7,42	213	28.740	60,3	77,8	8	13	9	6	7
EU 15	3.236	383,42	9.316	24.300							
EU 25	3.975	457,54	10.213	22.320							

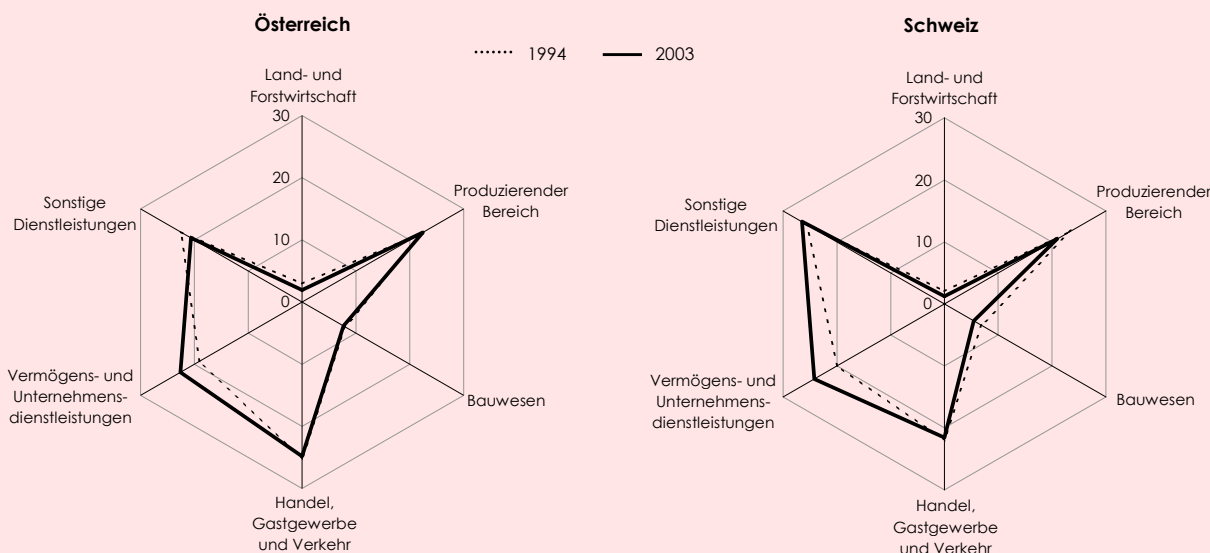
Q: Eurostat; OECD; World Economic Forum, The Global Competitiveness Report 2005-2006; WIKIPEDIA; WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Rang unter 117 erfassten Ländern. – ²⁾ Growth Competitiveness Index (mittelfristige Bedingungen für dauerhaftes Wachstum) mit drei Unterindizes: Macroeconomic Environment Index (MEI), Public Institutions Index (PII), Technology Index (TI). – ³⁾ Business Competitiveness Index (mikroökonomische Bedingungen für kurzfristiges Produktivitätsniveau). – ⁴⁾ In Kaufkraftstandards.

Die Schweiz als eine der höchstentwickelten Volkswirtschaften der Welt verfügt – ganz im Einklang mit der Drei-Sektoren-Hypothese von Clark, Fourastié und Fisher – über einen großen Dienstleistungssektor. Die Grobstruktur (Abbildung 2) ähnelt jener in Österreich. Während in der Schweiz die Vermögens- und Unternehmensdienstleistungen (der Bankensektor trägt allein 15% zur gesamten Wertschöpfung bei) und die sonstigen Dienstleistungen dominieren, ist in Österreich der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr stärker vertreten. In den letzten zehn Jahren verschob sich diese Grobstruktur nur geringfügig. In beiden Ländern nahm der Anteil der Vermögens- und Unternehmensdienstleistungen zu – in Österreich zulasten der sonstigen Dienstleistungen, in der Schweiz verringerte sich der Anteil des produzierenden Bereichs. Laut OECD Observer 2004 (Daten von 2003) waren in der Schweiz im Sektor Landwirtschaft und Fischerei 4,1% der Arbeitskräfte beschäftigt (Österreich 5,6%), im produzierenden Bereich arbeiteten 23,9% (29,6%) und im Dienstleistungssektor 72% der Erwerbstätigen (64,8%).

Modernere Wirtschaftsstruktur in der Schweiz

Abbildung 2: Beitrag der Wirtschaftszweige zur Bruttowertschöpfung

Anteile in %, nominell



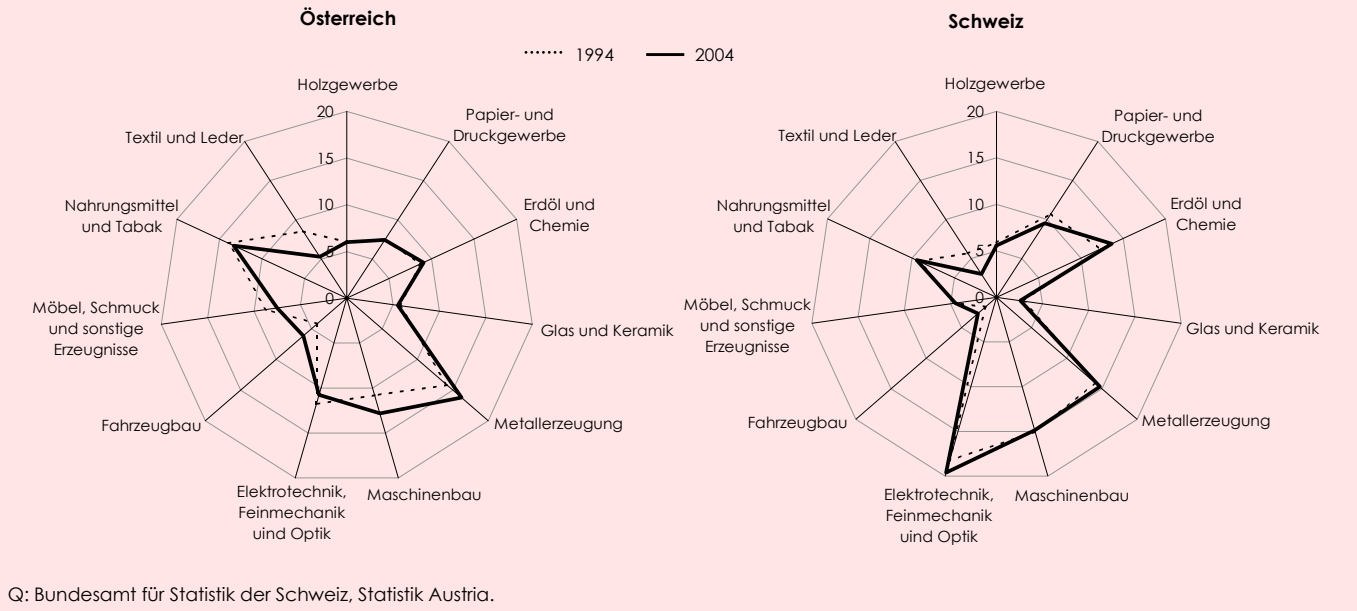
Q: Bundesamt für Statistik der Schweiz, Staatssekretariat für Wirtschaft der Schweiz, Statistik Austria.

Die Struktur der Sachgütererzeugung unterscheidet sich (gemessen am Anteil der Erwerbstätigen) in den zwei Ländern: Während sie sich in den letzten zehn Jahren in der Schweiz kaum veränderte, waren in Österreich einige Verschiebungen zu beo-

bachten (Abbildung 3). In der Schweiz dominieren die High-Tech-Bereiche Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik mit einem Anteil von 20%, in Österreich beschäftigen die Branchen Nahrungsmittel und Tabak sowie Metallerzeugung jeweils rund 15% der Arbeitskräfte.

Abbildung 3: Erwerbstätige in der Sachgütererzeugung

Anteile der Branchen in %



Makroökonomische Entwicklung unterschiedlich

Ein Vergleich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der zwei Nachbarländer 10 Jahre vor und 10 Jahre nach 1995 mit den Überseeländern USA und Japan sowie dem Durchschnitt der EU 15 liefert Anhaltspunkte dafür, ob sich die Wirtschaft in Österreich aufgrund der EU-Mitgliedschaft besser oder schlechter entwickelte als in der Schweiz; echte Integrationseffekte lassen sich daraus noch nicht ableiten. Die USA und Japan werden als Referenzländer herangezogen, weil sie von der europäischen Integration nur indirekt betroffen sind. Mit den Zehnjahresvergleichen werden zufällige Schwankungen ausgeschaltet (die Perioden umfassen jeweils rund zwei Konjunkturzyklen); allerdings werden dadurch auch die Effekte der Ostöffnung seit 1989 in allen Makrovariablen erfasst.

Übersicht 3: Makroökonomische Entwicklung seit dem EU-Beitritt Österreichs

	BIP, real		BIP pro Kopf, in Kaufkraftstandards, relativ zur EU 15		Verbraucherpreise		Finanzierungssaldo des Staates		Arbeitslosenquote	
	DW	D	DW	D	DW	D	DA	D	DA	D
Österreich	+ 2,17	- 0,51	- 0,43	- 0,74	+ 1,77	- 1,03	- 1,96	+ 1,53	4,18	0,80
Schweiz	+ 1,31	- 0,49	- 1,24	- 0,20	+ 0,87	- 2,13	- 0,84	- 0,49	3,48	1,76
EU 15	+ 2,25	- 0,05			+ 2,18	- 2,27	- 2,22	+ 1,91	8,65	- 0,29
USA	+ 3,33	+ 0,30	+ 0,36	+ 0,55	+ 2,47	- 1,16	- 1,86	+ 2,67	5,14	- 1,27
Japan	+ 1,22	- 2,24	- 0,85	- 1,81	- 0,06	- 1,63	- 6,76	- 6,55	4,43	1,95

Q: Eurostat, OECD, WIFO. – DA . . . Ø 1995/2005 in % des BIP bzw. in %, DW . . . durchschnittliche jährliche Veränderung 1994/2005 in %, D . . . Differenz zwischen DA bzw. DW und dem Durchschnitt der 10 Jahre vor dem EU-Beitritt Österreichs in Prozentpunkten.

Seit 1995 entwickelte sich die Wirtschaft in der Schweiz und in Österreich sehr unterschiedlich (Übersicht 3). Die meisten makroökonomischen Indikatoren fallen für die Schweiz günstiger aus als für Österreich. Die Verlangsamung des durchschnittlichen Wirtschaftswachstums in der Zehnjahresperiode nach 1995 gegenüber den zehn Jahren davor war in beiden Ländern mit rund $-\frac{1}{2}$ Prozentpunkt gleich. Die Steigerung des BIP pro Kopf flachte in Österreich etwas stärker ab, und auch die Stabilisierung des Preisauftriebs gelang in der Schweiz besser als in Österreich. Nur bezüglich

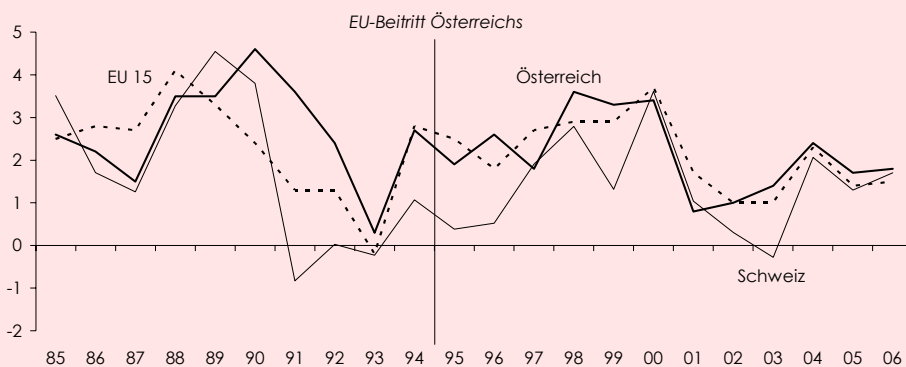
der Sanierung des Staatshaushalts und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit war Österreich erfolgreicher als die Schweiz.

Die Wirtschaft der Schweiz durchlief nach einer Überhitzung der Konjunktur Anfang der neunziger Jahre einen starken Abschwung (kleine Rezession im Jahr 1991), von dem sie sich erst ab 1997 erholte. Nicht zuletzt durch eine sehr expansive Geldpolitik (niedrigere Zinssätze als in der Eurozone; Abbildung 7) wurde das Wirtschaftswachstum angekurbelt. Im Jahr 2003 glitt die Schweiz neuerlich in eine milde Rezession.

Österreich verzeichnete im Gefolge der deutschen Wiedervereinigung einen Wachstumsschub der Auslandsnachfrage, der erst 1993 nachließ. Insgesamt verläuft das Wachstum des realen BIP ähnlich dem Durchschnitt der EU 15: Vor 1995 übertraf es ihn, seither entspricht es ihm weitgehend (Abbildung 4).

Abbildung 4: Wirtschaftswachstum vor und nach dem EU-Beitritt Österreichs

In %



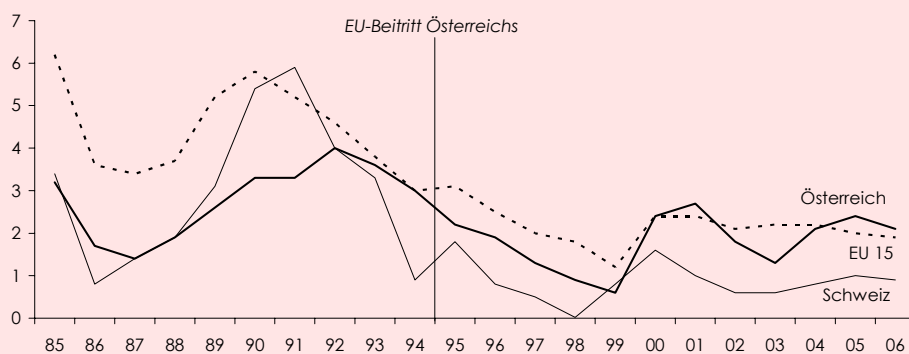
Q: OECD, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. 2005 und 2006: Prognose.

In beiden Ländern prägten somit Sondereffekte die Wirtschaftsentwicklung, darunter eben auch die Teilnahme bzw. Nichtteilnahme an der EU-Integration.

In allen in Übersicht 3 erfassten Ländern verringerte sich die Inflationsrate seit 1995 gegenüber der Dekade davor, am schwächsten aber in Österreich (-1,0 Prozentpunkte). In der Schweiz war der Rückgang mit -2,1 Prozentpunkten nahezu so stark wie im Durchschnitt der EU (-2,3 Prozentpunkte; Abbildung 5).

Abbildung 5: Inflationsentwicklung vor und nach dem EU-Beitritt Österreichs

Veränderung der Verbraucherpreise gegen das Vorjahr in %



Q: OECD, Statistik Austria. 2005 und 2006: Prognose.

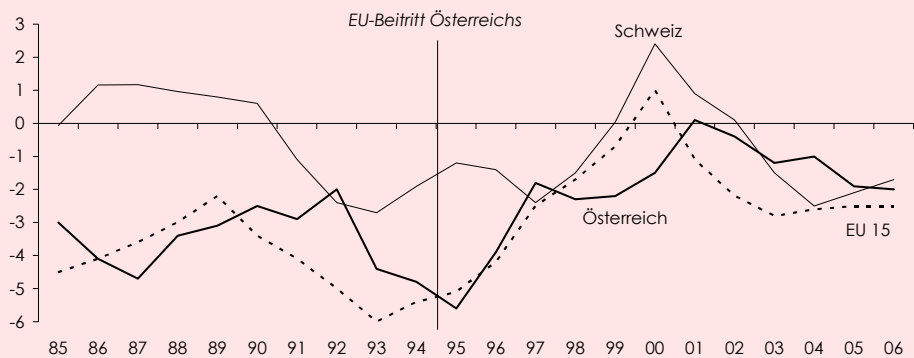
Im umfangreichen "Inflation Persistence Network Project" vergleicht die Europäische Zentralbank die Inflationsentwicklung in der Eurozone mit jener der USA und Japans (http://www.ecb.int/home/html/researcher_ipn.en.html). Demnach traten nach der Hochinflationphase der siebziger und achtziger Jahre seit Mitte bis Anfang der neunziger Jahre fast alle Industriestaaten in eine Niedriginflationphase ein. Vorrän-

gige Preisstrategie ist die Mark-up-Preissetzung, d. h. monopolistisch kompetitive Firmen setzen die Preise durch Aufschläge auf die Einheitskosten. Aufgrund der Verschärfung des Wettbewerbsdrucks durch Globalisierung und Schaffung des europäischen Binnenmarktes seit 1993 ist der Preisauftrieb in den letzten zwei Jahrzehnten mäßig (Abbildung 5).

In der Entwicklung der öffentlichen Haushalte der Schweiz und Österreichs spiegelt sich der unterschiedliche Spielraum der Fiskalpolitik. Vor dem Eintritt in die WWU waren die EU-Mitgliedstaaten bemüht, die Maastricht-Konvergenzkriterien zu erfüllen. Dazu gehörte eine Senkung des Finanzierungssaldos unter 3% des BIP (Prüfung im Mai 1998 auf Basis der Daten von 1997). Die Verbesserung der Budgetposition in Österreich seit Mitte der neunziger Jahre war daher nicht so sehr konjunkturbedingt, sondern eine notwendige Voraussetzung für den Eintritt in die WWU.

Abbildung 6: Entwicklung des Staatshaushalts vor und nach dem EU-Beitritt Österreichs

Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte in % des BIP

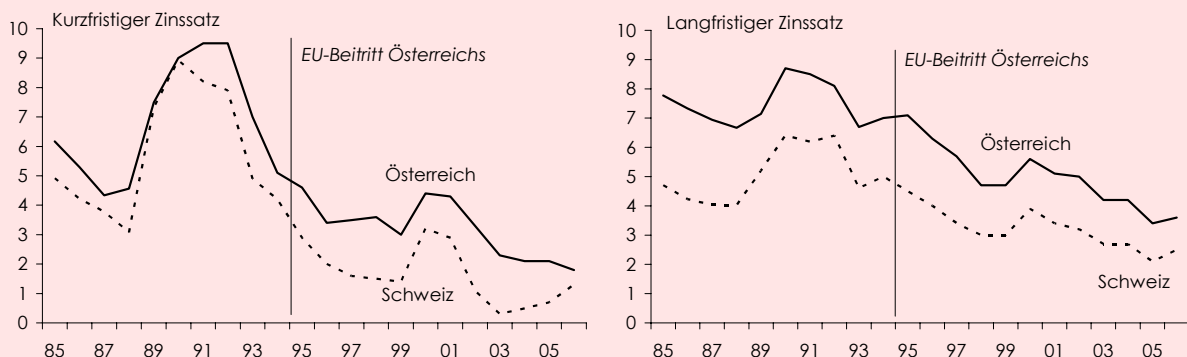


Q: Bundesamt für Statistik der Schweiz, Staatssekretariat für Wirtschaft der Schweiz, Eurostat, Statistik Austria. 2005 und 2006: Prognose (Schweiz: 2004 bis 2006 Prognose).

Als Teilnehmer an der Währungsunion ist Österreich entsprechend dem Stabilitäts- und Wachstumspakt verpflichtet, den Staatshaushalt mittelfristig auszugleichen und den Finanzierungssaldo des Staates in keinem Jahr über 3% des BIP steigen zu lassen. Die Schweiz bindet sich seit einigen Jahren teilweise mit ähnlichen Fiskalregeln ("Schuldenbremse") selbst. Dennoch war die Entwicklung seit 1995 insgesamt in Österreich günstiger als in der Schweiz (Abbildung 6).

Abbildung 7: Zinssätze

In %



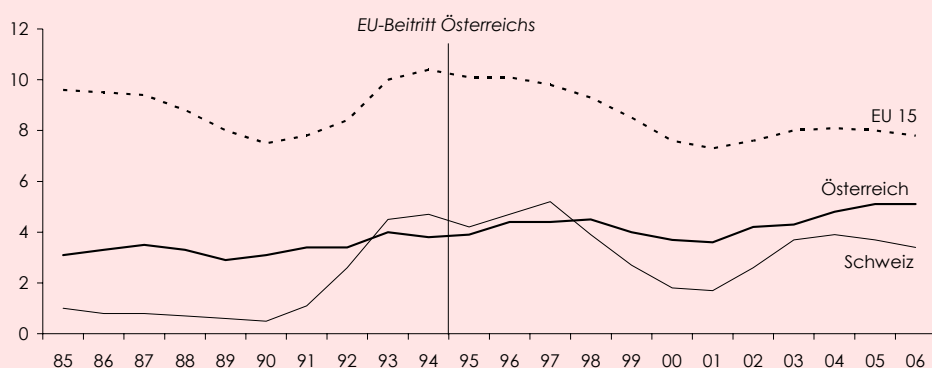
Q: OECD, OeNB, WIFO. 2005 und 2006: Prognose.

Ein Vorteil einer Nichtteilnahme an der Währungsunion ist die Autonomie der Geldpolitik. Mit einer Niedrigzinspolitik konnte die Schweiz die Wirtschaft stimulieren, wie Abbildung 7 für den Verlauf der kurzfristigen und der langfristigen Zinssätze zeigt.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt war in Österreich in den siebziger und achtziger Jahren ruhiger als in den meisten anderen europäischen Ländern (Abbildung 8). Dennoch verzeichnet Österreich seit Ende der achtziger Jahre einen leichten, aber stetigen Anstieg der Arbeitslosenquote. In der Schweiz hatte das lange Konjunkturtief Anfang der neunziger Jahre eine sprunghafte Zunahme der zuvor äußerst niedrigen Arbeitslosenquote auf Werte über jenen Österreichs zur Folge. Seit Ende der neunziger Jahre unterschreitet die Quote wieder den österreichischen Vergleichswert. Allerdings ist in der Schweiz die Beschäftigungsquote (Erwerbstätige im Alter zwischen 15 und 64 Jahren in Prozent der Gesamtbevölkerung in derselben Altersklasse 2004 Schweiz 77,4%, Österreich 66,5%; OECD, 2005B) trotz des im Durchschnitt niedrigeren Wirtschaftswachstums um rund 10 Prozentpunkte höher als in Österreich.

Abbildung 8: Entwicklung der Arbeitslosenquote vor und nach dem EU-Beitritt Österreichs

In % der Erwerbspersonen

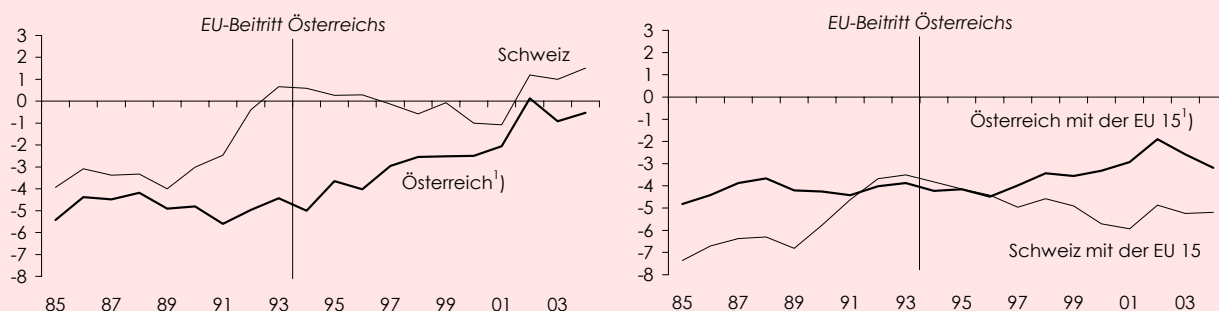


Q: Eurostat, OECD, 2005 und 2006: Prognose.

Österreichs außenwirtschaftliche Position verbesserte sich – gemessen an der Handelsbilanz in Prozent des BIP (Abbildung 9) – nicht zuletzt durch den Beitritt zur EU deutlich. Dazu trug nicht so sehr der Handel mit den EU-Ländern, sondern vor allem jener mit Ost-Mitteuropa und den übrigen Ländern bei (Übersicht 4). In der Schweiz war der Saldo der Handelsbilanz bereits seit Anfang der neunziger Jahre etwa ausgeglichen.

Abbildung 9: Handelsbilanz

In % des BIP



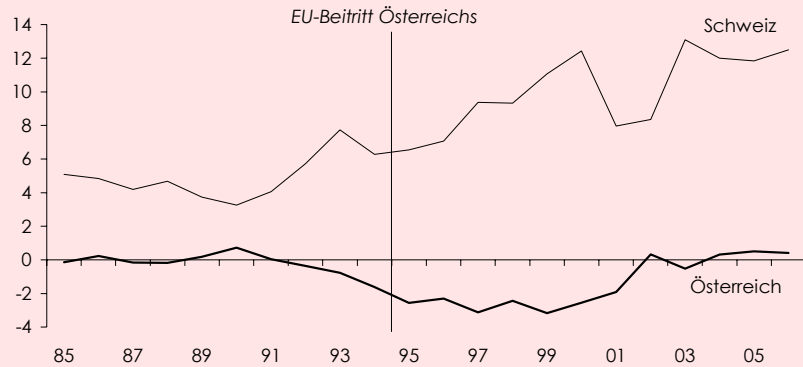
Q: OECD, Statistik Austria. – ¹) Lauf Außenhandelsstatistik.

Nach einem Einbruch des Leistungsbilanzsaldos – auch durch die Nettozahlungen an den EU-Haushalt und die Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit im Tourismus – ist die österreichische Leistungsbilanz insgesamt seit 2002 positiv (Abbildung 10). Der negative Saldo gegenüber dem Euro-Raum vergrößert sich allerdings seit 1995. Die Konsolidierung ergab sich im Wesentlichen durch die günstige Entwicklung gegenüber den neuen EU-Mitgliedstaaten und den Drittländern. Der bereits hohe Überschuss in der Leistungsbilanz der Schweiz steigt seit Anfang der neunziger

Jahre stetig – trotz der Nichtteilnahme an der EU-Integration (Abbildung 10). Dies geht vor allem auf die Position "Einkommensbilanz" und hier besonders auf den Rücktransfer von Einkommen aus den Direktinvestitionen der Schweizer multinationalen Unternehmen im Ausland zurück.

Abbildung 10: Leistungsbilanz

In % des BIP

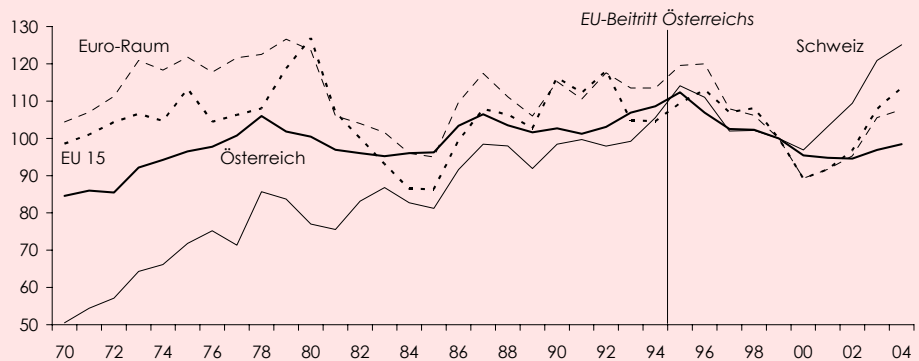


Q: OECD, OeNB, WIFO. 2005 und 2006: Prognose.

Die Verbesserung der preislichen internationalen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs (wie sie die Entwicklung von Handels- und Leistungsbilanz widerspiegelt) resultiert nicht zuletzt aus dem seit dem EU-Beitritt 1995 und dem Eintritt in die WWU 1999 anhaltenden Rückgang des real-effektiven Wechselkurses (gemessen an den relativen Lohnstückkosten gegenüber 24 Handelspartnern; Abbildung 11). Zuvor – zumindest seit dem Beginn der Hartwährungspolitik im Jahr 1981 (Bindung des Schillings an die Entwicklung des DM-Kurses) war der real-effektive Wechselkurs recht stabil gewesen. Die Schweiz verzeichnet dagegen seit 1970 eine fast stetige real-effektive Aufwertung des Schweizer Franken.

Abbildung 11: Real-effektiver Wechselkurs

1999 = 100



Q: European Commission, Price and Cost Competitiveness, Brüssel, 2005. Deflator: Lohnstückkosten relativ zu 24 Handelspartnern.

Unterschiedliche Integrationschritte und ihre Effekte

Während Österreich mit dem Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion und der Übernahme des Euro die höchste wirtschaftliche Integrationsstufe erreicht hat, steht die Schweiz mit dem bilateralen Ansatz auf der ersten Stufe der ökonomischen Integration (Freihandelszone durch die EFTA-Mitgliedschaft), angereichert um einige bilaterale sektorielle Abkommen mit der EU (Bilaterale I und II). Im Folgenden wird die unterschiedliche Integrationsintensität der zwei Länder bezüglich der verschiedenen Integrationsebenen und ihrer Auswirkungen analysiert.

Die Integration in einen bestehenden Handelsblock verstärkt in der Regel den Handel (Handelsschaffung) und bewirkt eine Umlenkung von den alten Handelspartnern außerhalb des Integrationsblocks zu den Mitgliedstaaten (Handelsumlenkung). Der EU-Beitritt Österreichs hatte im Wesentlichen zwei handelspolitische Implikationen: Zum einen mussten die Zölle an den Gemeinsamen Zolltarif (GZT) der EU angepasst werden, d. h. sie wurden im Durchschnitt um rund 5 Prozentpunkte gesenkt. Dadurch ergab sich für rund 25% der Drittlandimporte Österreichs (sonstige Nicht-EU-Länder und verbliebene EFTA-Länder im Jahr 1995) eine Zollbegünstigung. Multipliziert man das Importvolumen mit der Änderung der Zollsätze, so errechnet sich eine geringfügige externe Handelsschaffung von 1¼%. Zum anderen bedeutete der Eintritt in den EU-Binnenmarkt den Wegfall der Grenzkontrollen (freier Warenverkehr) und damit eine Senkung der Handelskosten.

Die Berechnungen mit Gravitationsmodellen wie auch Simulationen mit numerischen allgemeinen Gleichgewichtsmodellen lassen auf langfristig erhebliche handelsschaffende Effekte eines EU-Beitritts schließen. Egger (2004) ermittelt mit einem Gravitationsansatz ein zusätzliches Intra-EU-Handelsvolumen durch den EU-Beitritt (erfasst durch eine Dummy-Variable) von 4% (für einen NAFTA-Beitritt sogar von 15%). Badinger – Breuss (2004) schätzen ebenfalls mit einem Gravitationsansatz den Beitrag des Zollabbaus in der EU zur Wachstumsbeschleunigung des Intra-EU-Handels auf rund ¼ Prozentpunkt.

Simulationen mit einem numerischen allgemeinen Gleichgewichtsmodell (GTAP5-Modell mit 8 Regionen: Österreich, Finnland, Schweden, übrige EU 15, USA, MOEL, GUS, übrige Länder; 10 Sektoren und 5 Produktionsfaktoren; Breuss, 2005A) lassen ebenfalls durch den EU-Beitritt von Österreich, Finnland und Schweden (unter der Annahme einer Verringerung der Außenhandelskosten um 2,5%) starke handelsschaffende Effekte im bilateralen Handel mit den anderen EU-Ländern erwarten (5% bis 8%). Die handelsschaffenden Effekte der drei Länder untereinander fallen mit 2 bis 3½ Prozentpunkten geringer aus. Handelsumlenkende Effekte (Rückgang von Exporten und Importen) treten gegenüber allen Drittländern auf (USA, MOEL, GUS, übrige Länder), am stärksten zwischen den drei neuen EU-Ländern und den Drittstaaten, relativ schwach nur zwischen den anderen EU-Ländern und den Drittstaaten. Gemäß den GTAP5-Simulationen müsste durch die Verringerung der Handelskosten um 2,5% die Wohlfahrt in allen drei Ländern um rund ½ Prozentpunkt und das reale BIP um rund 0,1 Prozentpunkt steigen.

In der Schweiz traten seit dem Freihandelsabkommen von 1972 in der Handelspolitik gegenüber der EU kaum Veränderungen ein. Das Abkommen galt nur für industriell-gewerbliche Waren, nicht aber für Landwirtschaftsprodukte. Die Zölle für den bilateralen Handel mit der EU wurden am 1. Juli 1997 aufgehoben. Seither besteht für industriell-gewerbliche Waren zwischen der EFTA und der EU Freihandel. Mit den Landwirtschaftsabkommen im Rahmen der Bilateralen I und II sollte auch der Agrarhandel zwischen der EU und der Schweiz weitestgehend liberalisiert werden. Die Bilateralen I erleichterten den gegenseitigen Handel bzw. Marktzugang, allerdings wurden nicht alle "landwirtschaftlichen Erzeugnisse"⁴⁾ berücksichtigt. Mit dem Landwirtschaftsabkommen im Rahmen der Bilateralen II wurde das Protokoll Nr. 2 des Freihandelsabkommens von 1972 in doppelter Hinsicht revidiert und verbessert und die Märkte für verarbeitete Landwirtschaftsprodukte wie folgt zusätzlich geöffnet (*Integrationsbüro EDA/EVD, 2005B, S. 27ff*):

- *Vereinfachung des Preisausgleichsmechanismus*: Die EU beseitigt im Rahmen des neuen Preisausgleichsmechanismus die Zölle und Exportsubventionen vollständig, während die Schweiz die Handelsbarrieren reduziert und zum Teil ebenfalls abschafft.
- *Ausdehnung und Revision des Deckungsbereichs*: Der Anwendungsbereich dieses Regimes von Zoll- und Exportsubventionsreduktionen wird auf weitere Produkte ausgedehnt.

⁴⁾ Sie umfassen nur die Produkte der Kapitel 1 bis 24 des Internationalen Übereinkommens über das Harmonisierte System zur Bezeichnung der Waren, Art. 1, Abs. 2 (*Tea Muy-Hour, 2001, S. 70ff*).

Mögliche Effekte einer Zollunion zwischen der Schweiz und der EU

Nach Abschluss der "Bilateralen Abkommen II" wird über die weitere Vorgangsweise der Europapolitik in der Schweiz intensiv diskutiert, ob ein EU-Beitritt oder zumindest eine Zollunion mit der EU möglich wäre. Zum einen ist das Beitritts-gesuch seit Dezember 1992 eingefroren und wird gegenwärtig auch von der Schweizer Regierung nicht weiter verfolgt (Bundesrätin und Außenministerin Micheline Calmy-Rey im Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung, 23. August 2005, S. 17). Zum anderen wird der bilaterale Weg konsequent weiter verfolgt. Die Schweiz steht dabei angesichts der sehr aktiven Vorgangsweise der EU hinsichtlich des Abschlusses von bilateralen Freihandelsabkommen unter Zugzwang: Sie muss mit denselben Ländern identische Freihandelsverträge aushandeln wie die EU, damit nicht Schweizer Exportunternehmen gegenüber den Konkurrenten aus der EU benachteiligt werden. Die immer wieder betonte "Treaty-making Power" der Schweiz besteht de facto daher weitgehend in einem Nachvollziehen der Freihandelspolitik der EU. Derzeit verhandelt die Schweiz ganz im Sinne der Fortführung des Bilateralismus mit den USA über ein bilaterales Handelsabkommen¹⁾.

Die Option einer Zollunion ist in der Schweiz sowohl Gegenstand der öffentlichen als auch der wissenschaftlichen Diskussion. Die Wirtschaftsredaktion der Neuen Zürcher Zeitung (27.-28. März 2004, S. 15) kommt dabei nach Abwägung aller Vor- und Nachteile zu dem Schluss, dass die Nachteile einer Zollunion ohne EU-Beitritt überwiegen würden. Dagegen finden Minsch – Moser (2004) die Option einer Zollunion durchaus prüfenswert. Die Zollunion hätte den Vorteil, dass Grenzkontrollen und Ursprungszeugnisse (wie sie das EFTA-Handelsregime kennt) wegfallen. Damit würden Handelskosten (in unbekanntem Ausmaß) wegfallen. Eine Zollunion unter Einbeziehung der Landwirtschaft würde insbesondere die Produzentenpreise der Agrarprodukte um bis zu 50% senken. Dies würde der Schweizer Landwirtschaft zum nötigen Strukturwandel verhelfen. Kritiker der Zollunion weisen darauf hin, dass die Schweiz für den Handel mit Industriegütern (durchschnittlicher Zollsatz 2,3%) den höheren EU-Außenzolltarif (4,1%) übernehmen müsste. Allerdings beträfe dies nach der jüngsten EU-Erweiterung nur rund 15% aller Schweizer Importe – 82% der Importe stammen aus der EU 25, ½% aus den EFTA-Staaten, die übrigen 2½% aus anderen Freihandelspartnerländern. Landwirtschaftliche Güter unterliegen in der Schweiz hingegen massiv höheren Zöllen (34%) als jene in der EU (16%). Dasselbe gilt für die Stützungen im Agrarbereich. Während die EU der Landwirtschaft im Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2004 Erzeugerbeihilfen von 34% der landwirtschaftlichen Einkommen gewährte, förderte die Schweiz die Landwirte mit 70% (OECD-Durchschnitt 30%; OECD, 2005A).

Simulationen einer potentiellen Zollunion zwischen der Schweiz und der EU (Eliminierung aller Handelshemmnisse – vor allem der Zölle im Agrarsektor) mit einem numerischen allgemeinen Gleichgewichtsmodell (GTAP6-Modell mit 12 Regionen: Österreich, Finnland, Schweden, übrige EU, Schweiz, übrige EFTA, MOEL, Balkanländer, GUS, Türkei, NAFTA, übrige Länder; 3 Sektoren – Nahrungsmittel, Industriewaren, Dienstleistungen – und 5 Produktionsfaktoren) auf Datenbasis 2001 bringen folgendes Ergebnis:

- Die Schweiz könnte den Handel mit der EU um rund 3% ausweiten, der Handel zwischen Österreich und der Schweiz könnte um 2% gesteigert werden. Ein großes Potential ergäbe sich im Handel mit der Türkei, die ja bereits seit 1996 mit der EU eine Zollunion bildet.
- Die Schweiz würde Wohlfahrtseffekte von rund 0,2% des BIP lukrieren; in der EU wären die Effekte um eine Zehnerpotenz kleiner; die Türkei würde etwas, Österreich sehr wenig profitieren.
- Das reale BIP würde in der Schweiz um 0,2% steigen; in allen anderen Regionen wären die Wachstumseffekte marginal.

¹⁾ Eine erste Evaluierung der Vor- und Nachteile findet sich in *Hufbauer – Baldwin* (2005).

Zum einen erleichtert das Landwirtschaftsabkommen der Schweiz den Zugang zu den EU-Märkten. Laut Schätzungen des Integrationsbüros EDA/EVD (2005B, S. 29) könnte durch das Abkommen über "verarbeitete Landwirtschaftsprodukte" das Ausfuhrvolumen der Schweiz um 1,3 Mrd. CHF gesteigert werden. Wegen des Wegfalls der Zölle profitieren die Konsumenten von einer Verbilligung der Importprodukte. Indirekt werden in der Schweizer Landwirtschaft 30.000 Arbeitsplätze gesichert. Die Kosten für den Bundeshaushalt werden auf rund 40 Mio. CHF geschätzt (*Integrationsbüro EDA/EVD*, 2005B, S. 51). Dem Wegfall von Zöllen steht eine Reduktion der Exportsubventionen gegenüber.

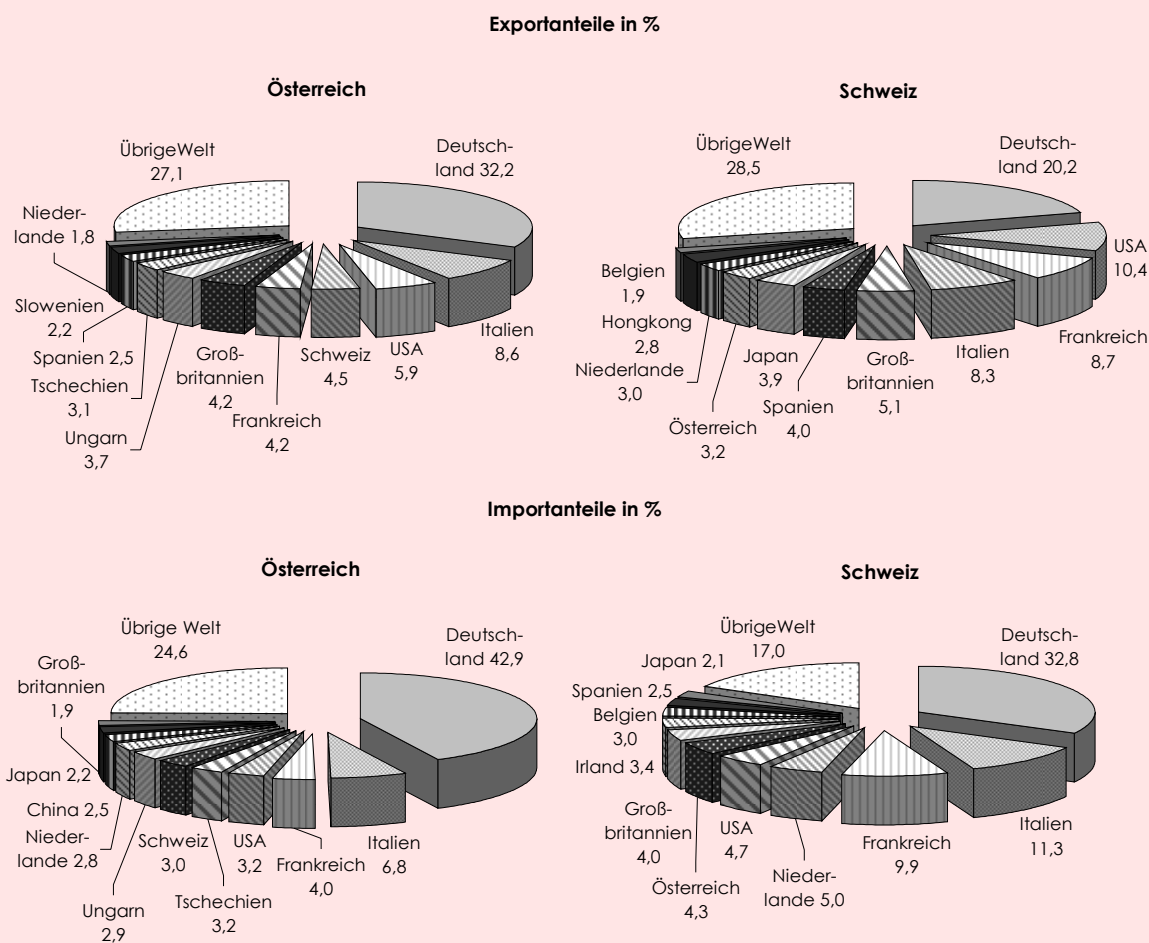
Während der Verhandlungen um die Bilateralen II beschloss die EU, auf Waren, die aus der EU importiert und ohne Weiterverarbeitung wieder in die EU reexportiert werden, Zölle zu erheben, und forderte Anfang 2004 von der Schweiz, diese Regelung gegen den Missbrauch der Freihandelsregeln ab 1. März 2004 zuzulassen. Die Schweiz verstand dies als Verstoß gegen das Freihandelsabkommen von 1972. Betroffen wären insbesondere Logistikunternehmen, die von der Schweiz aus Unternehmen in der EU beliefern. Allein im Bereich der Spezialitätenchemie und im Autohandel würden Waren im Volumen von 1 bis 2 Mrd. CHF zollpflichtig. Nach Protesten der Schweiz wurde die Einhebefrist zunächst auf den 1. Juni 2004 verschoben. Am 1. Juni 2004 trat die Neuinterpretation der EU bezüglich der Wiederausfuhr (Reexport-

te) von EU-Waren aus Ländern, mit denen Freihandelsabkommen bestehen, in Kraft. Anlässlich des Gipfeltreffens vom 19. Mai 2004 einigten sich die EU und die Schweiz darauf, dass die Neuinterpretation auf den Warenverkehr zwischen der Schweiz und der EU nicht anwendbar ist. EU-Waren können somit nach wie vor (auch ohne Weiterbearbeitung) zollfrei in die EU reexportiert werden. Ausgenommen sind wie bisher Agrarprodukte.

Der Außenhandel von Österreich und der Schweiz ist – nicht zuletzt wegen der unterschiedlichen Integrationstiefe mit der EU – unterschiedlich stark mit der EU verflochten. Österreich lieferte 2004 59,1% seiner Exporte in die EU 15 und 71,8% in die EU 25. In der Schweiz war der Anteil der EU 15 mit 58,9% nahezu gleich groß, jener der EU 25 aber mit 62,0% wesentlich geringer als in Österreich. Auf der Importseite ist die EU 15 für die Schweiz mit 79,2% der Gesamteinfuhr wesentlich wichtiger als für Österreich (66,5%; EU 25: 81,4% bzw. 77,1%).

Tatsächliche Handelsverschiebungen

Abbildung 12: Handelspartner der Schweiz und Österreichs 2004



Q: OECD.

Der mit Abstand größte Exportmarkt ist für Österreich (Exportanteil 32,2%) und die Schweiz (20,2%) Deutschland. Die Anteile der anderen Abnehmerländer streuen unterschiedlich (Abbildung 12): Österreichs zweitwichtigster Exportmarkt ist Italien (8,6%) vor den USA (5,9%) und der Schweiz (4,5%). Ungarn rangierte 2004 nach Frankreich und Großbritannien an der 7. Stelle. Für die Schweiz nimmt das Nachbarland Österreich nur die 8. Stelle in der Reihung der Handelspartner ein, nach Deutschland, den USA, Frankreich, Italien, Großbritannien, Japan und Spanien. Unter den ersten 10 wichtigsten Handelspartnern der Schweiz scheint keines der neuen EU-Länder auf. Die neuen EU-Mitgliedstaaten spielen also für die Exportwirtschaft der Schweiz eine untergeordnete Rolle, während sie für Österreich seit der Ostöffnung 1989 an Bedeutung gewonnen haben. Allgemein ist der Export in Österreich stärker auf Europa

konzentriert als in der Schweiz – deren Exportradius ist wesentlich größer. Das ergibt sich teilweise auch aus der höherwertigen Exportgüterstruktur der Schweiz.

Der Vergleich der Außenhandelsentwicklung beider Länder in den zehn Jahren seit dem EU-Beitritt Österreichs mit den zehn Jahren zuvor liefert zwar vor allem Hinweise auf die Integrationswirkungen für Österreich, doch lässt er auch Schlüsse auf die Beziehungen der Schweizer Wirtschaft zur EU zu (Übersicht 4). Entgegen der theoretischen Erwartung verringerte sich der Handelsanteil Österreichs mit der EU 15. Auch der Handelsanteil der Schweiz schrumpfte, wenngleich schwächer. Österreich weitete dagegen dank der Ostöffnung den Handel mit den 10 neuen EU-Ländern stark aus, die Schweiz hingegen nur marginal. Theoriekonform sank Österreichs Handelsanteil mit der EFTA in Österreich, entgegen der Theorie aber auch in der Schweiz, obwohl sie weiterhin der EFTA angehört. Im selben Zeitraum nahm in beiden Ländern der Handelsanteil mit der NAFTA zu.

Übersicht 4: Regionale Handelsverflechtungen Österreichs und der Schweiz

	Exportanteile				Importanteile				Handelsbilanz			
	Österreich		Schweiz		Österreich		Schweiz		Österreich		Schweiz	
	DW	D	DW	D	DW	D	DW	D	DW	D	DW	D
EU 25	74,2	+ 0,74	62,9	- 1,76	77,1	+ 2,25	79,3	+ 0,27	- 5.796	- 164	- 13.267	- 3.256
EU 15	62,0	- 4,25	60,3	- 2,59	68,0	- 1,67	77,8	- 0,43	- 7.575	- 1.461	- 14.248	- 3.726
Neue EU-Länder	12,3	+ 4,99	2,6	+ 0,83	9,0	+ 3,92	1,5	+ 0,70	1.779	1.297	981	470
GUS	1,8	- 0,58	0,8	- 0,05	2,1	+ 0,00	1,4	+ 0,76	- 344	- 295	- 505	- 593
EFTA 4	6,2	- 1,40	0,5	- 0,18	3,7	- 1,06	0,3	- 0,27	1.532	922	172	147
NAFTA	5,4	+ 1,08	12,4	+ 2,17	5,3	+ 0,95	6,9	+ 0,43	26	434	4.945	3.258
Übrige Länder	12,4	+ 0,15	23,5	- 0,18	11,8	- 2,15	12,1	- 1,18	- 86	1.578	10.035	4.910

Q: OECD, WIFO. – DW... Ø 1995/2004 in % (Export- bzw. Importanteile) bzw. Mio. \$ (Handelsbilanz), D... Differenz zwischen DW und dem Durchschnitt der 10 Jahre vor dem EU-Beitritt Österreichs in Prozentpunkten bzw. Mio. \$.

Als Ergebnis dieser Trends verschlechterte sich die Handelsbilanz mit der EU, in Österreich schwächer als in der Schweiz (Übersicht 4). Die Verbesserung im gesamten Warenhandel seit 1995 ging in beiden Ländern im Wesentlichen auf den Handel mit den anderen Regionen zurück (in Österreich insbesondere mit den 10 neuen EU-Ländern und den übrigen Ländern). Diesem Muster folgt auch die Entwicklung der regionalen Leistungsbilanz Österreichs: Seit 1995 nimmt das Defizit mit dem Euro-Raum zu, während der Überschuss mit den neuen EU-Mitgliedstaaten und den Drittländern wächst.

Als Erklärung für dieses Handelsparadoxon bieten sich (zumindest im Falle Österreichs) folgende Antworten an:

- Nach den Freihandelsabkommen von 1972 und seit dem vollständigen Zollabbau Mitte 1977 (für industriell-gewerbliche Waren) erreichte der Anteil der Exporte in die EU 15 mit 68% in Österreich Ende der achtziger Jahre (bzw. mit 64½% in der Schweiz Anfang der neunziger Jahre) einen Höchstwert, der auch durch die Teilnahme Österreichs am EWR 1994 bzw. den EU-Beitritt 1995 nicht gesteigert werden konnte – obwohl der Wegfall der Grenzkontrollen zumindest theoretisch weitere handelsschaffende Effekte gehabt hätte.
- Die Ostöffnung – unterstützt durch den asymmetrischen Zollabbau im Rahmen der Europaabkommen zwischen EU und MOEL – ließ seit Anfang der neunziger Jahre neue "emerging markets" in der Nachbarschaft entstehen, deren großer Nachholbedarf einen stärkeren handelsschaffenden Effekt hatte als die Integration mit der EU 15. Daraus ergibt sich für die erweiterte Union (EU 25) ein leichter Anstieg der Handelsanteile (Übersicht 4).
- Zudem dürfte die deutliche Konjunkturschwäche in der EU 15 die Nachfrage nach Importen generell gedrückt haben. Der dämpfende Einkommenseffekt könnte also stärker gewesen sein als der theoretisch überwiegende relative Preiseffekt (durch Wegfall der Grenzkontrollen). Auch die deutliche Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs gegenüber dem Euro-Raum, aber auch gegenüber der EU 25 glich dies nicht aus.

- Im Außenhandel der Schweiz kompensierte dank der breiteren Präsenz auf außereuropäischen Märkten – insbesondere in Nordamerika – der Wachstumsvorsprung der Nachfrage in Übersee die Nachteile im Zugang zu den langsamer wachsenden EU-Märkten.

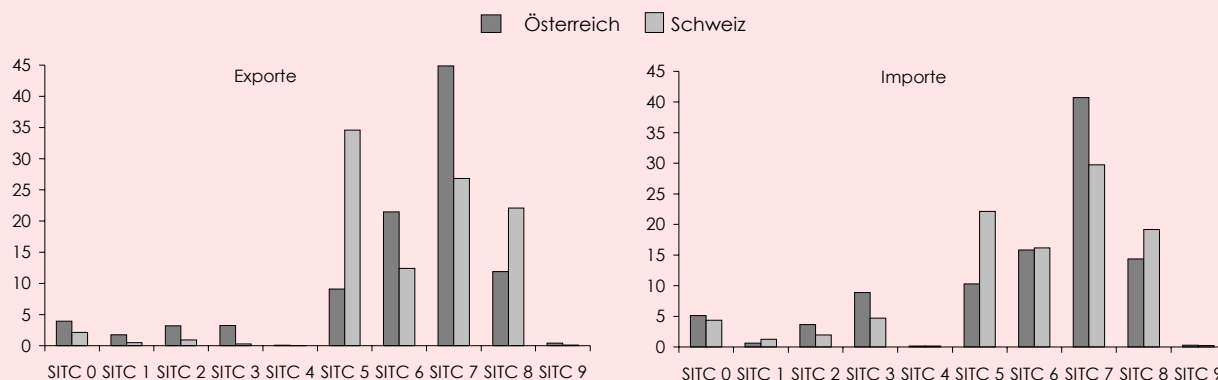
Der Öffnungsgrad der Volkswirtschaft, gemessen an der Summe von Exporten und Importen (Waren und Dienstleistungen) in Prozent des BIP, ist in Österreich viel größer als in der Schweiz (2004 Österreich 97%, Schweiz 87%). Wie weiter unten gezeigt wird, steht dem geringeren Öffnungsgrad im Handel in der Schweiz – wegen der größeren Zahl multinationaler Unternehmen – ein höherer Internationalisierungsgrad gegenüber.

Die Schweiz ist aufgrund des großen Gewichts der Pharmabranche stärker auf Chemieexporte konzentriert als Österreich (Abbildung 13). In Österreich dominiert der Export von Maschinen und Fahrzeugen sowie bearbeiteten Waren. Mit 37,1% (2001) ist der Anteil der Hochtechnologieprodukte am Export von Industriegütern in der Schweiz viel höher als in Österreich (15,6%; OECD, 2003, S. 193).

Exportgüterstruktur in der Schweiz höherwertig als in Österreich

Abbildung 13: Güterstruktur des Außenhandels in Österreich und der Schweiz 2004

Anteile in %



Q: UNO, Statistik Austria. SITC 0 ... Ernährung, SITC 1 ... Getränke, Tabak, SITC 2 ... Rohstoffe, SITC 3 ... Brennstoffe, Energie, SITC 4 ... Öle, Fette, SITC 5 ... chemische Erzeugnisse, SITC 6 ... bearbeitete Waren, SITC 7 ... Maschinen, Fahrzeuge, SITC 8 ... sonstige Fertigwaren, SITC 9 ... a. n. g.

Die Schweiz ist weniger als Österreich über den Waren- und Dienstleistungsverkehr mit der Weltwirtschaft und der EU verflochten. Hingegen ist die Schweiz über die Internationalisierung multinationaler Unternehmen stärker als Österreich in den Prozess der Globalisierung integriert. Zwar holte Österreich dank der Ostöffnung in diesem Bereich stark auf, doch ist der Rückstand beträchtlich.

Integration in die internationalen Kapitalmärkte

Die Schweiz ist mit den europäischen Märkten stärker über Direktinvestitionen verflochten, Österreich über den Handel.

Der hohe Internationalisierungsgrad hat in der Schweiz eine lange Tradition. *Borner – Wehrle* (1984) prägten für die Aktivitäten der Schweizer multinationalen Unternehmen im Ausland den Begriff "sechste Schweiz"⁵⁾. Das große Volumen der Auslandsaktivitäten wird auch aus der beträchtlichen Differenz zwischen Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen (früher "Bruttonationalprodukt") deutlich: Da letzteres die Rücktransfers (netto) von Einkommen aus Direktinvestitionen enthält, ist es um rund 5 Prozentpunkte höher als das BIP.

Die unterschiedlich starke Integration beider Länder in die internationalen Finanzmärkte zeigt die Struktur der Zahlungsbilanz. Die Schweiz ist ein bedeutender Kapitalexporteur – über Portfolioinvestitionen noch stärker als über Direktinvestitionen. Die Einkünfte der Schweizer multinationalen Unternehmen im Ausland schlagen sich im positiven Saldo der "Kapitaleinkommen" von rund 45 Mrd. CHF nieder. Sie tragen ein Drittel zum traditionell hohen Überschuss der Leistungsbilanz bei (rund 12% des BIP; Abbildung 10). Die herausragende Stellung der Schweiz als internationaler Bankplatz spiegelt sich im Saldo der Leistungsbilanzposition "Bankkommissionen", der in den

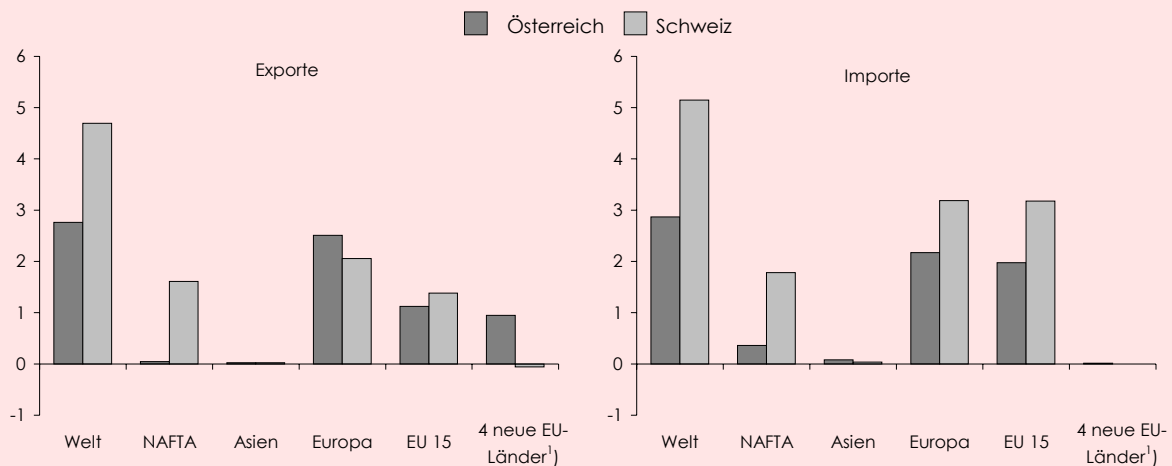
⁵⁾ Wegen der drei Muttersprachen Deutsch, Französisch und Italienisch gab es drei "Arten" der Schweiz. Während des Ersten Weltkriegs wurden mit dem Begriff "vierte Schweiz" die im Ausland lebenden Schweizer bezeichnet. Mit der Anerkennung von Romanisch als Landessprache im Jahr 1938 wurde das Land schließlich zur "fünften Schweiz".

letzten Jahren rund 11 Mrd. CHF und damit die Hälfte des Überschusses der Dienstleistungsbilanz ausmachte – wesentlich mehr als die Nettoeinnahmen aus dem Tourismus. In Österreich spielen dagegen Finanzdienstleistungen im Vergleich mit dem Reiseverkehr eine untergeordnete Rolle.

Die ausländischen Direktinvestitionen der Schweiz sind (gemessen an den Strömen) fast doppelt so hoch wie jene Österreichs (Abbildung 14). Im Jahr 2000 erreichten sie mit 18% des BIP (Österreich 3%) einen Höchstwert. Seither flachten sie etwas ab auf 4,7% bzw. 2,8% des BIP (2003). Während die Schweizer Direktinvestitionsaktivitäten traditionell einen Überschuss aufweisen, war Österreich bis vor kurzem Nettoimporteur von Direktinvestitionen und wurde erst durch das starke Engagement in Osteuropa zum Nettoexporteur.

Abbildung 14: Direktinvestitionen 2003 nach Ländergruppen

Ströme in % des BIP



Q: OECD. – ¹) Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn.

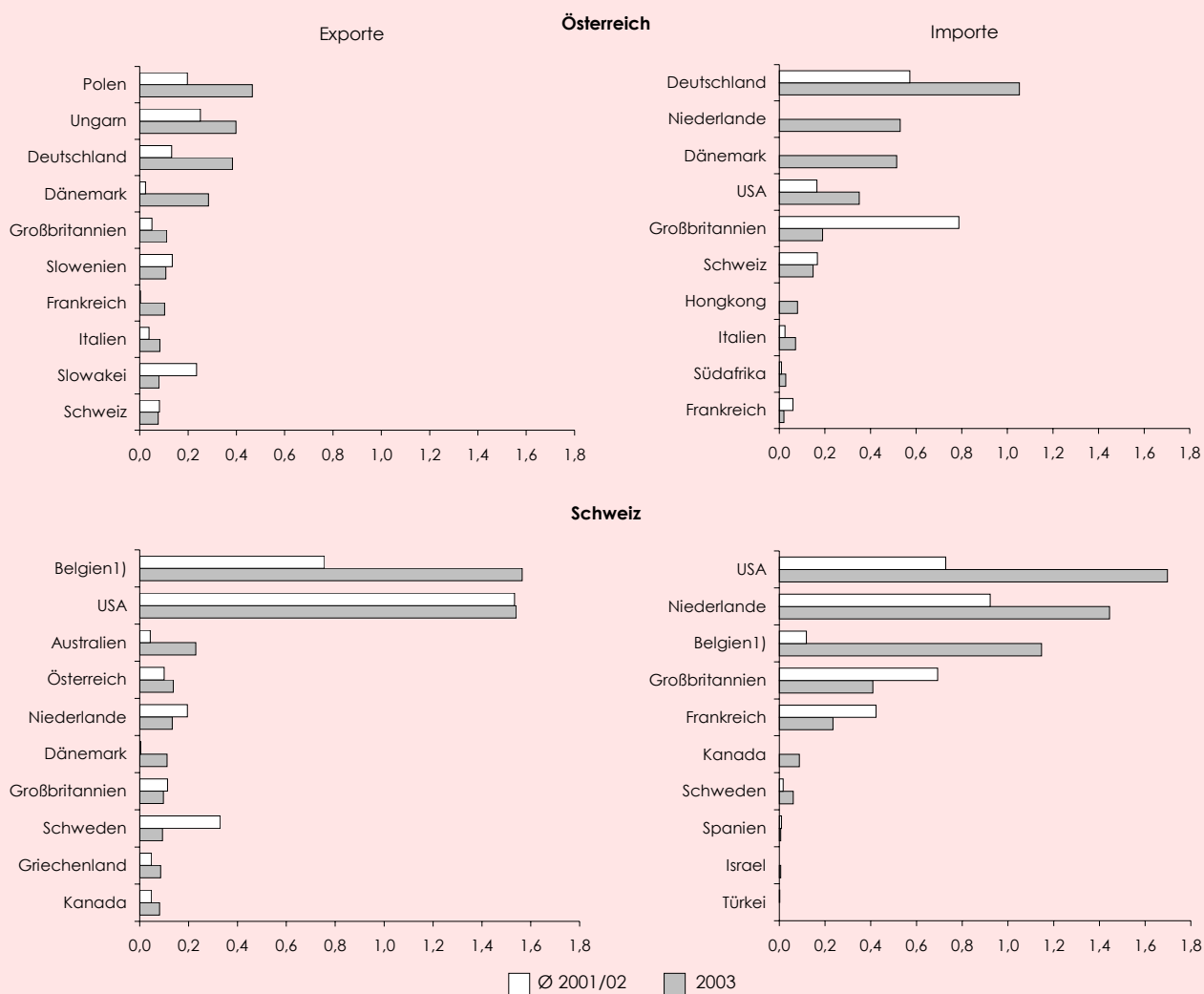
Der Radius bzw. die Partnerstreuung der Direktinvestitionen unterscheiden sich sehr zwischen den zwei Ländern. Erst durch die Ostöffnung und die EU-Mitgliedschaft setzte in Österreich eine namhafte Internationalisierung ein. Seit dem EU-Beitritt strömen dank der Verbesserung des Wirtschaftsstandortes vermehrt Direktinvestitionen nach Österreich. Hauptinvestor ist Deutschland vor den Niederlanden, Dänemark und den USA. Das Nachbarland Schweiz nimmt nach Großbritannien die 6. Stelle ein (Abbildung 15). Österreichische Unternehmen investieren vor allem in den neuen EU-Ländern Polen und Ungarn vor Deutschland. Die Schweiz folgt erst an 10. Stelle.

Für die Schweiz spielen die neuen EU-Länder als Investitionsziele noch kaum eine Rolle. Traditionell stark vertreten ist die Schweiz in Belgien, Luxemburg, den USA, Australien und an vierter Stelle Österreich (Abbildung 15). In der Schweiz investieren vor allem die Unternehmen aus den USA, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und Großbritannien.

Der Vorsprung der Schweiz bezüglich des Internationalisierungsgrades spiegelt sich insbesondere in den Beständen an Auslandsinvestitionen: Nach den aktuellsten Zahlen (2003; laut OECD) waren die Direktinvestitionen von Schweizer Unternehmen im Ausland mit 343 Mrd. \$ (rund 100% des BIP) rund sieben Mal so hoch wie jene Österreichs (17% des BIP). Der Bestand an ausländischen Investitionen in der Schweiz war mit rund 162 Mrd. \$ (rund 50% des BIP) nur rund drei Mal so hoch wie in Österreich (19% des BIP). Damit zählt die Schweiz, gemessen an ihrer Wirtschaftskraft, zu den am meisten im Ausland engagierten Volkswirtschaften. Im Ranking der Bestände an Direktinvestitionen im Ausland liegt die Schweiz an siebenter Stelle nach den USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Japan. Im Durchschnitt der EU 15 machen die Direktinvestitionsbestände im Ausland rund 40% des BIP aus.

Abbildung 15: Direktinvestitionen nach Ländern

Ströme in % des BIP



Q: OECD. – 1) Einschließlich Luxemburgs.

Deutlich wird die Dimension der "sechsten Schweiz" auch an der Zahl der multinationalen Unternehmen. Laut Financial Times Deutschland vom Juni 2005 ist die Schweiz 2005 mit 12 multinationalen Unternehmen unter den 500 größten Unternehmen der Welt vertreten (insbesondere in den Bereichen Pharma und Biotechnologie, Lebensmittel und Banken), Österreich hingegen mit keinem. Die zwei reichen und hochentwickelten Kleinststaaten unterscheiden sich also deutlich hinsichtlich der Industrie- und Unternehmensstruktur: Während in der Schweiz traditionell multinationale Konzerne ansässig sind, wird Österreichs Wirtschaftsstruktur von Klein- und Mittelbetrieben bestimmt.

Gemessen an der Einschätzung der globalen Wettbewerbsfähigkeit durch internationale Manager, wie sie im Global Competitiveness Report des World Economic Forum zusammengefasst wird, liegt die Schweiz nach allen Indikatoren weit vor Österreich. Sie nahm bezüglich des Gesamtindex für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum (GCI) 2005 unter 117 Ländern die 8. Stelle ein (2004 Rang 8), Österreich Rang 21 (2004 Rang 17; Übersicht 2).

Der GCI basiert auf drei Indikatoren, die nach der neuen Wachstumstheorie wichtige Erklärungsfaktoren des Wirtschaftswachstums sind: makroökonomische Rahmenbedingungen (MEI), Qualität der öffentlichen Institutionen (PII) und Technologie bzw. technischer Fortschritt (TI). Österreich ist nur nach dem zweiten Index etwas besser

Schweiz: Kleinstaat mit multinationalen Unternehmen

Globale Wettbewerbsfähigkeit: Schweiz vor Österreich

gereiht, bezüglich der anderen Kennzahlen rangiert es an 21. bzw. 22. Stelle. Die Schweiz nimmt nach allen Indikatoren einen Rang zwischen 6 und 13 ein.

Auch nach dem Business Competitiveness Index (BCI) liegt die Schweiz an 7. Stelle (2004 Rang 5), Österreich auf dem 10. Platz (2004 Rang 16; Übersicht 2). Eine ähnliche Vormachtstellung der Schweiz als Investitionsstandort zeigt das Ranking von "Doing Business in 2006 – Creating Jobs" (International Finance Corporation; <http://www.doing-business.org>): Unter 155 Ländern rangiert die Schweiz an 17. Stelle, Österreich an 32. Stelle. An der Spitze liegen Neuseeland, Singapur und die USA.

Private Forschung überwiegt in der Schweiz

Nicht zuletzt wegen der höheren Dichte an multinationalen Unternehmen liegt die Schweiz auch in der Forschungsleistung voran. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung betragen im Jahr 2000 2,7% des BIP, nach 2,6% im Jahr 1989. Während die Forschungsquote also in der Schweiz stagniert, holt Österreich – nicht zuletzt dank starker Beteiligung an EU-Forschungsprogrammen – hier stark auf: von 1½% Anfang der neunziger Jahre auf 2¼% im Jahr 2004 (Abbildung 16). In Österreich werden 40,9% der Forschungs- und Entwicklungsausgaben vom Staat finanziert und 40,3% von der Industrie, in der Schweiz 23,2% bzw. 69,1% (laut OECD). Die Schweiz unterhält mit Einrichtungen in den 25 EU-Mitgliedstaaten 4.785 Forschungskoperationen, Österreich nur 3.242 (Daten aus 2003). 355 Forschungskontakte der Schweiz bestehen zu den Beitrittskandidatenländern (Bulgarien, Kroatien und Rumänien) und den assoziierten Staaten (Island, Liechtenstein, Norwegen und Israel) gegenüber nur 309 für Österreich (*Europäische Kommission, 2005A*). Im Rahmen der Verhandlungen für die Bilaterale II kamen die EU und die Schweiz überein, das Abkommen aus der Bilateralen I über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zu erneuern, sodass die Schweiz als assoziiertes Mitglied am 6. Rahmenprogramm von EG und Euratom teilnehmen kann (*Europäische Kommission, 2005C*).

Vor- und Nachteile der Globalisierung

Die Schweizer Industrie beschäftigt derzeit mehr Personen im Ausland (1.050.000) als im Inland (970.000). Während die Zahl der ausländischen Arbeitsplätze von 1994 bis 2003 um 16% oder 150.000 zunahm, schrumpfte die Beschäftigung im Inland um 12% (–130.000). Trotz dieses Auseinanderdriftens kommen Schweizer Studien nicht zu dem einfachen Schluss, dass die Direktinvestitionstätigkeit von Schweizer Unternehmen im Ausland eine Verlagerung der Arbeitsplätze ins Ausland zur Folge hätte (*Engler, 2005*).

Ähnliche Ergebnisse liefern die Untersuchungen für Österreich, das sich seit der Ostöffnung vor allem in Ost-Mitteleuropa intensiv engagiert. Aus einer Panelschätzung mit 7 EU-Ländern über 22 Industriesektoren in der Periode 1995/2000 schließen *Falk – Wolfmayr* (2005), dass Outsourcing-Aktivitäten (gemessen an den Reimporten von Vorprodukten) vorwiegend negative Beschäftigungseffekte im Inland hatten, wenn die Importe aus Niedriglohnländern (bisher Ost-Mitteleuropa) kamen. Wie *Egger – Egger* (2003) empirisch nachwies, erklärt der Anstieg von Offshoring nach Ost-Mitteleuropa in den neunziger Jahren etwa ein Viertel der relativen Veränderung der Beschäftigungsstruktur zugunsten der hochqualifizierten Arbeitskräfte in den Produktionssektoren (siehe auch *Egger, 2005, S. 7*). In Österreich sind laut OECD rund 18% der Industriebeschäftigten in Unternehmen unter ausländischem Einfluss tätig, im Dienstleistungssektor beträgt der entsprechende Anteil rund 8% (OECD, *Factbook 2005*). Für die Schweiz stehen keine vergleichbaren Zahlen zur Verfügung.

Volle und partielle Teilnahme am Binnenmarkt

Die nächsthöhere Stufe der ökonomischen Integration nach der Zollunion ist die Teilnahme am Binnenmarkt. Österreich trat mit dem EU-Beitritt 1995 sowohl in die Zollunion der EU als auch in den Binnenmarkt ein. Das Ziel, einen "gemeinsamen Markt" zu schaffen, ist bereits im EWG-Vertrag von 1957 in Art. 2 festgeschrieben. Tatsächlich wurde der Binnenmarkt erst per 1. Jänner 1993 realisiert.

Ziele und ihre Umsetzung

Die Eckpfeiler des Binnenmarktprogramms sind die Verwirklichung der "vier Freiheiten": freier Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sowie die Freizügigkeit der Arbeitskräfte⁶. Es basiert auf dem Prinzip der gegenseitigen Anerkennung von Industrienormen und -standards. Abgesichert wird das Funktionieren des Binnenmarktes durch ein einheitliches Wettbewerbsrecht.

⁶) In Österreich trat das Schengen-Abkommen am 8. April 1995 in Kraft; die Grenzkontrollen wurden in zwei Schritten (1. Dezember 1997 und 1. April 1998) abgeschafft.

Im Laufe der Zeit wurden zudem viele Bereiche privatisiert, die zuvor unter staatlichem Einfluss gestanden waren (öffentliche Versorgungsbetriebe wie Telekommunikation, Energieversorgung, Bahn, Post usw.; zur Strommarktliberalisierung siehe Böheim, 2005). Dazu war eine umfangreiche Anpassung von EU-Gesetzen notwendig. 1.530 Richtlinien und 377 Verordnungen betreffen derzeit den Binnenmarkt, wie er im EG-Vertrag definiert ist. Deren Umsetzung in nationales Recht nahm viel Zeit in Anspruch. Hatte anfangs in der gesamten EU noch ein Umsetzungsdefizit von EU-Recht von 21,4% bestanden, so verringerte es sich innerhalb von 10 Jahren auf 2,1%. 2003 stieg es in der EU 15 wieder auf 2,9% (EU 25 im November 2004 3,6%). Diese Quoten weichen weit vom selbstgesteckten Ziel des Europäischen Rates ab (European Commission, 2005, S. 17). Österreich hatte zuletzt ein Umsetzungsdefizit von 2,1%.

Die Zustimmung zur EU und die Einschätzung der Vorteile aus der EU-Mitgliedschaft schwanken; in letzter Zeit wuchs die EU-Skepsis besonders in Österreich. Laut Eurobarometer (Nr. 63, Juli 2005) schätzen nur noch 37% der Österreicher die EU-Mitgliedschaft als "eine gute Sache" ein (ein Jahr zuvor 46%), 23% als "eine schlechte Sache". Von der EU-Mitgliedschaft glauben nur noch 41% der Österreicher zu profitieren (zuvor 43%), 46% glauben Nachteile zu haben. Diese Einschätzungen liegen stark unter dem Durchschnitt der EU 25 (55% gegenüber 33%). Noch pessimistischer sehen die Österreicher die nächste EU-Erweiterung.

Badinger – Breuss (2005) untersuchen mit einer detaillierten sektoralen Analyse für Österreich (46 Sektoren, 1978/2001), ob sich der Wettbewerbsdruck in Österreich (gemessen an den Mark-ups als Maß für die Marktmacht) durch die EU-Mitgliedschaft erhöht hat. In nur drei von sechs Industriegruppen (Bergbau, Einzel- und Großhandel sowie Finanzdienste und Immobilien) verringerte sich demnach die Marktmacht signifikant. Unter 19 Branchen, in denen nach dem EU-Beitritt ein Bruch im Wettbewerbsverhalten zu beobachten war, sanken die Mark-ups in 5 Branchen, in 9 stiegen sie (die übrigen Ergebnisse waren statistisch nicht signifikant). Insgesamt entspricht das Ergebnis nicht den Erwartungen. Eine Interpretation könnte sein, dass die Verschärfung des Wettbewerbs durch die Teilnahme am Binnenmarkt ausblieb, weil Österreich aufgrund der engen Außenhandelsverflechtung mit der EU im Zuge der Freihandelsabkommen und des EWR bereits vor dem EU-Beitritt voll dem europäischen Wettbewerb ausgesetzt war. Lediglich jene Branchen und Sektoren, die zuvor geschützt waren, gerieten durch den Binnenmarkt unter stärkeren Druck. Ähnlich uneinheitliche Ergebnisse erhält Badinger (2004) für 10 EU-Länder und 17 Sektoren.

Die EU-Mitgliedschaft bedeutet neben der vollen Einbindung in die Zollunion, der Verwirklichung der vier Freiheiten sowie einer einheitlichen Wettbewerbspolitik auch die volle Teilnahme am Solidaritätsziel der Union und damit am Finanzierungssystem des EU-Haushalts. Reiche Länder wie Österreich zahlen in der Regel mehr in den EU-Haushalt ein als sie daraus an Transfers erhalten.

Die Mitgliedstaaten der EU sind auf vielfältige Weise in die Haushaltspolitik der EU eingebunden. Dazu gehören die Entrichtung von Eigenmitteln und die Auszahlung von Transfers aus dem EU-Haushalt für die Gemeinsame Agrarpolitik und die Strukturpolitik. Österreich ist seit dem EU-Beitritt Nettozahler in den EU-Haushalt; die Nettozahlerposition wurde aber verringert (ausgenommen die Verwaltungsausgaben): von 788,1 Mio. ECU oder 0,44% des BIP im Jahr 1995 auf 365,1 Mio. € oder 0,16% des BIP im Jahr 2004 (Europäische Kommission, 2005D, S. 142). Österreich erhielt im Bereich der GAP durch die Inanspruchnahme von Mitteln für die "Entwicklung des ländlichen Raumes" zunehmend Transfers aus dem EU-Haushalt, im Jahr 2004 bereits ein Drittel der österreichischen Gesamtausgaben (Europäische Kommission, 2005D, S. 67). Österreich liegt gemessen an der Summe der Mittel für die "Entwicklung des ländlichen Raumes" nach Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien an 5. Stelle (Breuss, 2005A).

Für die Schweiz fallen wegen der "Nichtteilnahme" am EWR und des "Nichtbeitritts" zur EU keine (potentiellen hohen) Nettobeiträge in den EU-Haushalt an. In den zwei bilateralen Abkommen mit der EU sind nur Teile des EWR-Abkommens bzw. die Bestimmungen des Binnenmarktprogramms enthalten, es gilt keine Zollunion und keine einheitliche Wettbewerbspolitik. Die Kosten der Bilateralen I betragen laut Schweizerischem Bundeshaushalt jährlich 404 Mio. CHF (Eidgenössisches Volkswirtschaftliches

EU-skeptische Bevölkerung in Österreich

Wettbewerbsdruck durch EU-Mitgliedschaft erhöht?

Österreich: Nettozahler in den EU-Haushalt

Departement, 1999, S. 23, Integrationsbüro EDA/EVD, 2005A). Die Bilateralen II bedeuten, hochgerechnet für das Jahr 2007, sogar per Saldo eine Entlastung (gegenüber einer hypothetischen Situation ohne Regelung mit der EU) von 1 Mio. CHF (*Integrationsbüro EDA/EVD, 2005B, S. 51*). Kosten entstehen z. B. aus den Teilabkommen für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte (40 Mio. CHF) und Statistik (14 Mio. CHF); eine Entlastung ergibt sich aus dem Schengen-Abkommen und dem Dublin-Abkommen (-73 Mio. CHF). Allerdings dürfte wegen der Nichtteilnahme am EWR und der Nichtmitgliedschaft in der EU der Druck, die volkswirtschaftlich wichtigsten Netzinfrastrukturen (Erdgas, Elektrizität, Post, Telekommunikation, Luftverkehr, Eisenbahn, Straßenverkehr) zu reformieren, nicht so stark gewesen sein wie in den EU-Ländern (Binnenmarktprogramm). Dies belegen die entsprechenden Indikatoren der OECD über die Liberalisierung der Produktmärkte 1978 bis 1998 (*OECD, 2001*). In diesem Reformstau sehen Schweizer Autoren einen der Hauptgründe für den Verlust an Wachstumsdynamik im letzten Jahrzehnt (*Rentsch et al., 2004, S. 19*).

Integrationsmodell

Für die Schweiz wurde ähnlich wie für Österreich (*Breuss, 2003, 2005A*) ein kleines angebotsseitiges Makromodell mit Gleichungen für die Periode 1960/2005 geschätzt. Ausgangspunkt ist eine kalibrierte Cobb-Douglas-Produktionsfunktion zur Bestimmung des realen BIP mit Kapital und Arbeit sowie der gesamten Faktorproduktivität. Letztere wird erklärt aus der Entwicklung der Arbeitsproduktivität, der Forschungs- und Entwicklungsquote sowie dem Einfluss der Handelsbeziehungen mit der EU (Wachstum der Exporte in die EU). Die Nachfrage nach Kapital und Arbeit wird standardmäßig aus der BIP-Entwicklung und den relativen Faktorpreisen (Zinssatz zu Lohnsatz) geschätzt. Das Preissystem basiert auf traditionellen Gleichungen für die Inflation aus inländischen Preiskomponenten (Mark-up auf die Lohnstückkosten) und importierter Inflation. Die Pro-Kopf-Löhne errechnen sich aus einer Phillips-Kurve. Die Arbeitslosenquote ergibt sich aus einer Okun-Gleichung, also in Abhängigkeit von der BIP-Entwicklung. Die Zinssätze werden für die zwei Länder unterschiedlich modelliert: In Österreich sind die kurzfristigen Zinssätze exogen von der EZB vorgegeben, in der Schweiz folgen sie einer einfachen Taylor-Regel. Die langfristigen Zinssätze hängen von den kurzfristigen ab. Ein wichtiger Teil sind die Export- und Importfunktionen für den Handel mit der EU und mit Drittländern, jeweils standardmäßig abhängig von einem Einkommensglied und den relativen Preisen. Im Falle der Schweiz werden die Exporte von ausländischen Direktinvestitionen mit einer Gleichung erklärt. Es wird getrennt zwischen BIP und Bruttonationaleinkommen (BNE).

Binnenmarkteffekte in Österreich

Zur Schätzung der quantitativen Auswirkungen der Integrationsschritte im letzten Jahrzehnt wird für die Schweiz und für Österreich jeweils ein eigenes, aber in der Struktur vergleichbares Integrationsmodell verwendet (siehe Kasten "Integrationsmodell").

Für Österreich werden zunächst mögliche Übertragungseffekte (Spill-overs) durch die Schaffung des europäischen Binnenmarktes ab 1993 geschätzt ("passive Integrationseffekte"), dann die eigentlichen Binnenmarkteffekte durch die volle Teilnahme am Binnenmarkt.

Nach dem enttäuschenden Start des Binnenmarktes formulierte der Europäische Rat in Lissabon (23.-24. März 2000) zur vollen Ausschöpfung des Binnenmarktpotentials das folgende strategische Ziel für die kommenden 10 Jahre: "... die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen". Die Halbzeitbilanz der Lissabon-Agenda fiel allerdings ernüchternd aus (*Kok, 2004, Breuss, 2005B*); im Frühjahr 2005 initiierte der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, deshalb unter dem Schlagwort "Wachstum und Beschäftigung" einen Neustart der Lissabon-Strategie (*Europäische Kommission, 2005B*).

Das – insbesondere im Vergleich mit den USA – mäßige Wirtschaftswachstum in der EU im letzten Jahrzehnt lässt den Schluss zu, dass die im Cecchini-Bericht (*Catinat –*

Donni – Italianer, 1988, Emerson et al., 1988) aus der Schaffung des Binnenmarktes erwarteten Wachstumsimpulse (noch) nicht im vollen Umfang eingetreten sind. Dennoch profitierten seit 1993 theoretisch auch Nicht-EU-Länder wie damals Österreich von der Schaffung des europäischen Binnenmarktes passiv über drei Kanäle:

- Laut Schätzungen von *Badinger (2005)* dürfte die Realisierung des Binnenmarktes das Niveau des realen BIP in der EU 15 innerhalb von 10 Jahren um 1,8 Prozentpunkte gesteigert haben. Wachstumseffekte in ähnlicher Größenordnung ermitteln *Roeger – Sekkat (2002)* anlässlich der Studie "10 Jahre Binnenmarkt" (*Europäische Kommission, 2002*) aufgrund von Simulationen mit dem QUEST-II-Modell der Europäischen Kommission. Dies impliziert einen jährlichen Zuwachs des realen BIP der EU 15 von rund 0,2 Prozentpunkten. Simulationen mit dem WIFO-Integrationsmodell ergeben auf dieser Basis bis 2005⁷⁾ einen Wachstumsimpuls für Österreich von weniger als +0,1 Prozentpunkt pro Jahr.
- Die Liberalisierung des Kapitalverkehrs dürfte – verstärkt durch die Schaffung der WWU – das langfristige Zinsniveau in der EU 15 um 0,1 Prozentpunkt pro Jahr verringert haben; indirekt ergibt sich daraus für Österreich ein BIP-Anstieg von rund 0,1 Prozentpunkt pro Jahr.
- Die Intensivierung des preislichen Wettbewerbs dämpfte das Preisniveau in der EU 15 und damit die Importpreise in Österreich (im Ausmaß von annahmegemäß $\frac{1}{4}\%$ pro Jahr). Im Wesentlichen verlangsamte sich dadurch in Österreich nur der Preisauftrieb, die Effekte auf das reale BIP sind marginal negativ.

Insgesamt könnte der "passive" Integrationseffekt durch die Schaffung des europäischen Binnenmarktes in Österreich einen jährlichen Zuwachs des realen BIP von rund 0,1 Prozentpunkt zur Folge gehabt haben.

Die Effekte der vollen Teilnahme am europäischen Binnenmarkt wurden unter mehreren Aspekten quantifiziert:

- Die Teilnahme am Binnenmarkt verstärkt den Wettbewerb, d. h. drückt die Markups (Preisauflagen auf die Stückkosten); dieser Effekt bewirkt eine Dämpfung des Preisauftriebs, hat aber kaum positive Auswirkungen auf das reale BIP.
- Neben dem Zollabbau, der für Industriewaren bereits durch die Freihandelsabkommen von 1972 verwirklicht wurde, bedeutet die Teilnahme am Binnenmarkt zum einen die Eliminierung aller verbliebenen Handelshemmnisse für den Agrarhandel (im Rahmen der GAP) und zum anderen durch den Wegfall der Grenzkontrollen im Warenverkehr eine Senkung der Handelskosten um rund $2\frac{1}{2}\%$. In der Folge stiegen – hauptsächlich kurz nach dem EU-Beitritt – die Exporte in die EU. Über einen indirekten positiven Einfluss auf die Produktivität schlug sich dies in einem geringfügigen Anstieg des realen BIP nieder. In Österreich spiegelt sich die verstärkte Integration in den Binnenmarkt anfangs in einem Niveausprung des BIP von rund $+\frac{1}{4}$ Prozentpunkt, der im weiteren Verlauf abflachte.
- Größeren Einfluss auf die Produktivität hat die zunehmende Integration Österreichs in die Forschungsk Kooperationen der EU (Teilnahme an den Forschungsrahmenprogrammen). Der Anstieg der Forschungs- und Entwicklungsausgaben steigerte die gesamte Faktorproduktivität und beschleunigte so das Wachstum des realen BIP um rund 0,17 Prozentpunkte pro Jahr⁸⁾.
- Durch den EU-Beitritt wurde der Wirtschaftsstandort Österreich attraktiver; das schlug sich in einer raschen Zunahme der ausländischen Direktinvestitionen nieder. Aufgrund der daraus resultierenden Kapitalstockbildung und -erneuerung wurde das reale BIP um 0,1 Prozentpunkt pro Jahr gesteigert.

⁷⁾ Im Folgenden werden die durchschnittlichen Wachstumseffekte jeweils für die Periode 1995/2005 angegeben.

⁸⁾ Eine Anhebung der Forschungs- und Entwicklungsquote um 1 Prozentpunkt bewirkt im Integrationsmodell für Österreich eine Beschleunigung des langfristigen Wachstums der gesamten Faktorproduktivität (TFP) um rund 0,3 Prozentpunkte. Im Schweizer Integrationsmodell ist die Elastizität der TFP bezogen auf die Forschungsquote mit 0,4 etwas höher.

- Die Nettozahlungen an den EU-Haushalt beeinflussen das BIP nicht direkt, sondern beeinträchtigen die Wohlfahrt Österreichs im Ausmaß von 0,3% bis 0,5% des BIP.

Insgesamt hatte die Teilnahme Österreichs am europäischen Binnenmarkt im letzten Jahrzehnt wahrscheinlich einen zusätzlichen Wachstumsschub von rund 0,3 Prozentpunkten pro Jahr zur Folge. Berücksichtigt man darüber hinaus den Mitnahmeeffekt durch die Schaffung des europäischen Binnenmarktes, so resultiert daraus ein BIP-Wachstumsimpuls im letzten Jahrzehnt von etwas mehr als 0,4 Prozentpunkten pro Jahr.

Erzielte und entgangene Integrationseffekte in der Schweiz

Passiv profitierte auch die Schweiz von der *Schaffung des europäischen Binnenmarktes (Spill-over-Effekte)*. Nach Simulationen mit dem Integrationsmodell schlug sich dieser Effekt insgesamt (unter Berücksichtigung der drei Komponenten wie im Falle Österreichs) mit knapp +0,2 Prozentpunkten pro Jahr sogar doppelt so stark nieder wie in Österreich. Dies geht vor allem auf die höhere Einkommenselastizität der Exportnachfrage der EU nach Schweizer Produkten zurück.

Entgang von Wachstumseffekten durch die Nichtteilnahme der Schweiz am EWR?

Mehrere Schweizer Autoren bezeichnen die Nichtteilnahme am EWR ab 1994 als versäumte Gelegenheit und beklagen den Entgang möglicher langfristiger Integrationseffekte (*Wagschal – Ganser – Rentsch, 2002, Zimmermann, 1999*). Andere sehen in der Ablehnung des EWR-Abkommens eine Chance (*Hauser, 1993*). Einige kritisieren aber auch, dass die Möglichkeiten des Alleingangs durch die Bilateralen I und II ebenfalls nicht genutzt wurden; ein Indiz dafür ist, dass die Wirtschaft der Schweiz weit hinter den europäischen Staaten herhinkt ("Verpasste Chancen des Alleingangs", *Neue Zürcher Zeitung, 27. November 2002, S. 23*).

Im Vorfeld des Referendums zum EWR-Abkommen zwischen der Schweiz und der EU versuchten zahlreiche Studien, die möglichen langfristigen Effekte zu schätzen. In einer umfangreichen Arbeit stellen *Hauser – Bradke (1992)* gleichzeitig andere Integrationsvarianten – EU-Beitritt und Alleingang – der EWR-Teilnahme gegenüber. *Antille et al. (1993)* simulieren mehrere Integrationsszenarien mit einem numerischen allgemeinen Gleichgewichtsmodell (CGE-Modell). Demnach würde der freie Zugang zum europäischen Binnenmarkt durch Eliminierung aller verbliebenen tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnisse (ohne Zollunion) das reale BIP (jeweils langfristiger Niveaueffekt) um 1/4% steigern. Die Teilnahme am Binnenmarkt durch Abbau von Kartellen und Monopolen (Intensivierung des Wettbewerbs) sollte das BIP um fast 1/2% erhöhen. Das Migrations-Szenario simuliert unter der Annahme der Freizügigkeit eine Einwanderung in die Schweiz im Ausmaß von 1/4% der Bevölkerung; in der Folge würde das reale BIP langfristig im selben Ausmaß steigen. In einem Szenario mit völliger Beseitigung aller diskriminierenden Elemente (auch im öffentlichen Beschaffungswesen) für die Schweiz würde das reale BIP um 0,03 Prozentpunkte gesteigert. In Summe (vier Teilszenarien) ergäbe sich demnach durch die volle Teilnahme am EWR langfristig ein Anstieg des realen BIP von 2,7%, pro Kopf allerdings von nur 0,6%.

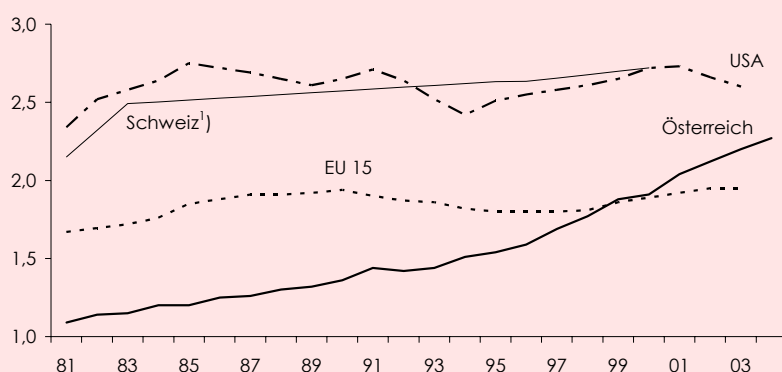
Die Effekte der EWR-Teilnahme Österreichs wurden mit dem WIFO-Makromodell von *Breuss – Schebeck (1991)* mit einem mittelfristigen Anstieg des realen BIP von 0,3% weitaus niedriger geschätzt als in der Schweiz.

Im Folgenden werden die möglichen negativen Auswirkungen der *Nichtteilnahme der Schweiz an der Zollunion der EU bzw. am europäischen Binnenmarkt* bzw. die positiven Auswirkungen der Bilateralen I und II mit dem Integrationsmodell für die Schweiz geschätzt. Aus Gründen der Vergleichbarkeit werden jeweils die Durchschnittswerte 1995/2005 angegeben:

- Die nur partielle Teilnahme am europäischen Binnenmarkt laut Bilateralen I bewirkt eine wesentlich schwächere Intensivierung des Wettbewerbs als ein Vollbeitritt (*Reformrückstau; Rentsch et al., 2004*); daher ist der Rückgang der Mark-ups (Preisaufschläge auf die Stückkosten) geringer anzusetzen als für Österreich. Er bewirkt eine Dämpfung des Preisauftriebs, hat aber kaum bzw. leicht negative Auswirkungen auf das reale BIP. Allerdings wirken diese Effekte erst seit Inkrafttreten der Bilateralen I, also ab Mitte 2002.
- Die Bilateralen I und II bedeuten eine nur partielle Teilnahme an der Zollunion der EU bzw. am europäischen Binnenmarkt. Zudem setzen die Integrationseffekte mit großer Verzögerung ein: Die EWR-Abkommen traten 1994 in Kraft, die Bilateralen I erst Mitte 2002 (zum Teil mit langen Übergangsfristen) und die Bilateralen II (Liberalisierung des Agrarhandels) teilweise erst 2005. Der positive Impuls aus dem verstärkten Handel mit der EU seit 2002 auf das reale BIP liegt weit unter 0,1 Prozentpunkt pro Jahr.

Abbildung 16: Forschungs- und Entwicklungsausgaben

In % des BIP



Q: OECD. Schweiz: teilweise interpoliert.

- Die Schweiz weist zwar absolut eine höhere Forschungs- und Entwicklungsquote auf als Österreich (2000 2,7% des BIP; Österreich 1,9%, 2004 2,3%), sie stagnierte allerdings – im Gegensatz zu Österreich – in den letzten 10 Jahren (Abbildung 16). Obwohl die Schweiz als assoziiertes Mitglied an den EU-Rahmenprogrammen voll teilnimmt (Europäische Kommission, 2005A, 2005C), resultierte daraus kein weiterer Anstieg der Forschungsquote. Berücksichtigt man in den Simulationen mit dem Integrationsmodell für die Schweiz – analog zur Berechnung für Österreich – den entgangenen Anstieg der Forschungsquote als Dämpfung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität, so ergibt sich ein negativer BIP-Effekt von ¼ Prozentpunkt pro Jahr. Diese Schätzungen sind aber mit großer Unsicherheit behaftet, da die aktuelle Forschungs- und Entwicklungsquote der Schweiz nicht verfügbar war und geschätzt werden musste.
- Die Schweiz ist einer der größten Nettoexporteure von Direktinvestitionen; deren Dynamik übertrifft jene der Direktinvestitionen in Österreich bei weitem. Die Nichtteilnahme am europäischen Binnenmarkt beeinträchtigte diese Position wahrscheinlich. Dadurch ging auf die Kapitalbildung im Inland ein geringerer Effekt aus als in Österreich; das reale BIP stieg aus diesem Titel um weniger als 0,1 Prozentpunkt pro Jahr.

Mögliche Vorteile durch die Bilateralen Abkommen I und II

Da die Bilateralen Abkommen I und II integrationspolitisch weit hinter dem EWR-Abkommen zurückbleiben, sind die gesamtwirtschaftlichen Effekte zum einen entsprechend niedriger anzusetzen, und zum anderen treten sie mit großer Verzögerung ein (Hauser – Zimmermann, 1999). Der EWR-Effekt hätte seit 1994 wirken können, der Effekt der Bilateralen I erst seit deren Inkrafttreten seit Mitte 2002 und (wegen der Übergangsbestimmungen) hier auch nur sehr verzögert.

Die Auswirkungen der Bilateralen I wurden von mehreren Instituten geschätzt (siehe die Zusammenstellung des Bundesamtes für Wirtschaft und Arbeit (1999) sowie Müller – von Neuwkoop, 2000; verschiedene Expertenberichte unter http://www.europa.admin.ch/europapol/off/ri_1999/d/; Grether – Müller, 2000). ECOPLAN und LEA (Laboratoire d'économie appliquée, Genf) kommen zu dem Schluss, dass die Bilateralen I mittel- bis langfristig das reale BIP pro Kopf um 0,6 Prozentpunkte steigern würden. Das entspricht den ursprünglichen Erwartungen für die Teilnahme am EWR. Die Auswirkungen der Bilateralen II wurden noch nicht vollständig ökonomisch analysiert.

Insgesamt dürfte in der Schweiz der durch die Nichtteilnahme am europäischen Binnenmarkt und die verzögerte partielle Teilnahme über die Bilateralen I entstandene Wachstumsverlust von etwas weniger als 0,2 Prozentpunkten pro Jahr zwischen 1995 und 2005 durch die Mitnahmeeffekte aus der Schaffung des europäischen Binnenmarktes in etwa derselben Größenordnung kompensiert worden sein.

Integration in die EU-Wirtschaftspolitik des Euro-Raums versus Autonomie der Wirtschaftspolitik

Die Teilnahme Österreichs an der höchsten Stufe der ökonomischen Integration, der Wirtschafts- und Währungsunion im Jahr 1999 mit der Übernahme des Euro als Zahlungsmittel 2002, hatte bedeutende Änderungen in der Wirtschaftspolitik zur Folge. Österreich ist damit in die besondere wirtschaftspolitische Architektur der WWU eingebunden (zentrale Geldpolitik für die Teilnehmer an der Währungsunion und dezentrale Fiskalpolitik, aber koordiniert durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt; siehe dazu *Breuss, 2002A, 2005C*).

Die Europäische Union basiert auf einer komplexen Kompetenzverteilung zwischen EU- oder Gemeinschaftsebene und nationalstaatlicher Ebene (*Breuss, 2005C*). Viele Politikbereiche sind bereits vergemeinschaftet, etwa die Wettbewerbspolitik, die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), die Gemeinsame Handelspolitik sowie die Struktur- oder Regionalpolitik.

Zwar betrachten die Mitgliedstaaten die Wirtschaftspolitik laut Art. 99 EG-Vertrag "als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse und koordinieren sie im Rat", dennoch gilt die strikte Einbindung in die asymmetrische wirtschaftspolitische Architektur im Wesentlichen nur für die Teilnehmer an der Währungsunion. Die Konstruktion der EU wird vielfach als wachstumshemmend angesehen, weil sowohl der Stabilitäts- und Wachstumspakt als auch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank in einer Phase der Wachstumsverlangsamung (oder Rezession) – gerade für die großen Kernländer der EU – zu restriktiv wirken.

Integrationsszenarien für die Schweiz: Bilaterale Abkommen, EU-Beitritt und Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion

Ex-ante-Studien bewerten die Teilnahme der Schweiz an der Währungsunion im Allgemeinen negativ. *Grether – Müller (2000)* simulieren mit einem CGE-Modell mit drei Regionen (Schweiz, EU 15, übrige Welt) und 26 Branchen drei Szenarien: Bilaterale I, EU-Beitritt und WWU-Teilnahme. Die Bilateralen I (implizit auch Bilaterale II) hätten demnach einen langfristigen Anstieg des realen BIP von 2,0 Prozentpunkten (bzw. des BNE von 2,2 Prozentpunkten) zur Folge, ein EU-Beitritt allein würde aber eine Steigerung des BIP um 2,9 bzw. des BNE um 3,3 Prozentpunkte bringen. Der EU-Beitritt und die Teilnahme an der WWU würden das reale BIP langfristig dagegen um nur 2,2, das BNE aber um 3,8 Prozentpunkte steigern; sie hätten also einen Verlust bezüglich des BIP von 0,7 Prozentpunkten und einen Gewinn bezüglich des BNE von 0,5 Prozentpunkten zur Folge.

In diesen Simulationen wird die Realisierung der vollen Freizügigkeit im Personenverkehr angenommen. In allen drei Szenarien bewirkt das einen Anstieg der Bevölkerung und des Arbeitskräfteangebotes um jeweils 1,4 Prozentpunkte. Sinnvoll ist deshalb nur ein Vergleich der Pro-Kopf-Werte. Demnach würde das BIP pro Kopf real mittel- bis langfristig im Szenario "Bilaterale I" um 0,6 Prozentpunkte, bei einem EU-Beitritt um 1,5 Prozentpunkte und der zusätzlichen WWU-Teilnahme um 0,8 Prozentpunkte gesteigert. Der negative WWU-Effekt ergibt sich wegen der notwendigen Angleichung der niedrigen Schweizer Zinssätze an die höheren der Eurozone (Verlust des Zinsbonus der Schweiz). ECOPLAN und LEA kommen nach Aufrechnung der negativen Zinssatzeffekte und positiven Effekten der Einsparung an Transaktionskosten (diese werden mit +1,6% des BIP sehr hoch veranschlagt) sowie der erhöhten Preistransparenz zu insgesamt leicht positiven Effekten einer WWU-Teilnahme der Schweiz (*Müller – Neuwkoop, 2000*).

Euro-Dividende?

Jüngste Schätzungen bestätigen, dass die Schaffung der Währungsunion eine "Euro-Dividende" gebracht hat. *Micco – Stein – Ordonez (2003)* schätzen, dass der bilaterale Handel der 12 Euro-Länder um 4% bis 10% höher war als ohne Teilnahme an der Währungsunion. Gemäß den Schätzungen von *Faruquee (2004)* verlor Finnland (auch Portugal) durch die Einführung der gemeinsamen Währung leicht im Intra-WWU-Handel, während Österreich etwa 8% gewonnen haben müsste (Durchschnitt des Euro-Raums +7%). Am meisten hätten demnach Deutschland, die Niederlande und Spanien profitiert. Angesichts des gemessenen Rückgangs der Handelsanteile mit der EU seit 1995 müssen diese optimistischen Ergebnisse mit Vorsicht interpretiert werden. Es gibt denn auch durchaus kritische Studien, die aufgrund der Schaffung der WWU keinen zusätzlichen Handelsimpuls innerhalb des Euro-Raums feststellen (z. B. *Berger – Nitsch, 2005*).

Ex-ante-Studien über die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der WWU kamen zu dem Schluss, dass vor allem die Hartwährungsländer Deutschland und Österreich davon profitieren würden. Für Österreich wurde der mittelfristige BIP-Effekt mit +2,2 Prozentpunkten (EU +1,7 Prozentpunkte) veranschlagt (Breuss, 1997). Die Effekte ergeben sich aus dem Abbau der Transaktionskosten (Einsparung des Währungsumtausches), der Intensivierung des Wettbewerbs im Finanzsektor (Rückgang der Zinssätze), der erhöhten Wechselkursstabilität (sie kommt vor allem den bisherigen Hartwährungsländern zugute) und aus der erhöhten Markteffizienz (Wachstumseffekte durch den Anstieg der gesamten Faktorproduktivität).

Österreich nimmt seit 1999 an der WWU teil. Die Ex-post-Effekte der WWU-Teilnahme sind schwierig zu quantifizieren; der vorliegende Ansatz beruht auf dem WIFO-Integrationsmodell:

- Bezüglich der Zinspolitik hatte Österreich keinen Anpassungsbedarf, weil das Zinsniveau aufgrund der Hartwährungspolitik jenem in Deutschland entsprach (das Niveau der kurzfristigen Zinssätze wird in der Eurozone zwar von der EZB festgelegt, doch nahmen die Anfangswerte das deutsche Niveau an).
- Auch in der Wechselkurspolitik ergab sich durch den Eintritt in die Währungsunion kein Anpassungsbedarf, weil Österreich den Schilling seit 1981 an die DM gebunden hatte. In den Simulationen des WWU-Effekts wird aber (hypothetisch) berücksichtigt, dass Österreichs Eintritt in die WWU (Fixierung der Wechselkurse gegenüber dem Euro) den seit Mitte der siebziger Jahre beobachteten Aufwertungs-trend stoppte. Berücksichtigt man eine hypothetische Fortsetzung dieses Trends (z. B. eine Aufwertung um 1% am Beginn der WWU-Teilnahme), so ergibt sich eine Steigerung der Nettoexporte in die EU und letztlich ein Anstieg des realen BIP um anfänglich etwas weniger als 0,2 Prozentpunkte; dann klingt dieser positive Effekt allmählich ab. Für den Durchschnitt 1999/2005 beträgt der positive BIP-Effekt knapp 0,1 Prozentpunkt. Vergleichbare Simulationen mit dem Oxford Economic Forecasting Model (OEF-Modell) bringen anfänglich einen BIP-Impuls von $\frac{1}{3}\%$, der dann abklingt, sodass im Durchschnitt der Siebenjahresperiode der WWU-Teilnahme ein neutraler BIP-Effekt resultiert.
- Die Teilnahme an der WWU impliziert zwar formal eine weiterhin autonome nationale Fiskalpolitik. Durch den Koordinationszwang – z. B. über den Stabilitäts- und Wachstumspakt – ist die Autonomie der Nationalstaaten allerdings beträchtlich eingeschränkt. In den Simulationen wurde berücksichtigt, dass die durch die Eintritts- bzw. Konvergenzkriterien bis 1998 erzwungene Sanierung der öffentlichen Haushalte und auch die folgende Entwicklung ohne diesen Druck nicht so intensiv verlaufen wären; es wird unterstellt, dass das Budgetdefizit ohne WWU um rund 1% des BIP höher ausgefallen wäre. Am Beginn der Währungsunion wäre der Effekt auf das reale BIP demnach positiv, in den letzten Jahren aber eher negativ gewesen. Im Durchschnitt 1999/2005 ist der BIP-Effekt mit rund +0,1 Prozentpunkt pro Jahr nur leicht positiv. Die Simulation mit dem Integrationsmodell unterstellt eine budgetneutrale Saldenverschlechterung um 1% des BIP. Simuliert man – z. B. mit dem OEF-Modell – nur ausgabenseitig eine Ausweitung des Budgetdefizits um 1% des BIP, so erhält man einen negativen Fiskalmultiplikator von anfänglich –0,6% des BIP, der rasch abklingt und in positive BIP-Effekte mündet. Nach sieben Jahren der Budgetsanierung resultiert daraus wie im Integrationsmodell ein leicht positiver bzw. neutraler BIP-Effekt.
- Die Wirtschaft wuchs im Euro-Raum seit 1999 im Durchschnitt um knapp 0,2 Prozentpunkte pro Jahr langsamer als in der EU 15. Dieser negative Spill-over wird in den Modellberechnungen berücksichtigt und ergibt für Österreich einen leicht negativen BIP-Effekt.

Insgesamt dürfte die WWU-Teilnahme in Österreich bisher einen (zusätzlichen) Anstieg des realen BIP von weniger als 0,1 Prozentpunkt pro Jahr bewirkt haben. Mit dem OEF-Modell ergibt sich nach anfänglich insgesamt negativen Impulsen im Durchschnitt der sieben Jahre in der Währungsunion ein neutraler Effekt auf das reale BIP.

Erwartete Effekte der Teilnahme an der WWU

Vorläufige Schätzung der Effekte von Teilnahme und Nichtteilnahme an der WWU seit 1999

Diese vorläufigen Schätzungen der bisherigen Effekte der WWU-Teilnahme berücksichtigen nicht die in den Ex-ante-Studien angeführten potentiellen Wirkungen der Währungsunion (Wegfall der Transaktionskosten durch Währungsumtausch, Intensivierung des Wettbewerbs im Bankensektor und im Gütersektor allgemein durch bequemeren Preisvergleich, Wegfall der Wechselkursunsicherheit, Wachstumseffekte durch erhöhte allgemeine Faktorproduktivität; Breuss, 1997).

Für die Schweiz wird mit dem Integrationsmodell ermittelt, wie sich der Verzicht auf eine Teilnahme an der WWU seit 1999 ausgewirkt hat:

- Die Schweiz genießt wegen ihrer Politik der außerordentlich niedrigen Zinssätze einen "Zinsbonus". Sowohl die kurz- als auch die langfristigen Zinssätze sind um 1½ bis 2 Prozentpunkte niedriger als in der Eurozone. Dies stimuliert die inländischen Investitionen und das Interesse an Franken-Krediten im Ausland. LEA und ECOPLAN schätzen, dass das reale BIP durch eine WWU-Teilnahme um 0,9 bis 1,3 Prozentpunkte geringer wäre. Das Integrationsmodell berücksichtigt den Verlust der Autonomie der Geldpolitik bezüglich der kurzfristigen Zinssätze (diese setzt die EZB) und die Angleichung der Zinssätze im langfristigen Bereich an jene der Eurozone bzw. Deutschlands (+1,2 bis +2 Prozentpunkte). Als Ergebnis der Nichtteilnahme der Schweiz an der WWU (anhaltender "Zinsbonus") wuchs das reale BIP seit 1999 um 0,3 Prozentpunkte pro Jahr rascher als bei einer hypothetischen Teilnahme. Ähnliche Ergebnisse liefern Simulationen mit dem OEF-Modell.
- Die Schweiz wertete den Schweizer Franken gegenüber dem Euro zunächst um 1½% bis 3% auf (1999/2002) und seither in ähnlichem Ausmaß ab. Bei einer Teilnahme der Schweiz an der WWU wäre der Wechselkurs des Schweizer Franken mit dem Wert von Ende 1998 an den Euro fixiert worden. Der Wechselkurseffekt, also die Situation flexibler Wechselkurse relativ zu einer Situation der Euro-Fixierung, hätte in der Periode 1999/2005 einen Wachstumsverlust von 0,3 Prozentpunkten pro Jahr bedeutet. Das OEF-Modell liefert hier mit -0,04 Prozentpunkten viel niedrigere Werte.
- Aufgrund der Nichtteilnahme an der WWU ist die Schweiz nicht nur in der Geldpolitik autonom, sondern auch in der Fiskalpolitik. Während die Euro-Länder durch die Spielregeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zur Budgetdisziplin angehalten sind (Ziel eines mittelfristig ausgeglichenen Staatshaushalts), hat sich die Schweiz selbst eine "Schuldenbremse" auferlegt (Haniotis, 1999; einen Vorschlag zur Anwendung in Österreich behandeln Brandner et al., 2005). Ziel ist eine ausgabenseitige Budgetdisziplin, die den stetigen Anstieg der Staatsschuldenquote verhindern soll. In den Simulationen wird kein Einfluss auf die Fiskalpolitik berücksichtigt.
- Im Falle der Schweiz ist nicht eindeutig, ob man in den Modellberechnungen analog zu Österreich negative oder sogar positive Spill-overs aus der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Ausland berücksichtigen soll. Einerseits ist die Wirtschaft der Schweiz über den Außenhandel mit dem Euro-Raum verflochten und würde so durch die dort vorherrschende Wachstumsschwäche gedämpft. Andererseits steht sie aber auch unter dem Einfluss des seit 1999 etwas kräftigeren Wachstums in der EU 15. Negative Spill-overs hätten das BIP-Wachstum der Schweiz um knapp 0,1 Prozentpunkt pro Jahr gedämpft, positive Wirkungen hätten es im selben Ausmaß gesteigert.

Insgesamt war die Nichtteilnahme der Schweiz an der WWU nach den vorläufigen Berechnungen bisher (ohne Spill-overs des BIP-Wachstums) annähernd wachstumsneutral. Die Vorteile des Zinsbonus wurden durch die negativen Effekte der Wechselkursschwankungen fast wettgemacht. Laut OEF-Simulationen würde der Zinsbonus den Wechselkurseffekt übertreffen, d. h. die Nichtteilnahme der Schweiz hätte einen positiven BIP-Effekt von ¼ Prozentpunkt pro Jahr gehabt (1999/2005).

Kleine Volkswirtschaften sind stark von den Konjunkturlinien der Nachbarländer abhängig. Für Österreich, das stärker in die EU integriert ist als die Schweiz, wäre demnach ein größerer Konjunkturgleichklang zu erwarten. Zum einen ergibt sich dies durch die engere handelspolitische Integration (Teilnahme an der EU-Zollunion) und zum anderen durch die Einbindung in die gemeinsame Geld- und Währungspolitik der Eurozone, der auch die Fiskalpolitik mit strenger Kooperationsverpflichtung folgen muss. Nach der ursprünglich von *Mundell* (1961) entwickelten Theorie der optimalen Währungsräume (OCA-Theorie) können nur jene Volkswirtschaften einen optimalen Währungsraum bilden, die auf exogene Schocks annähernd gleich reagieren, sei es wegen der hohen Arbeitsmarktflexibilität oder infolge von Fiskalmechanismen (fiscal federalism), die unterschiedliche Schockwirkungen ausgleichen. Gemäß der erst vor einigen Jahren entwickelten endogenen OCA-Theorie (*Frankel – Rose, 1998*) entsteht dagegen erst nach Schaffung einer Währungsunion der Druck zur Synchronisierung, und zwar über die Zunahme des bilateralen Handels oder durch die Gleichschaltung der Wirtschaftspolitik. Zwar würde also die Theorie aufgrund der einheitlichen Geldpolitik in der Eurozone einen "europäischen Konjunkturzyklus" postulieren, empirisch zeichnet er sich aber noch nicht ab (*Artis – Krolzig – Toro, 2004*). Nach der Erweiterung 2004 dürfte der Konjunkturzyklus in der EU eher heterogener denn homogener werden.

Als einfacher Test für den Konjunkturzusammenhang bzw. dessen Veränderung seit Schaffung der WWU 1999 dient eine Korrelation der Konjunkturverläufe (gemessen an den jährlichen Wachstumsraten des realen BIP im Durchschnitt 1961/1998, 1999/2005 und über die gesamte Periode 1961/2005; Übersicht 5).

Übersicht 5: Zusammenhänge zwischen dem Konjunkturverlauf in Österreich und der Schweiz

Korrelation des durchschnittlichen Wachstums des realen BIP 1960/2005

	Österreich	Schweiz	EU 15	Euro-Raum	Deutschland
1961/1998					
Österreich	1,00	0,58	0,74	0,76	0,67
Schweiz		1,00	0,70	0,72	0,57
EU 15			1,00	0,98	0,82
Euro-Raum				1,00	0,85
Deutschland					1,00
1999/2005					
Österreich	1,00	0,76	0,90	0,90	0,88
Schweiz		1,00	0,93	0,92	0,92
EU 15			1,00	1,00	0,99
Euro-Raum				1,00	0,99
Deutschland					1,00
1961/2005					
Österreich	1,00	0,60	0,77	0,79	0,71
Schweiz		1,00	0,71	0,74	0,59
EU 15			1,00	0,97	0,98
Euro-Raum				1,00	0,87
Deutschland					1,00

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

Vor der Realisierung der Währungsunion (1961/1998) war demnach der Gleichklang des Konjunkturverlaufs in Österreich mit der EU und dem Euro-Raum höher als in der Schweiz. Seit Inkrafttreten der WWU (1999/2005) verstärkte sich der Konjunkturverbund mit der EU und dem Euro-Raum in beiden Ländern – in der Schweiz sogar deutlicher als in Österreich. Auch der bilaterale Zusammenhang wurde enger.

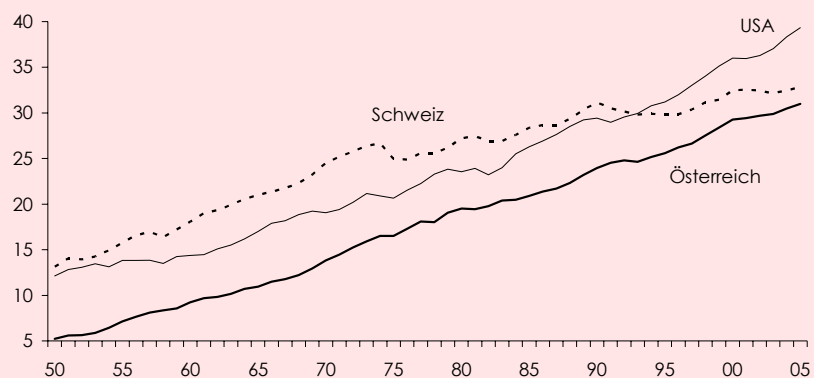
Die Schweiz ist also, obwohl sie nicht Mitglied der EU ist, nicht an der WWU teilnimmt und eine eigenständige Wirtschaftspolitik betreibt, gemessen am Konjunkturverlauf gleich stark mit der EU "integriert" wie Österreich. Da die Bilateralen Abkommen I und II erst ab 2002 wirksam wurden, dürfte sich der Zusammenhang nicht so sehr aus der handelspolitischen Integration ergeben (sie ist schwächer als in Österreich) als vielmehr aus der starken Integration in die europäischen Kapitalmärkte.

Wachstums- und Wohlfahrtseffekte von EU-Mitgliedschaft und Nicht-Mitgliedschaft

Die Schweiz zählt nach wie vor zu den reichsten Ländern der Welt. Im jüngsten World Development Report 2005 (UNDP, 2005) liegt die Schweiz, gemessen am Human Development Index⁹⁾ an 7. Stelle nach Norwegen, Island, Australien, Luxemburg, Kanada und Schweden. Österreich rangiert an 17. Stelle. Gemessen an einem neuen Maßstab für Vermögen bzw. Reichtum¹⁰⁾ nimmt die Schweiz mit 648.241 \$ pro Kopf der Bevölkerung (2000) den 1. Rang unter 120 Ländern ein (Worldbank, 2005). Österreich folgt mit 493.080 \$ an 7. Stelle nach der Schweiz, Dänemark, Schweden, den USA, Deutschland und Japan. Mit einem BIP pro Kopf von 29.560 KKS (2005) übertrifft die Schweiz den Durchschnitt der EU 15 um 18% (Abbildung 1). In Europa verzeichnen damit nur Luxemburg (+102%), Norwegen (+40%) und Irland (+26%) höhere Einkommen als die Schweiz, in Übersee nur die USA (+44%). Österreich ist mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 28.340 KKS (+12% gegenüber dem Durchschnitt der EU 15) das viertreichste Land der EU¹¹⁾.

Abbildung 17: Wohlfahrtsniveau in Österreich, der Schweiz und den USA

BIP pro Kopf, real in EKS\$ von 2002



Q: Penn World Tables (PWT6.1), Groningen Growth and Development Centre (GGDC). EKS\$. . . Kaufkraftparitäten, aggregiert nach der Methode von Elteto – Köves – Szulc.

Um zu klären, wie sich die unterschiedlichen Integrationsstrategien Österreichs und der Schweiz auf die Entwicklung des BIP pro Kopf als allgemeiner Wohlstandsindikator ausgewirkt haben, wird in der Folge über die Analyse der partiellen Integrationseffekte hinaus die langfristige Entwicklung des realen BIP pro Kopf seit 1950 auf "Integrationsbrüche" hin untersucht. Dazu wird einerseits auf das Datenmaterial des Projekts "Penn World Tables" (PWT 6.1) des Center for International Comparisons at the University of Pennsylvania (<http://pwt.econ.upenn.edu/>) zurückgegriffen und andererseits auf BIP-Daten des Groningen Growth and Development Centre (GGDC; Total Economy Database, August 2005, <http://www.ggdc.net>). Als Referenzland dienen die USA, deren Wirtschaftsentwicklung nicht direkt durch die europäische Integration beeinflusst wird.

Die Schweiz zählt demnach zwar nach wie vor zu den reichsten Ländern (Abbildung 17), hat aber den Vorsprung gegenüber den USA eingebüßt. Während das BIP pro Kopf in den USA Anfang der neunziger Jahre dank eines ungewöhnlich starken und lang anhaltenden Konjunkturaufschwungs rasch stieg, verlor es in der Schweiz merklich an Dynamik und blieb nahezu unverändert (siehe auch Rentsch et al., 2004). Dagegen hat der Wohlstandsindikator in Österreich (nach einem Aufholprozess in der Nachkriegszeit) seit den neunziger Jahren weiter steigende Tendenz.

⁹⁾ Der Human Development Index (HDI) soll die "menschliche Wohlfahrt" messen; er basiert auf den drei Unterindikatoren Einkommen, Bildung und Gesundheit (UNDP, 2005, S. 21).

¹⁰⁾ Das Vermögen ("Reichtum") besteht dabei aus den drei Komponenten natürliches Kapital (natürliche Ressourcen), durch Investitionen produzierter Kapitalstock und intangibler Kapitalstock (Bildung, Humankapital, Regierungsform). In der Schweiz wie in Österreich verteilt sich das Gesamtvermögen im Verhältnis 1% zu 15% zu 84%.

¹¹⁾ Das Bruttonationaleinkommen (BNE, vormals BNP) berücksichtigt im Gegensatz zum BIP auch die Rücktransfers von Einkommen multinationaler Unternehmen ins Inland; es ist für die Schweiz wegen des großen Volumens der "sechsten Schweiz" um durchschnittlich 5% höher als das BIP.

Das Einkommenswachstum der Schweiz brach im Untersuchungszeitraum zweimal ein: Anfang der siebziger Jahre im Gefolge der ersten Erdölpreiskrise und Anfang der neunziger Jahre – möglicherweise wegen des Verzichts auf eine weitere EU-Integration. Zum Test, ob die Brüche auch statistisch nachweisbar sind, werden für Österreich und die Schweiz einheitliche (Wachstums-)Gleichungen zur Ermittlung des BIP pro Kopf in absoluten Größen geschätzt. Dabei wird das BIP pro Kopf erklärt durch die Kapitalakkumulation, gemessen an der Investitionsquote und am Offenheitsgrad als Indikator der gesamtwirtschaftlichen Faktorproduktivität¹²⁾ und der verzögerten abhängigen Variablen (Übersicht 6):

Aufgrund des Chow-Tests war der Strukturbruch in der Entwicklung des BIP pro Kopf in den neunziger Jahren in Österreich nicht statistisch signifikant. Für die Schweiz weist der Chow-Test im Jahr 1991 einen Strukturbruch nach.

Übersicht 6: Wachstumsgleichungen für Österreich und die Schweiz

1950/2005

Österreich	$Y_t =$	$+ 0,23$ (2,36)	$+ 0,05 IQ_t$ (2,25)	$+ 0,10 OG_t$ (3,20)	$+ 0,92 Y_{t-1}$ (52,21)	$R^2 = 0,998$	$DW = 1,52$
Schweiz	$Y_t =$	$+ 0,07$ (0,55)	$+ 0,09 IQ_t$ (5,39)	$+ 0,17 OG_t$ (5,88)	$+ 0,89 Y_{t-1}$ (53,71)	$R^2 = 0,996$	$DW = 1,42$

Q: WIFO-Schätzungen mit Daten von Penn World Tables (PWT6.1) und Groningen Growth and Development Centre (GGDC). Y . . . BIP pro Kopf, real, in EKS\$ von 2002 (aggregiert nach der Methode von Elteto – Köves – Szulc), IQ . . . Investitionsquote (Investitionen in % des BIP), OG . . . Offenheitsgrad (Exporte plus Importe, in % des BIP); alle Variablen wurden in Logarithmen transformiert; kursive Zahlen in Klammern . . . t -Statistik.

Österreichs Wirtschaft hatte nach dem Zweiten Weltkrieg einen erheblichen Nachholbedarf. Sie wuchs im Zeitraum 1951/2005 um durchschnittlich 1½ Prozentpunkte rascher als die der Schweiz und um rund 1 Prozentpunkt rascher als die der USA (Übersicht 7). Im letzten Jahrzehnt betrug der Wachstumsvorsprung Österreichs gegenüber der Schweiz rund 1 Prozentpunkt. Die USA verzeichneten erst ab den achtziger Jahren eine überdurchschnittliche Expansion; seit Anfang der neunziger Jahre übertrifft das Einkommensniveau jenes der Schweiz (Abbildung 17).

Übersicht 7: Einkommensentwicklung

BIP pro Kopf, real, in EKS\$ von 2002

	Österreich	Schweiz	USA
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %		
1950/1960	+ 5,86	+ 3,28	+ 1,75
1960/1970	+ 4,12	+ 3,11	+ 2,89
1970/1980	+ 3,53	+ 1,10	+ 2,17
1980/1990	+ 2,09	+ 1,37	+ 2,27
1990/2005	+ 1,74	+ 0,37	+ 1,97
1983/1994	+ 1,94	+ 0,99	+ 2,31
1994/2005	+ 1,91	+ 0,86	+ 2,26
1950/2005	+ 3,31	+ 1,71	+ 2,19

Q: Penn World Tables (PWT6.1), Groningen Growth and Development Centre (GGDC, <http://www.ggdcc.net>). EKS\$. . . Kaufkraftparitäten, aggregiert nach der Methode von Elteto – Köves – Szulc.

Im Zusammenhang mit den oben abgeleiteten insgesamt positiven Auswirkungen des EU-Beitritts auf die Wirtschaft in Österreich und den per Saldo neutralen Wirkungen auf die Schweiz ergibt sich als Interpretation des Strukturbruchs in den neunziger Jahren die Schlussfolgerung, dass die verzögerte Annäherung der Schweiz an die EU

¹²⁾ Lewer – Van den Berg (2003) finden in einem umfangreichen Literaturüberblick über empirische Studien allgemein, dass eine Beschleunigung des Exportwachstums um 1 Prozentpunkt das BIP-Wachstum um 0,2 Prozentpunkte verstärkt. Nach Badinger (2005) hatte die schrittweise Integration der EWG zur EG und EU seit Ende der fünfziger Jahre zwar keinen anhaltenden Wachstumseffekt, erzeugte aber bei jedem neuen Integrationschritt eine Verschiebung des BIP-Niveaus nach oben. Ohne europäische Integration wäre das BIP pro Kopf in der EU demnach heute um ein Fünftel niedriger.

Effekte der EU-Erweiterung 2004

Wohlfahrtseinbußen brachte, während in Österreich die EU-Mitgliedschaft einen Bruch in der Einkommensentwicklung verhinderte.

Die EU nahm am 1. Mai 2004 in ihrem bisher größten Erweiterungsschritt 10 neue Mitgliedsländer auf, hauptsächlich in Ost-Mitteleuropa. Nach den vorliegenden Studien profitieren davon die neuen Mitgliedstaaten rund zehnmal so viel wie die bisherigen.

Die neuen Märkte entwickeln sich aufgrund eines großen Aufholpotentials dynamischer als jene der EU 15 und sind daher "emerging markets" in direkter Nachbarschaft. Zum einen sind sie ein wichtiges Exportziel, zum anderen benötigen sie eine Erneuerung des Kapitalstocks. Die niedrigen Lohnkosten und der hohe Nachholbedarf induzieren zunehmend Direktinvestitionen der multinationalen Unternehmen aus der EU 15. Von dieser neuen Entwicklung dürften am meisten jene Volkswirtschaften profitieren, die schon seit der Ostöffnung 1989 rege Handelsbeziehungen mit diesen Märkten unterhielten. Dazu zählen vor allem Österreich – der durch die EU-Erweiterung 2004 induzierte Anstieg des realen BIP bis 2010 wird auf rund 0,8 Prozentpunkte geschätzt (knapp $+\frac{1}{4}$ Prozentpunkt pro Jahr) –, Deutschland (Niveaueffekt +0,7 Prozentpunkte) und Italien (+0,6 Prozentpunkte). In der EU 15 dürfte das reale BIP bis 2010 kumuliert um rund 0,5 Prozentpunkte steigen; das entspricht einem jährlichen zusätzlichen BIP-Wachstum von rund 0,1 Prozentpunkt (Breuss, 2002A).

Wie aus Übersicht 4 und Abbildung 12 hervorgeht, sind die Handelsbeziehungen zwischen Österreich und den neuen Mitgliedstaaten sehr intensiv. In den letzten zehn Jahren exportierte Österreich im Durchschnitt 12,3% seiner Gesamtausfuhr in diese Länder, während die vergleichbare Exportquote der Schweiz nur 2,6% betrug. 9% der österreichischen Gesamtimporte stammen aus den neuen Mitgliedstaaten, die Schweiz bezieht nur 1,5% ihrer Einfuhr von dort.

Aufgrund des geringeren Engagements und der Tatsache, dass die Schweiz nicht Mitglied der erweiterten Union ist, dürften die wirtschaftlichen Auswirkungen der EU-Erweiterung 2004 für die Schweiz erheblich geringer sein als für Österreich. Die Niederlande etwa als EU-Land mit ähnlichem Export- bzw. Importanteil der neuen Mitgliedsländer wie in der Schweiz erhalten aus der Erweiterung einen Wachstumsimpuls von weniger als 0,1 Prozentpunkt.

Im Zuge der Erweiterung übernahmen die zehn neuen Mitgliedstaaten den *acquis communautaire* und damit auch das Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der EU sowie die Ergänzungen dazu (z. B. im Bereich Landwirtschaft und Freizügigkeit) in den Bilateralen I und auch II. Der Freihandelsraum zwischen EU und EFTA (EWR) wird somit auf die erweiterte Union ausgedehnt, allerdings mit der Einschränkung, dass die Schweiz nicht an der EU-Zollunion teilnimmt (und daher die Grenzkontrollen im Warenverkehr bestehen bleiben) und im Handel mit landwirtschaftlichen Gütern Sonderregelungen gelten (in den Teilabkommen der Bilateralen I und II; keine volle Integration in die GAP). Mit diesen privilegierten Beziehungen verbessern sich die Exportchancen der Schweiz auf den Wachstumsmärkten der neuen Mitgliedstaaten in Ost-Mitteleuropa. Zudem werden dort für Schweizer Unternehmen Direktinvestitionen attraktiver.

Schweizer Studien (z. B. Wäfler, 2005, S. 23) gehen in Anlehnung an Schätzungen der Europäischen Kommission (Prognose: BIP der EU 15 +0,5 bis +0,7 Prozentpunkte bis etwa 2010; European Commission, 2001) davon aus, dass das reale BIP der Schweiz in der Periode 2005 bis 2010 infolge der EU-Erweiterung insgesamt um 0,2 bis 0,5 Prozentpunkte gesteigert wird. Das würde einem jährlichen BIP-Zuwachs von 0,04 bis 0,10 Prozentpunkten entsprechen (ähnlich Calmy-Rey, 2004, S. 6). Diese Schätzungen bilden eher die Obergrenze der möglichen Wachstumseffekte, da ja die Schweiz über die Bilateralen I und II nur partiell in den europäischen Binnenmarkt integriert ist.

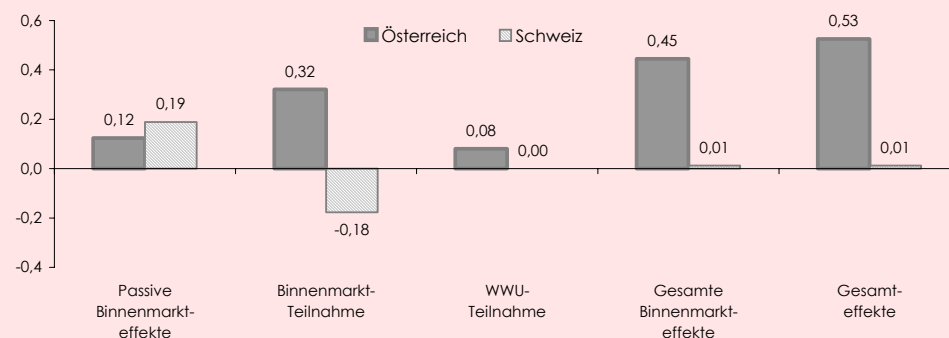
Eine Gesamtbewertung

Österreich vollzog konsequent alle Integrationsschritte vom Mitglied der Freihandelszone EFTA über die EWR-Teilnahme zum EU-Beitritt und zur Teilnahme an der Währungsunion, der höchsten Stufe der wirtschaftlichen Integration der EU. Die Schweiz ging nicht über die Stufe der EFTA-Mitgliedschaft hinaus, die Teilnahme am EWR wur-

de 1992 in einer Volksabstimmung abgelehnt. Über bilaterale Abkommen mit der EU, die teilweise hinter der Integrationsqualität des EWR zurückbleiben, teilweise etwas darüber hinausgehen (Schengen- bzw. Dublin-Abkommen, Zinsbesteuerungsabkommen), ist die Schweiz inzwischen ebenfalls bis zu einem bestimmten Grad in den europäischen Binnenmarkt integriert.

Eine Schätzung der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der unterschiedlichen Integrationsstrategien beider Länder führt zu dem Ergebnis, dass Österreich von der EU-Mitgliedschaft und WWU-Teilnahme wahrscheinlich profitiert hat, während die verzögerte und auch nur partielle Integration der Schweiz in den europäischen Binnenmarkt im besten Fall ökonomisch neutral war (Abbildung 18). In Österreich dürfte sich das Wirtschaftswachstum, gemessen am realen BIP, durch die volle Teilnahme am europäischen Binnenmarkt um rund $\frac{1}{3}$ Prozentpunkt pro Jahr beschleunigt haben. Die Mitnahmeeffekte (passive Integrationseffekte) aus der Schaffung des europäischen Binnenmarktes seit 1993 könnten zusätzlich rund +0,1 Prozentpunkt beigetragen haben. Insgesamt ergibt sich daraus ein jährlicher Wachstumseffekt von etwas mehr als 0,4 Prozentpunkten. Die WWU-Teilnahme verstärkte das BIP-Wachstum – nach vorläufigen Schätzungen – um rund 0,1 Prozentpunkt. Die volle Integration Österreichs in Binnenmarkt und Währungsunion der EU vermittelte somit einen Wachstumsimpuls von $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt pro Jahr. Aus der EU-Erweiterung 2004 dürfte mittelfristig ein weiterer Effekt von rund $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt resultieren.

Abbildung 18: Integrationseffekte in Österreich und der Schweiz, BIP, real, durchschnittliche jährliche Veränderung 1994/2005 in %



Q: Berechnungen mit dem WIFO-Integrationsmodell.

In der Schweiz dürften die positiven Mitnahmeeffekte aus der Entstehung des europäischen Binnenmarktes die negativen Wirkungen aus der Nichtteilnahme kompensiert haben. Zusammen mit den per Saldo neutralen Effekten aus der Nichtteilnahme an der WWU ergibt sich für die Schweiz auch insgesamt ein neutrales Ergebnis für den bisherigen bilateralen Kurs der Integrationspolitik.

Die Schweiz übertrifft Österreich zwar nach allen internationalen Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit und ist immer noch eines der reichsten Länder der Welt. Die Wirtschaft expandiert aber schon seit längerem langsamer als in Österreich. Das BIP wächst in der Schweiz viel schwächer als im Ausland. Daraus resultieren Rückflüsse an Einkommen der Schweizer multinationalen Unternehmen aus dem Ausland ("sechste Schweiz"), sodass das Bruttonationaleinkommen um rund 5% höher ist als das BIP. Das könnte auch erklären, warum trotz niedrigeren BIP-Wachstums und höherer Beschäftigungsquote als in Österreich die Arbeitslosenquote niedriger ist als in Österreich.

Der Wachstumsvorsprung Österreichs vor der Schweiz im Ausmaß von rund 1 Prozentpunkt pro Jahr im abgelaufenen Jahrzehnt lässt sich auf folgende Faktoren zurückführen:

- Der (allmählich schwindende) Aufholeffekt im Ausmaß von rund $\frac{1}{3}$ Prozentpunkt pro Jahr bewirkt eine deutliche Konvergenz des BIP pro Kopf beider Länder.

- Die Auswirkungen der Schaffung von Binnenmarkt und WWU (Beschleunigung des Produktivitätswachstums durch Intensivierung des Wettbewerbs, zügigere Reformen und Zunahme von Forschung und Entwicklung) betragen rund $\frac{1}{3}$ Prozentpunkt pro Jahr.
- Österreich profitierte in hohem Maße von der Ostöffnung (seit 1989); der Effekt kann ebenfalls auf rund $\frac{1}{3}$ Prozentpunkt pro Jahr geschätzt werden; in abgeschwächter Form hält dieser Wachstumsbonus für Österreich durch die EU-Erweiterung 2004 an.

Literaturhinweise

- Antille, G., Bacchetta, M., Carlevaro, F., Müller, T., Schmitt, N., "Switzerland and the European Economic Area: A General Equilibrium Assessment of Some Measures of Integration", Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 1993, 129(4), S. 643-672.
- Arfis, J. M., Krolzig, H.-M., Toro, J., "The European Business Cycle", Oxford Economic Papers, 2004, 56(1), S. 1-44.
- Badinger, H., "Do We Really Know That the EU's Single Market Programme Has Fostered Competition? Testing For a Decrease in Markup Ratios in EU Industries", Europainstitut an der Wirtschaftsuniversität Wien, Working Paper, 2004, (55).
- Badinger, H., "Growth Effects of Economic Integration: Evidence from the EU Member States", Weltwirtschaftliches Archiv, 2005, 141(1), S. 50-78.
- Badinger, H., Breuss, F., "What Has Determined the Rapid Post-War Growth of Intra-EU Trade?", Weltwirtschaftliches Archiv, 2004, 140(1), S. 31-51.
- Badinger, H., Breuss, F., "Has Austria's Accession to the EU Triggered an Increase in Competition? A Sectoral Markup Study", Empirica, 2005, 32(2), S. 145-180.
- Berger, H., Nitsch, V., Zooming Out: The Trade Effect of the Euro in Historical Perspective, Freie Universität Berlin, CESifo München, 2005 (mimeo).
- Böheim, M., "Wettbewerb und Wettbewerbspolitik auf dem österreichischen Strommarkt. Ein Überblick vier Jahre nach der Marktliberalisierung", WIFO-Monatsberichte, 2005, 78(9), S. 629-645, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25740.
- Borner, S., Wehrle, F., Die "Sechste Schweiz" – Überleben auf dem Weltmarkt, Verlag Orell-Füssli, Zürich, 1984.
- Brandner, P., Frisch, H., Grossmann, B., Hauth, E., "Eine Schuldenbremse für Österreich", Bundesministerium für Finanzen, Working Papers, 2005, (1).
- Breuss, F., "The Economic Consequences of a Large EMU – Results of Macroeconomic Model Simulations", European Integration Online Papers, 1997, 1(10).
- Breuss, F. (2002A), "Die wirtschaftspolitische Architektur der WWU", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(9), S. 581-607, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22726.
- Breuss, F. (2002B), "Benefits and Dangers of EU Enlargement", Empirica, 2002, 29(3), S. 245-274.
- Breuss, F., "Österreich, Finnland und Schweden in der EU. Wirtschaftliche Auswirkungen", WIFO-Monatsberichte, 2003, 76(7), S. 529-556, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24416.
- Breuss, F. (2005A), "Austria, Finland and Sweden after 10 Years in the EU: Expected and Achieved Integration Effects", Europainstitut, EI Working Papers, 2005, (65).
- Breuss, F. (2005B), "Die Zukunft der Lissabon-Strategie", WIFO Working Papers, 2005, (244), http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25436.
- Breuss, F. (2005C): "Konturen einer europäischen Wirtschaftspolitik", in Hödl, E. (Hrsg.), Europäische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, Metropolis Verlag, Marburg, 2005, S. 87-108.
- Breuss, F., Schebeck, F., "Österreich im EWR. Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen", WIFO-Monatsberichte, 1991, 64(5), S. 285-290.
- Bundesamt für Wirtschaft und Arbeit (Hrsg.), Integrationsbericht 1999, Wirtschaftliche Untersuchungen zum Integrationsbericht 1999, Materialband zum Integrationsbericht 1999, Beiträge aus der Bundesverwaltung und der Schweizerischen Nationalbank, Bern, 1999.
- Calmy-Rey, M., Ansprache anlässlich der Generalversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Außenpolitik, Bern, 2004.
- Catinat, M., Donni, E., Italianer, A., The Completion of the Internal Market: Results of Macroeconomic Model Simulations", European Commission, Economic Papers, 1988, (65).
- Egger, H., "Outsourcing und Offshoring – eine makroökonomische Betrachtung", Die Volkswirtschaft, 2005, 78(9), S. 4-8.
- Egger, H., Egger, P., "Outsourcing and Skill-Specific Employment in a Small Economy: Austria and the Fall of the Iron Curtain", Oxford Economic Papers, 2003, 55, S. 625-643.
- Egger, P., "Estimating Regional Trading Effects with Panel Data", Weltwirtschaftliches Archiv, 2004, 140(1), S. 151-166.
- Eidgenössisches Volkswirtschaftliches Departement, Die sektoriellen Abkommen Schweiz – EG: Erklärender Bericht für die Vernehmlassung, Bern, 1999.

- Emerson, M., et al., "Europas Zukunft – Binnenmarkt 1992: Eine Bewertung der möglichen wirtschaftlichen Auswirkungen der Vollendung des Binnenmarkts der Europäischen Gemeinschaft" ("Cecchini-Bericht"), Europäische Wirtschaft, 1988, (35).
- Engler, M., "Direktinvestitionen: Auf Kosten der Arbeitnehmenden?", Die Volkswirtschaft, 2005, 78(9), S. 9-12.
- Europäische Kommission, "Der Binnenmarkt – 10 Jahre ohne Grenzen", Sonderausgabe, 2002, (11).
- Europäische Kommission (2005A), Jahresbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung im Jahr 2003, KOM(2005 233 endgültig (und Anhang SEK(2005 725), Brüssel, 2005.
- Europäische Kommission (2005B), Gemeinsame Maßnahmen für Wachstum und Beschäftigung: Das Lissabon-Programm der Gemeinschaft, Mitteilungen der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, KOM(2005), 330 endgültig, Brüssel, 2005.
- Europäische Kommission (2005C), Vorschlag für einen Beschluss des Rates und der Kommission über den Abschluss des Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits im Namen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft, KOM(2005) 333 endgültig, Brüssel, 2005.
- Europäische Kommission (2005D), Aufteilung der EU-Ausgaben 2004 nach Mitgliedstaaten, Brüssel, 2005.
- European Commission, "The Economic Impact of Enlargement", Directorate General for Economic and Financial Affairs, Enlargement Papers, 2001, (4).
- European Commission, Second Implementation Report of the Internal Market Strategy, 2003-2006, Communication from the Commission to the Council, the European Parliament, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions, COM(2005) final, Brüssel, 2005.
- Falk, M., Wolfmayr, Y., The Impact of International Outsourcing on Employment: Empirical Evidence from EU Countries, 2. Euroframe-Konferenz, Wien, 2005.
- Faruquee, H., "Measuring the Trade Effects of EMU", IMF Working Paper, 2004, (WP/04/154).
- Frankel, J., Rose, A. K., "The Endogeneity of the Optimum Currency Area Criteria", The Economic Journal, 1998, 108(449), S. 1009-1025.
- Grether, J.-M., Müller, T., "Decomposing the Economic Costs and Benefits of Accession to the EU: The Swiss Case", Cahier de recherche en économie politique, 2000, (CR-E-99-03).
- Haniotis, T., "Kosten und Nutzen der Staatsverschuldung: Grundlagenpapier zur Schuldenbremse", Eidgenössische Finanzverwaltung, 1999, (ÖT/1999/3b).
- Hauser, H., "Die Ablehnung des EWR-Vertrages als Chance nutzen", Aussenwirtschaft, 1993, 48(I), S. 7-36.
- Hauser, H., Bradke, S., EWR-Vertrag, EG-Beitritt, Alleingang – Wirtschaftliche Konsequenzen für die Schweiz, Ruediger, Zürich, 1992.
- Hauser, H., Zimmermann, Th., "Zum wirtschaftlichen und integrationspolitischen Stellenwert der bilateralen Verträge", Aussenwirtschaft, 1999, 54(IV), S. 463-479.
- Hufbauer, G. C., Baldwin, R., The Shape of a Free Trade Agreement between Switzerland and the USA (Draft), Institute for International Economics, Washington, D.C., 2005.
- Integrationsbüro EDA/EVD (2005A), Bilaterale Abkommen I: Schweiz – Europäische Union von 1999, Fact sheets zu den sieben bilateralen Abkommen von 1999 und den Begleitmaßnahmen, Bern, Ausgabe 2005.
- Integrationsbüro EDA/EVD (2005B), Bilaterale Abkommen II: Schweiz – Europäische Union, Fact sheets, Bern, 2005 (www.europa.admin.ch).
- Kok, W., Die Herausforderung annehmen: Die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung, Bericht der Hochrangigen Sachverständigengruppe unter Vorsitz von Wim Kok, Brüssel, 2004.
- Lewer, J. L., Van den Berg, H., "How Large is International Trade's Effect on Economic Growth", Journal of Economic Surveys, 2003, 17(3), S. 363-396.
- Micco, A., Stein, E., Ordonez, G. "The Currency Union Effect on Trade: Early Evidence From EMU", Economic Policy, 2003, 18(37), S. 315-256.
- Minsch, R., Moser, P., "Die Zollunion – eine prüfenswerte Option: Für die Schweiz wären die Konsequenzen vielschichtig", Neue Zürcher Zeitung, 18. Mai 2004, S. 19.
- Müller, A., von Neuwkoop, R., "Expertenbericht zum Integrationsbericht 1999: Die längerfristigen wirtschaftlichen Vorteile eines EU-Beitritts", Die Volkswirtschaft – Magazin für WirtschaftsPolitik, 2000, 9, S. 2-7.
- Mundell, R. A., "A Theory of Optimum Currency Area", The American Economic Review, 1961, 51, S. 657-665.
- OECD, Product and Labour Markets Interactions in OECD Countries, ECO/CPE/WPI(2001) 16, Economics Department, Working Party No. 1 on Macroeconomic and Structural Policy Analysis, Paris, 2001.
- OECD, Science, Technology and Industry Scoreboard, Paris, 2003.
- OECD (2005A), Agricultural Policies in OECD Countries: Monitoring and Evaluation 2005, Paris, 2005.
- OECD (2005B), Employment Outlook 2005, Paris, 2005.
- Rentsch, H., Flückiger, St., Held, Th., Heiniger, Y., Straubhaar, Th., Ökonomik der Reform: Wege zu mehr Wachstum in der Schweiz, Orell Füssli Verlag AG, Zürich, 2004.
- Roeger, W., Sektat, K., Macroeconomic Effects of the Single Market Program after 10 Years, Hintergrundpapier der Europäischen Kommission, Brüssel, 2002, II-A-1/W D(2002).

- Tea Muy-Hour, A., Das neue Verhältnis der Schweiz zur EU: Die sieben bilateralen Verträge, Dissertation an der Wirtschaftsuniversität Wien, 2001.
- United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2005: International Cooperations at a Crossroads: Aid, Trade and Security in an Unequal World, New York, 2005.
- Wäfler, H.-P., "Wirtschaftliche Auswirkungen auf die Schweiz", in: Schweiz Plus 10: EU-Erweiterung – Chancen und Herausforderungen für die Schweiz, CH-Europabrevier, Bern, 2005, S. 20-25 (http://www.europabrevier.ch/02_Europabrevier.pdf).
- Wagschal, U., Ganser, D., Rentsch, H., Der Alleingang – Die Schweiz zehn Jahre nach dem EWR-Nein, Orell Füssli, Zürich, 2002.
- Worldbank, Where is the Wealth of Nations? Measuring Capital for the XXI Century, The World Bank, Washington, D.C., 2005.
- Zimmermann, Th., Die Schweiz und Europa sechs Jahre nach dem EWR-Nein: Sechs Thesen zur zukünftigen Stellung der Schweiz im europäischen Integrationsprozess, Referat in der Handelskammer, Basel, 1999.

Austria and Switzerland – Experience With and Without EU Membership – Summary

Austria and Switzerland have chosen to follow entirely different paths towards European integration: Austria, joining the EU in 1995, became a member of the Economic and Monetary Union in 1999. Switzerland, on the other hand, rejected the EEA treaty in 1992 and opted for a strategy of bilateral approach to the EU, with the result that today it is linked to the EU in key areas of economic integration. Austria, utilising its position of full economic integration, is able to exploit the potential integration effects of the single market and euro zone, but, being a full-fledged EU and euro member, is subject to the economic policy constraints connected with such membership. Moreover, rich EU countries tend to be net contributors to the EU budget. Altogether, after ten years of EU membership, Austria comes out on the positive side: its GDP appears to have grown by up to ½ percentage point p.a. more rapidly on average than might have been the case without EU integration. Switzerland, through its tardy and partial participation in the EU's internal market, gained only a few advantages from this type of approach to the EU. Nevertheless, its bilateral strategy allows it to pick out, through sectoral treaties, only those integration aspects that are in its national interest. In this way, Switzerland evades the disadvantage of being a net contributor to the EU budget and is able to continue pursuing its own economic policy. Still, on balance Switzerland appears to have suffered from welfare losses over the last decade.

Thomas Url

2004 Ergebnis aller Privatversicherungszweige stark verbessert

Die österreichische Versicherungswirtschaft entwickelte sich 2004 im internationalen Vergleich günstig. Während die Prämieinnahmen in der Lebens- und der Nichtlebensversicherung 2004 weltweit real um 2,3% zunahmen, wurden sie in Österreich im Nicht-Lebensbereich um 3,1% und in der Lebensversicherung um 5,9% gesteigert. Gemäß den Ergebnissen einer WIFO-Umfrage dürfte die positive Tendenz 2005 anhalten. Längerfristig könnten die Umstellung auf Rententafeln mit steigender Lebenserwartung und die ab 2006 gültige Senkung der höchstzulässigen garantierten Gewinnbeteiligung das Wachstum der Lebensversicherung dämpfen.

Begutachtung: Josef Baumgartner • Wissenschaftliche Assistenz: Ursula Glauninger • E-Mail-Adressen: Thomas.Url@wifo.ac.at, Ursula.Glauninger@wifo.ac.at

Nach der verhaltenen Entwicklung des Jahres 2003 hat sich in der Versicherungswirtschaft 2004 die Zuwachsrate der nominellen abgegrenzten Bruttoprämieinnahmen im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt (von +2,9% auf +6,8%). Der Aufschwung wurde sowohl durch die Lebens- als auch durch die Schaden-Unfallversicherung getragen und mündete in einer weiteren Steigerung der Versicherungsdurchdringung. Diese erreichte 2004 ihren bisher höchsten Wert (Übersicht 1). Die Verteilung der Prämieinnahmen auf die drei Versicherungsabteilungen verlagerte sich nach einer Unterbrechung von zwei Jahren wieder zugunsten der Lebensversicherung.

Für das Jahr 2005 erwartet der Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs eine Verflachung der Entwicklung. Der vom Verband prognostizierte Zuwachs der Gesamtprämieinnahmen um 5,7% ist überwiegend auf die günstige Entwicklung der Lebensversicherung zurückzuführen. Vor dem Hintergrund der aktuellen WIFO-Konjunkturprognose (2005 nominelles Bruttoinlandsprodukt +3,5%) sollte die Versicherungsdurchdringung auch heuer steigen. Besonders hohe Zuwächse werden in der Lebensversicherung erwartet (+7,8%) – vor allem bedingt durch einen dynamischen Aufschwung der Einmalerläge. Die Schaden-Unfallversicherung wird weiterhin von Preissteigerungen profitieren und die Prämieinnahmen um 4,2% steigern. In der Krankenversicherung dürfte sich die Entwicklung der letzten Jahre mit niedrigen, aber stabilen Wachstumsraten fortsetzen (2005 +3,3%). Eine Umfrage des WIFO unter Versicherungsunternehmen bestätigte Ende August diese optimistische Einschätzung.

Weltweit nahm das Prämienvolumen 2004 sowohl in der Lebensversicherung als auch in der Nicht-Lebensversicherung real um 2,3% zu (Swiss Re, 2005). In Österreich wurden die Prämieinnahmen im Nicht-Lebensbereich real um 3,1% und in der Lebensversicherung um 5,9% gesteigert. Der leichten Beschleunigung des Wachstums im Bereich "Leben" stand eine Abschwächung in der Nicht-Lebensversicherung gegenüber. Nach wie vor stechen die "emerging markets" durch die wesentlich stärkere Dynamik hervor (real +7,5%). Die für österreichische Versicherer besonders interessante Region Ost-Mitteuropa zeigte 2004 ein gespaltenes Bild: Während die Prämieinnahmen in der Lebensversicherung – wegen einer Änderung der steuerlichen Rahmenbedingungen in Russland – um 11,2% abnahmen, stiegen sie in der Nicht-Lebensversicherung um 13,5%.

Für das Jahr 2005 erwartet der Versicherungsverband einen Zuwachs der Prämieinnahmen um insgesamt 5,7%. Vor allem in der Lebensversicherung wird ein optimistisches Bild gezeichnet. 2005 dürften auch die Einmalerläge wieder einen positiven Wachstumsbeitrag stellen.

Weltweit wuchsen die Prämieinnahmen in der Lebens- und in der Nichtlebensversicherung 2004 real um 2,3%. In Ost-Mitteuropa wurde ihre Entwicklung durch Sondereffekte der Steuerreform in Russland gedämpft.

Übersicht 1: Abgegrenzte Bruttoprämien

	Alle Sparten Mio. €	Lebens- versicherung In % des gesamten Prämienvolumens	Kranken- versicherung	Schaden- und Unfallversicherung	Versicherungs- durchdringung ¹⁾ In % des BIP
2000	13.254	40,7	8,8	50,6	5,52
2001	13.975	41,4	8,7	49,9	5,73
2002	14.413	38,8	8,7	52,4	5,60
2003	14.826	38,2	8,8	53,0	5,72
2004	15.831	38,6	8,6	52,8	5,86

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich, Statistik Austria. – ¹⁾ Berechnung auf Basis verrechneter direkter, inländischer Prämien.

Wertschöpfungsanteil der Versicherungswirtschaft deutlich unter Durchdringung

Der Bruttoproduktionswert der Versicherungswirtschaft berücksichtigt die Leistungen der Versicherungswirtschaft zur Verwaltung der Versicherungsgemeinschaft. Durch Abzug der zugekauften Vorleistungen gelangt man zum Nettoproduktionswert. Der Anteil der Versicherungswirtschaft an der österreichischen Nettowertschöpfung betrug 2004 1,6%.

Seit Anfang 2004 gelten für europäische Versicherer erhöhte Solvabilitätsanforderungen ("Solvabilität I").

Zusätzlich zur Anhebung der Solvabilitätsanforderungen geben zwei EU-Richtlinien aus dem Jahr 2002 der Finanzmarktaufsicht Österreich stärkere Eingriffsrechte in die Geschäftsleitung.

Die Wertschöpfung der Versicherungswirtschaft wird am Nettoproduktionswert gemessen. Da der Wirtschaftsbereich Finanzdienstleistungen erbringt, besteht ein Großteil der Zahlungsflüsse aus Transaktionen zwischen den Versicherten, nämlich von der Gesamtheit aller Prämienzahler zu den geschädigten Versicherungsnehmern. Reine Finanztransaktionen bleiben in der Berechnung der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung unberücksichtigt.

Grob vereinfachend werden zur Berechnung der Wertschöpfung in der Versicherungswirtschaft die Prämieinnahmen, die Finanzerträge und die "Verminderung der versicherungstechnischen Rückstellungen" zusammengezählt. Von dieser Summe werden die ausgezahlten Leistungen und die "Steigerung der versicherungstechnischen Rückstellungen" abgezogen. Der Differenzbetrag sollte etwa dem Bruttoproduktionswert dieses Wirtschaftsbereichs entsprechen¹⁾, d. h. der Leistung der Versicherungswirtschaft zur Verwaltung des Versicherungskollektivs. Nach Abzug der Vorleistungen, die die Versicherungswirtschaft von anderen Sektoren zukauff, gelangt man zum Nettoproduktionswert des Wirtschaftsbereichs. Diese Größe ist mit dem Bruttoinlandsprodukt gut vergleichbar: Die Summe der Nettoproduktionswerte aller Wirtschaftsbereiche unterscheidet sich vom Bruttoinlandsprodukt nur durch die Gütersubventionen und Gütersteuern. Der Anteil der Versicherungswirtschaft an der gesamten Nettowertschöpfung beträgt rund 1,6% (2004). Die Quote des Nettoproduktionswertes der Versicherungswirtschaft am Bruttoinlandsprodukt weicht mit 1,4% davon nur unwesentlich ab.

Unter dem Stichwort "Solvabilität I" gelten seit Anfang 2004 EU-weit strengere und einheitliche Mindestanforderungen für die Berechnung der Solvabilitätsspanne von Lebens- und Schadenversicherungsunternehmen, die grenzüberschreitend auf dem Binnenmarkt tätig sind. Die Solvabilitätsspanne ist das Zusatzkapital, über das Versicherungsunternehmen für unvorhergesehene Schadenereignisse mit hoher Schadensumme bzw. für unerwartet schlechte Veranlagungsergebnisse verfügen müssen; sie ist als Prozentsatz definiert.

Die neuen Regelungen sind Bestandteil des Aktionsplanes für Finanzdienstleistungen zur Schaffung eines einheitlichen integrierten Finanzmarktes in der EU. Der Mindestbetrag des geforderten Kapitals (Mindestgarantiefonds) wurde wesentlich erhöht (3 Mio. €); künftig ist er mit der Inflationsrate indiziert. Die Schwellenwerte für die höhere Solvabilitätsspanne nach dem Beitragsindex wurde von 10 Mio. € auf 50 Mio. € angehoben, jene nach dem Schadenindex von 7 Mio. € auf 35 Mio. €. Für besonders schwankungsintensive Versicherungszweige (Luft- und Seefahrt, allgemeine Haftpflichtversicherung) wurde die Solvabilitätsspanne um 50% hinaufgesetzt. Gleichzeitig wurde die Befugnis der Aufsichtsbehörden zum frühzeitigen Eingreifen in die Geschäftsführung von Versicherungsunternehmen ausgeweitet (Richtlinien 2002/13/EG und 2002/83/EG).

¹⁾ Die wichtigsten zusätzlichen Korrekturfaktoren sind in die Leistungen einbezogene Schadenbearbeitungskosten (Begutachtung usw.) und die Rückversicherungsströme.

In den nächsten Jahren erarbeitet die Europäische Kommission zusammen mit dem Committee of European Insurance and Occupational Pension Supervisors (CEIOPS) die Grundlagen für den Ersatz der einheitlichen und starren Solvabilitätsspannen durch ein stärker am individuellen Risikoprofil der beaufsichtigten Versicherungsunternehmen ausgerichtetes Solvenzkapital ("Solvabilität II"). Gleichzeitig sollen in Zukunft das Risikomanagement und die interne Kontrolle von Versicherern stärker in die Unternehmensführung eingebunden werden.

Ähnlich wie Kreditinstitute ("Basel II") sollen in Zukunft auch Versicherer durch internes Risikomanagement niedrigere Solvabilitätsspannen erreichen können ("Solvabilität II").

Mit dem 1. Jänner 2005 begann für börsennotierte Versicherungsunternehmen in der EU die Phase I der Umstellung auf internationale Bilanzierungsregeln entsprechend den International Financial Reporting Standards (IFRS). Die neuen Regeln gelten auch für Versicherer, die börsennotierte Schuldverschreibungen emittieren. Für Unternehmen, die auch außerhalb der EU notieren, gelten bis 2007 Übergangsregeln. In der Phase I ist für die Rechnungslegung eine Trennung zwischen Versicherungsverträgen und Finanzinstrumenten vorgeschrieben. Versicherungsverträge unterscheiden sich dabei von Finanzinstrumenten durch einen signifikanten Risikotransfer vom Versicherungsnehmer auf den Versicherer. Weiters wurden die Offenlegungspflichten ausgeweitet, damit sich alle Anspruchsgruppen (z. B. Versicherungsnehmer, Makler, Investoren, Ratingagenturen usw.) besser über die Lage des Unternehmens informieren können. Vermögensgegenstände auf der Aktivseite der Bilanz müssen zum Fair Value bewertet werden. Diese Bewertung orientiert sich an Marktwerten und weicht somit deutlich vom bisherigen strengen Niederstwertprinzip des Handelsgesetzbuches ab. Auf der Passivseite müssen die Schwankungsrückstellung und die Rückstellung für Großrisiken in das Eigenkapital übergeführt werden. Mit dem derzeit noch nicht festgelegten Beginn der Phase II wird das Prinzip der Fair-Value-Bewertung auch auf die Versicherungsverbindlichkeiten ausgedehnt werden (Swiss Re, 2004).

Ab 2005 neue Rechnungslegungsregeln für börsennotierte Versicherungsunternehmen

Die in Übersicht 2 wiedergegebene Hochrechnung der stillen Reserven in den Bilanzen der österreichischen Versicherungsunternehmen für das Jahr 2004 beruht auf einer Auswertung der Geschäftsberichte von Versicherungsunternehmen. Stille Reserven mussten schon bisher im Anhang zur Bilanz ausgewiesen werden. Sie entsprechen dem Unterschied zwischen dem zum Fair Value bewerteten Anlagevermögen (Zeitwert) und dem entsprechend dem Handelsgesetzbuch angesetzten Bilanzwert. Die Bewertung zum Fair Value wurde für das Geschäftsjahr 2004 bereits von zwei Konzernen in Österreich durchgeführt. Die stillen Reserven umfassen insgesamt 12,8% der Bilanzsumme und sind auf Beteiligungen und den Immobilienbesitz konzentriert.

Die stillen Reserven in den Bilanzen österreichischer Versicherungsunternehmen umfassten 2004 insgesamt 12,8% der Bilanzsumme und sind auf Beteiligungen und den Immobilienbesitz konzentriert.

Übersicht 2: Stille Reserven in der österreichischen Versicherungswirtschaft 2004

	Bebaute und unbebaute Grundstücke	Beteiligungen	Andere Kapitalanlagen	Insgesamt ¹⁾
	Mio. €			
<i>Stichprobe von 35 Unternehmen</i>				
Bilanzwert	3.302	6.941	46.490	56.733
Stille Reserven	1.631	3.754	1.894	7.279
In % des Bilanzwertes	49,4	54,1	4,1	12,8
<i>Gesamte Versicherungswirtschaft</i>				
Bilanzwert	3.363	7.130	47.200	57.693
Geschätzte Stille Reserven	1.662	3.856	1.923	7.402

Q: Verschiedene Geschäftsberichte; Repräsentationsgrad: 98%. – ¹⁾ Versicherungswirtschaftliche Kapitalanlagen ohne Depotforderungen.

Die Preise von Versicherungsprodukten stiegen 2004 um etwa 0,8 Prozentpunkte stärker als der gesamte Verbraucherpreisindex (Übersicht 3). Die Verteuerung von Bündelversicherungen für Eigenheim und von Kfz-Teilkaskoversicherungen beschleunigte sich, während sich die Preisdynamik aller anderen im Index erfassten Versicherungsprodukte abschwächte.

Versicherungsprodukte auch 2004 überdurchschnittlich verteuert

Obwohl sich die Ertragslage 2004 verbessert hatte, wurden die Preise von Versicherungsprodukten bis Mitte 2005 weiter angehoben.

Seit 2002 sind die Preissteigerungsraten der Versicherungsprodukte in der Schadenversicherung, insbesondere in der Kfz-Versicherung, merklich höher als zuvor. Dies korrigiert den durch starken Wettbewerbsdruck entstandenen Prämienverfall in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, durch den sich das versicherungstechnische Ergebnis der Schadenversicherer beträchtlich verschlechterte. Im Jahr 2004 wurde der Abgang im versicherungstechnischen Ergebnis um 60 Mio. € auf insgesamt -243 Mio. € gesenkt. Weil die Nettofinanzerträge zunahmen, wurde das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit nahezu verdoppelt (+306 Mio. €).

Übersicht 3: Privatversicherungsformen im Warenkorb des Verbraucherpreisindex

1996 und 2000

	Gewicht im Warenkorb		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
	Bis 2000	Ab 2001 In %	2000	2001	2002	2003	2004	2005 ¹⁾
Tarifprämien für								
Hausratsversicherung	0,653	0,650	+ 4,5	- 4,2	+ 2,5	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,6
Bündelversicherung für Eigenheim	0,452	0,337	- 2,8	+ 2,7	+ 2,2	+ 3,0	+ 4,7	+ 5,5
Krankenzusatzversicherung	1,397	1,294	+ 2,9	+ 4,4	+ 3,3	+ 3,9	+ 2,9	+ 3,4
Kfz-Haftpflichtversicherung (Pkw)	1,091	1,150	+ 3,6	+ 2,3	+ 4,1	+ 5,2	+ 2,9	+ 5,8
Kfz-Rechtsschutzversicherung	0,124	0,133	+ 2,9	+ 2,0	+ 3,3	+ 1,6	± 0,0	+ 2,1
Kfz-Teilkaskoversicherung	0,473	0,352	+ 4,7	+ 7,5	+ 4,8	+ 2,4	+ 5,5	+ 0,3
Privatversicherungsformen insgesamt	4,190	3,914	+ 2,9	+ 2,4	+ 3,5	+ 3,6	+ 2,9	+ 3,8
Verbraucherpreisindex insgesamt			+ 2,4	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,6
Beitrag der Privatversicherungsformen								
Prozentpunkte			+ 0,12	+ 0,09	+ 0,14	+ 0,14	+ 0,12	+ 0,15

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Jänner bis Juli.

Trotz der verbesserten Ertragslage wurden die Preise der Versicherungsprodukte bis Mitte 2005 weiter angehoben, sodass sich die Inflation in diesem Bereich neuerlich beschleunigte. Eine Ursache dieser Entwicklung – allerdings wegen der geringen Bedeutung dieser Sparte mit wenig Gewicht – ist die außerordentlich hohe Schadenquote der Einbruchdiebstahlversicherungen (sie nahm im Vorjahresvergleich um fast ein Viertel zu).

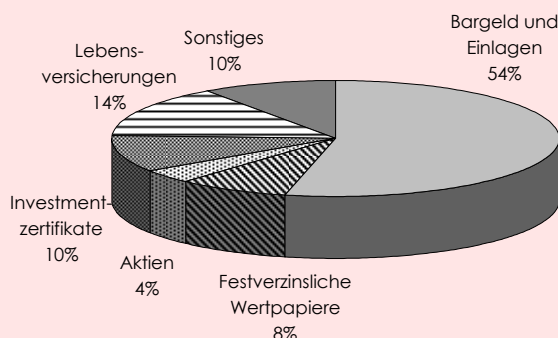
2004 wieder hohe Prämiensteigerungen in der Lebensversicherung

Das nominelle verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nahm 2004 um 3,5% zu, wobei die Sparquote von 7,8% auf 8,4% stieg. In Verbindung mit der günstigen Kursentwicklung auf den Anleihe- und Aktienmärkten erhöhte sich das Geldvermögen der österreichischen Privathaushalte 2004 um 6,7%. Nach wie vor halten Privathaushalte den Großteil ihrer Geldanlagen in Form von Bargeld und Einlagen (Abbildung 1). Der Anteil beider Anlageformen ist jedoch rückläufig, der bedeutende Aufbau an Liquidität der letzten Jahre ging also offenbar zu Ende. Das Interesse an Anteilsrechten einschließlich der Investmentzertifikate profitierte von den starken Kurssteigerungen an den Aktienbörsen. Ausländische Rentenwerte waren die bevorzugte Form der Neuveranlagung in Investmentfonds. In diesem günstigen Umfeld weiteten die privaten Haushalte ihre Forderungen aus Lebensversicherungen auf 14,3% des Geldvermögens aus.

Die "Pensionsharmonisierungsreform" bringt nahezu alle Berufsgruppen in ein einheitliches Pensionsgesetz. Leistungskürzungen werden für Erwerbstätige mit schwankendem Einkommen bzw. Lücken in der Erwerbstätigkeit auftreten.

Wie schon 2003 wurde der Bereich der öffentlichen Altersvorsorge 2004 nachhaltig geändert (Pensionsharmonisierungsgesetz, BGBl. I Nr. 142/2004). Die Erwerbstätigen werden künftig in ein einheitliches Pensionsgesetz für alle Berufsgruppen (mit Ausnahme der Gemeinde- und Landesbeamten) einbezogen. Der zentrale Reformansatz besteht in einer schrittweisen Ausweitung des Durchrechnungszeitraums für die Bemessungsgrundlage auf 40 Jahre, sodass für die Berechnung der Pensionshöhe das letzte Aktiveinkommen eine immer geringere Bedeutung hat. Mit dem langsamen Auslaufen der Deckelung für daraus folgende Leistungskürzungen von Neupensionen steigt für Personen mit unregelmäßigem Beschäftigungs- bzw. Einkommensverlauf im Erwerbsleben der Unterschied zwischen dem letzten Aktiveinkommen und der Erstpension.

Abbildung 1: Verteilung des Geldvermögens der privaten Haushalte 2004



Q: OeNB. Privates Geldvermögen insgesamt: 329,7 Mrd. €.

In diesem Umfeld reagierten die privaten Haushalte mit einer überdurchschnittlichen Ausweitung der Prämienzahlungen in Lebensversicherungen (Übersicht 4). Dabei entwickelten sich Einmalerräge und Lebensversicherungen mit laufenden Prämien unterschiedlich: Während die Einmalerräge auf niedrigem Niveau um nur 3,7% gesteigert wurden, nahmen die Prämieinnahmen für Versicherungen mit laufender Prämienzahlung um 9,7% zu. Dieses Muster galt für fondsgebundene und nicht fondsgebundene Lebensversicherungen gleichermaßen.

Die Einzahlungen in Lebensversicherungen mit laufender Prämienzahlung entwickelten sich 2004 besonders dynamisch.

Übersicht 4: Lebensversicherung

	Bruttoprämien Abgegrenzt	Nettoprämien ¹⁾	Selbstbehalt- quote	Überschuss aus der Finanz- gebarung	Aufwendungen für Versiche- rungsfälle	Erhöhung der versicherungs- technischen Rückstellungen
	Mio. €	Mio. €	In %		Mio. €	
2000	5.388	5.114	94,9	2.197	3.201	3.093
2001	5.785	5.495	95,0	1.988	3.915	2.555
2002	5.595	5.296	94,7	1.371	3.678	1.984
2003	5.659	5.346	94,5	2.019	4.379	2.132
2004	6.111	5.800	94,9	2.258	3.291	3.786
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
2000	+ 12,4	+ 12,7	+ 0,3	+ 7,6	+ 7,3	+ 9,8
2001	+ 7,4	+ 7,4	+ 0,1	- 9,5	+ 22,3	- 17,4
2002	- 3,3	- 3,6	- 0,3	- 31,0	- 6,0	- 22,4
2003	+ 1,1	+ 0,9	- 0,2	+ 47,3	+ 19,0	+ 7,5
2004	+ 8,0	+ 8,5	+ 0,5	+ 11,8	- 24,8	+ 77,6

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich. – ¹⁾ Geschätzt.

Im Rahmen der prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge wurden Ende 2004 insgesamt 460.000 Verträge verwaltet. Davon waren etwa 92% von der Versicherungswirtschaft gezeichnet und 8% in Form von Investmentfonds-Produkten von Kapitalanlagegesellschaften abgeschlossen worden. Das damit verbundene Prämienvolumen machte insgesamt 367 Mio. € aus; 300 Mio. € entfielen auf Lebensversicherungen.

Versicherungsunternehmen dominieren den Markt für die prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge: Von den 367 Mio. € an Prämieinnahmen entfielen 300 Mio. € auf Versicherer.

Die Mindestlaufzeit der Verträge beträgt für dieses Vorsorgeinstrument 10 Jahre. Etwa ein Drittel der Vorsorgenden wählt eine Vertragslaufzeit von mindestens 30 Jahren, zwei Drittel schließen Verträge mit einer Laufzeit von mindestens 20 Jahren ab. Die durchschnittliche Jahresprämie der abgeschlossenen Verträge sinkt mit zunehmender Laufzeit. In Verträgen mit einer Laufzeit bis zu 20 Jahren lag sie 2004 bei 1.100 €, bei sehr langer Vertragsdauer betrug sie 500 €. Damit wurde auch 2004 der Höchststrahmen für die Prämienförderung (1.901 €) nicht vollständig ausgenutzt. Aufgrund der niedrigen Sekundärmarktzinsen wird der variable Teil der staatlichen Prämie für das Jahr 2006 auf voraussichtlich 3% gesenkt werden, sodass die Förderung insgesamt 8,5% betragen wird. Die Obergrenze für die Förderung wird 2006 auf etwa 2.050 € angehoben, die höchstmögliche staatliche Prämie wird damit 2006 etwa 174 € ausmachen.

Die Echoeffekte durch das Abreifen alter Lebensversicherungsverträge klangen 2004 aus. Hohe Erträge aus Kapitalveranlagungen erleichterten die kräftige Dotierung von Rückstellungen.

Die neuen Rententafeln berücksichtigen die erhöhte Lebenserwartung. In der Folge verteuern sich Neuabschlüsse von Rentenversicherungen, höhere Rückstellungen für Altbestände sind erforderlich. Der Höchstsatz für die garantierte Gewinnbeteiligung sinkt 2006 auf 2,25%.

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle nahmen 2004 erwartungsgemäß stark ab und lagen nur knapp über dem Niveau des Jahres 2000 (Übersicht 3). Die Einmaleffekte aus der Verlängerung der steuerlich anerkannten Mindestbindungsfrist von Einmalertagen verebbten. Überaus dynamisch entwickelten sich 2004 die versicherungstechnischen Rückstellungen für Lebensversicherungen; sie umfassen die Verpflichtungen aus künftigen Leistungen an die Versicherten. Nachdem 2003 abreifende Altverträge, geringes Prämienwachstum und die Verschlechterung der steuerlichen Behandlung der Rückstellungsbildung eine mäßige Ausweitung der Rückstellungen bewirkt hatten, nützten die Versicherer die rege Nachfrage nach Lebensversicherungsprodukten und ihre hohen Erträge aus der Finanzveranlagung für eine kräftige Erhöhung der Rückstellungen. Die günstige Geschäftslage ermöglichte eine Steigerung des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) auf 325,5 Mio. €. Dadurch nahm die Eigenkapitalrendite (EGT in Bezug zum Eigenkapital) auf 22,3% zu (2003 13,3%).

In den nächsten Jahren dürften zwei Faktoren die Ausweitung der Prämieinnahmen dämpfen: Erstens senkte die Finanzmarktaufsicht den gesetzlichen Höchstzinsatz für die garantierte Gewinnbeteiligung von 2,75% auf 2,25% (gültig ab 1. Jänner 2006). Zweitens müssen die neuen, von der Aktuarsvereinigung erstellten Rententafeln (AVÖ 2005 R) in die Kalkulationsgrundlagen für Rentenversicherungen eingearbeitet werden. Sie unterscheiden sich von den alten Rententafeln (AVÖ 1996 R) durch die Annahme einer weiter steigenden Lebenserwartung. In der Folge verteuern sich die Rentenzusagen für neue Rentenversicherungen und der Rückstellungsbedarf für bestehende Versicherungsverträge steigt (Wegenkittl, 2005).

Krankenversicherung: sinkender Trend der Versichertenzahl gebrochen

Die Abnahme der Schadenquote spiegelt die verhaltenere Entwicklung der Leistungen in der Krankenversicherung wider. Bei steigender Zahl der Schaden- und Leistungsfälle sinkt die durchschnittliche Schadensumme.

In der Krankenversicherung wurde 2004 erstmals seit 1991 ein Anstieg der Versichertenzahl verzeichnet: Die Zahl der versicherten Risiken in der Einzelversicherung nahm um 1,3% zu. Wegen der geringeren Bedeutung der Gruppenversicherung schlug der fortgesetzte Abbau von Risiken in diesem Bereich kaum durch. Die Zahl der Schaden- und Leistungsfälle entwickelt sich seit der Einführung der leistungsorientierten Krankenanstalten-Finanzierung sehr dynamisch (2004 +5%).

Die Prämieinnahmen wuchsen in der Krankenversicherung aufgrund der Zunahme der Versichertenzahlen sowie der Preiserhöhungen (Übersicht 3) rascher als die Leistungen an die Versicherten (Übersicht 5). Die Veränderungsrate der Leistungen blieb gegenüber dem Anstieg der Schaden- und Leistungsfälle deutlich zurück. Dieser Rückgang der durchschnittlichen Leistung je Fall ist ein Indiz für die geänderte Belagspolitik österreichischer Krankenhäuser. Die leistungsorientierte Krankenanstalten-Finanzierung macht die Unterteilung einer Behandlung in mehrere kleine Behandlungsschritte mit getrennten Krankenhausaufenthalten finanziell attraktiv.

Übersicht 5: Private Krankenversicherung

	Bruttoprämien Abgegrenzt	Aufwendungen für Versicherungs- fälle ¹⁾	Schadenquote	Überschuss aus der Finanz- gebarung	Erhöhung der versicherungs- technischen Rückstellungen
	Mio. €	Mio. €	In %		Mio. €
2000	1.164	963	82,7	147	156
2001	1.212	996	82,1	142	176
2002	1.259	1.000	79,4	130	171
2003	1.306	1.029	78,8	111	174
2004	1.354	1.056	78,0	131	206
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
2000	+ 2,8	+ 3,6	+ 0,8	+ 16,5	+ 6,6
2001	+ 4,1	+ 3,4	- 0,7	- 3,4	+ 12,4
2002	+ 3,8	+ 0,5	- 3,2	- 8,8	- 2,7
2003	+ 3,7	+ 2,9	- 0,8	- 14,1	+ 1,7
2004	+ 3,6	+ 2,6	- 1,0	+ 17,3	+ 18,5

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich. – ¹⁾ Einschließlich Prämienrückerstattung.

Aufgrund der divergierenden Entwicklung von Prämien und Leistungen sank die Schadenquote auf ihren niedrigsten Wert seit Anfang der achtziger Jahre. Sie ist als Verhältnis zwischen Prämien und Leistungen ein Maßstab für die Deckung der Leistungen durch laufende Einnahmen. Die zweite Quelle zur Finanzierung von Leistungen an die Versicherten ist der Überschuss aus der Finanzgebarung. Auch in der Vermögensveranlagung wurde das Ergebnis gegenüber den Vorjahren deutlich verbessert. Das gute versicherungstechnische Ergebnis und hohe Finanzerträge ermöglichten eine deutliche Ausweitung der Rückstellungen. Die Erwartung von Mehrausgaben nach der Berücksichtigung der neuen Rententafeln (steigende Lebenserwartung) war ebenfalls ein Motiv für die aktive Rückstellungspolitik. Gesteigert wurde 2004 auch das EGT. Die Eigenkapitalrendite (EGT in Bezug zum Eigenkapital) betrug 2004 21,2% (2003 16,7%).

In der Schaden-Unfallversicherung verstärkte sich 2004 die bereits im Vorjahr beobachtete Zunahme der Zahl versicherter Risiken bei gleichzeitiger Abnahme der Schaden- und Leistungsfälle. So wurden in der Sachversicherung um 2% mehr versicherte Risiken und um 4,8% weniger Schäden verzeichnet. Weniger deutlich war diese Tendenz in der Unfallversicherung. Da die Sachversicherungsprodukte für den Großteil der Preissteigerung von Versicherungsprodukten maßgebend waren (Übersicht 3), entwickelten sich 2004 die Prämieinnahmen noch dynamischer als im Vorjahr (Übersicht 6).

Schaden- und Leistungsfälle in der Sachversicherung stark rückläufig

Übersicht 6: Schaden- und Unfallversicherung

	Bruttoprämien Abgegrenzt	Überschuss aus der Finanzgebarung	Aufwendungen für Versicherungsfälle	Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen
	Mio. €			
2000	6.702	712	5.390	35
2001	6.978	691	4.903	39
2002	7.559	565	6.011	27
2003	7.861	567	5.490	34
2004	8.367	648	5.550	56
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
2000	+ 3,2	+ 1,8	+ 20,4	- 10,3
2001	+ 4,1	- 3,0	- 9,0	+ 11,7
2002	+ 8,3	- 18,3	+ 22,6	- 31,5
2003	+ 4,0	+ 0,4	- 8,7	+ 28,4
2004	+ 6,4	+ 14,2	+ 1,1	+ 63,1

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich.

Die verhaltene Zunahme der Leistungen entstand durch im Einzelfall höhere Schadenssummen. Insgesamt ging die Schadenquote jedoch auch in dieser Versicherungsabteilung von 69,8% (2003) auf 66,3% (2004) zurück. Erstmals seit 1997 lag sie damit unter dem langjährigen Durchschnitt.

Nur die Einbruchdiebstahlversicherung verzeichnete 2004 einen sprunghaften Anstieg der Schadenquote auf 122,7%, rund das Doppelte des langjährigen Mittelwertes (62%). Die Steigerung der Anzeigen von Einbruchdelikten in der österreichischen Kriminalstatistik bestätigt diese drastische Entwicklung. Dabei nahm das Risikobewusstsein noch nicht zu: Die versicherten Risiken erhöhten sich in der Einbruchdiebstahlversicherung um nur 1,4% auf etwa 300.000. Wegen des geringen Gewichts der Einbruchdiebstahlversicherung schlägt dieser ungünstige Verlauf nicht auf die Kennzahlen der gesamten Sachversicherung durch.

Vergleichsweise hohe Überschüsse aus der Kapitalveranlagung ermöglichten in der Schaden-Unfallversicherung sowohl eine Ausweitung der versicherungstechnischen Rückstellungen als auch eine deutliche Steigerung des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Gemessen am Eigenkapital der Branche folgt daraus für 2004 eine Eigenkapitalrendite von 10,9% (2003 6,4%).

Mit 66,3% lag die Schadenquote in der Sachversicherung 2004 erstmals seit 1997 unter dem langjährigen Durchschnitt. Nur die Einbruchdiebstahlversicherung verzeichnete 2004 einen sprunghaften Anstieg der Schadenquote.

Die Eigenkapitalrendite wurde in der Schaden-Unfallversicherung 2004 auf 10,9% gesteigert.

Veranlagungsrendite in allen Versicherungsabteilungen gesteigert

Professionellere Kapitalveranlagung und günstige Rahmenbedingungen trugen 2004 zur Ausweitung des Vorsprungs der Renditen versicherungswirtschaftlicher Kapitalanlagen gegenüber der Sekundärmarktrendite bei.

Die starke Zunahme der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen spiegelte 2004 den Aufbau versicherungstechnischer Rückstellungen in allen drei Versicherungsabteilungen wider. Mit +7,2% wurde die höchste Zuwachsrate seit 1997 verzeichnet. Die Struktur der Kapitalveranlagung verlagerte sich wie in den Vorjahren weg von Darlehenspolizzen und Immobilien hin zu liquiden Veranlagungsformen. Der Anteil von Wertpapieren an den Kapitalanlagen nahm durch diese Umschichtung um 2,5 Prozentpunkte zu. Anteilswerte wurden dabei von den Versicherungsunternehmen bevorzugt (+1,5 Prozentpunkte). Die Tendenz zur Auslagerung der Vermögensveranlagung aus Versicherungsunternehmen an Kapitalanlagegesellschaften blieb 2004 ungebrochen.

Die günstigen Bedingungen auf den Aktien- und Anleihemärkten und die professionelle Kapitalveranlagung hatten 2004 eine Steigerung der Renditen versicherungswirtschaftlicher Kapitalanlagen zur Folge. In allen Versicherungsabteilungen wurde das Ergebnis gegenüber dem Vorjahr verbessert (Übersicht 7). Den größten Abstand gegenüber der Sekundärmarktrendite für Bundesanleihen erwirtschaftete mit +2,5 Prozentpunkten die Lebensversicherung. Trotz der wesentlich kurzfristigeren Geschäftshorizonte in der Schaden-Unfallversicherung erzielte die Sparte ein ähnlich gutes Veranlagungsergebnis. Da höhere Kapitalerträge nur mit höherem Risiko bzw. geringerer Liquidität erreicht werden können, stellt sich die Frage, ob die Veranlagungspolitik in der Schaden-Unfallversicherung unerwartet große Schadenfälle ausreichend berücksichtigt.

Übersicht 7: Renditen der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen

	Sekundärmarktrendite Bund	Lebensversicherung	Krankenversicherung	Schaden- und Unfallversicherung
	Rendite in %			
1998	4,3	7,7	6,2	4,4
1999	4,1	7,3	5,6	6,7
2000	5,3	7,3	6,6	6,8
2001	4,6	6,1	5,9	6,8
2002	4,4	4,0	4,9	5,5
2003	3,4	5,6	4,0	5,3
2004	3,4	5,9	4,3	5,8

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich, WIFO-Berechnungen.

In 2004 Actuarial Results and Investment Earnings Soared for all Insurance Lines – Summary

After a year of muted growth in 2003, insurers more than doubled their premium revenues in 2004. For 2005, WIFO surveys find a similarly optimistic outlook. The upswing was fuelled by life and property-liability insurance, resulting in a new record penetration rate. With echo effects abating, claims payments in life insurance were cut by almost a quarter, and in the property-liability line payments rose at a moderate pace only. For all lines, the excellent investment results enabled insurers to increase their allocations to actuarial reserves and still report excellent results from their ordinary activities. The additional funds thus obtained help insurers to meet the more stringent equity requirements (solvability I) applicable since the start of 2004.

Throughout 2004, Austrian insurers performed better than their international peers. Compared to a global rise in premium revenues from life and non-life insurance of 2.3 percent in real terms, Austrian insurers boosted their revenues by 3.1 percent for non-life insurance and by 5.9 percent for life insurance. WIFO surveys provide strong indications that the positive trend has been continuing in 2005. In the longer term some of the momentum may go out of life insurance due to the conversion to actuarial tables with higher life expectancy rates and the cut in the maximum permissible guaranteed profit sharing to 2.25 percent applicable as of January 2006.

Price increases of 2.9 percent for insurance products in 2004 contributed 0.12 percentage point to the rise of consumer prices by 2.1 percent. In spite of the improved profit situation in 2004, prices for insurance products continued to go up in the first half of 2005 (+3.8 percent in a year-on-year comparison). Putting capital investment on a more professional level and better financial market conditions helped extend the gap between the yield from actuarial investments and the secondary market yield in 2004. For life insurance, capital investment yielded an average of 5.9 percent, whereas the figures for property-liability insurance and health insurance were 5.8 percent and 4.3 percent, respectively.

Swiss Re, "Die Auswirkungen der IFRS auf die Versicherungswirtschaft", Sigma, 2004, (7), <http://www.swissre.com/>.

Swiss Re, "Assekuranz Global 2004: Wachsende Prämien und verbesserte finanzielle Lage der Versicherer", Sigma, 2005, (2), <http://www.swissre.com/>.

Wegenkittl, K., "Neue Kalkulationsgrundlagen für Rentenversicherungen", Versicherungsrundschau, 2005, (5), S. 123-126.

Literaturhinweise

Die letzten 12 Hefte

- 10/2004 Ewald Walterskirchen, Export als Konjunkturmotor. Prognose für 2004 und 2005 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. III. Quartal 2004 • Marcus Scheiblecker, Umstellung der Preisbereinigung in der österreichischen VGR • Michael Böheim, Wettbewerb, Wettbewerbspolitik und Wirtschaftswachstum. Theoretische Grundlagen und empirische Evidenz für Österreich • Thomas Url, Sanierung der Schaden-Unfallversicherung 2003 fortgesetzt
- 11/2004 Margit Schratzenstaller, Bundesvoranschlag 2005: Hohes Defizit durch Steuerreform und steigende Transferausgaben • Alois Guger, Christine Mayrhuber, Angleichung des Pensionsalters der Frauen an jenes der Männer bis 2030. Auswirkungen in der gesetzlichen Pensionsversicherung • Kurt Kratena, Evaluierung der Liberalisierung des österreichischen Energiemarktes aus makroökonomischer Sicht
- 12/2004 Michael Wüger, Konsum nach Neuberechnung schwächere Konjunkturstütze. Zuwächse im Weihnachtsgeschäft möglich • Wolfgang Pollan, Der Verbraucherpreisindex als Konjunkturindikator? • Hans Seidel, Von Kriegsende bis zum Staatsvertrag. Eine wirtschaftshistorische Betrachtung
- 1/2005 Ewald Walterskirchen, Hoher Euro-Kurs bremst Konjunkturerholung. Prognose für 2005 und 2006 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2004 • Stephan Schulmeister, Weiterhin kräftiges Wachstum in Asien, Russland und den USA – Deutschland und Japan bleiben Nachzügler. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2009 • Margit Schratzenstaller, Neuer Finanzausgleich und Stabilitätspakt – keine grundlegenden Änderungen
- 2/2005 Margarete Czerny, Gebremstes Wachstum der europäischen Bauwirtschaft 2005 bis 2007 • Margarete Czerny, Martin Falk, Gerhard Schwarz, Sachgütererzeugung schränkt 2005 Investitionen ein. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Herbst 2004 • Gudrun Biffl, Julia Bock-Schappelwein, Thomas Leoni, Verschärfung der Arbeitsmarktprobleme von Randgruppen in Grenzregionen im Gefolge der Ostöffnung. Das Beispiel der Roma in Oberwart
- 3/2005 Karl Aiginger, Editorial • Wolfgang Pollan, Zur Messung der Inflation in Österreich • Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Kräftige Industriekonjunktur stützt 2004 die Ertragsentwicklung. Cash-Flow und Eigenkapitalausstattung der österreichischen Sachgütererzeugung • Wilfried Puwein, Effizienzsteigerungen in der Verkehrsinfrastruktur durch Privatisierungsschritte
- 4/2005 Marcus Scheiblecker, Ewald Walterskirchen, Erhöhte Konjunkturrisiken. Prognose für 2005 und 2006 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. I. Quartal 2005 • Margit Schratzenstaller, Bundesvoranschlag 2006: Schwerpunkte und Entwicklungslinien in längerfristiger Perspektive • Marcus Scheiblecker et al., Erholung der Wirtschaft im Jahr 2004
- 5/2005 Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Markus Marterbauer, Mittelfristig langsame Erholung der Inlandsnachfrage. Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2009 • Vasily Astrov (wiw), Unterschiedliche Einflüsse beschleunigen Wachstum in den MOEL • Gerhard Palme, Exportkonjunktur begünstigt 2004 Bundesländer mit bedeutender Industrie
- 6/2005 Karl Aiginger, Helmut Kramer – Leiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung 1981-2005 • Karl Aiginger, Strategien zur Steigerung von Wachstum und Beschäftigung in Österreich • Ralf Kronberger, Yvonne Wolfmayr, Liberalisierung des Dienstleistungshandels im Rahmen des GATS
- 7/2005 Julia Bock-Schappelwein, Entwicklung und Formen der Arbeitslosigkeit in Österreich seit 1990 • Franz Sinabell, Hochwasserschutzmaßnahmen und Schadensabdeckung in Österreich aus ökonomischer Sicht
- 8/2005 Margarete Czerny, Martin Falk, Gerhard Schwarz, Investitionen verharren 2005 auf hohem Niveau. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2005 • Oliver Fritz, Gerhard Streicher, Gerold Zakarias, MultiREG – ein multiregionales, multisektorales Prognose- und Analysemodell für Österreich
- 9/2005 Alois Guger, Markus Marterbauer, Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich • Michael Böheim, Wettbewerb und Wettbewerbspolitik auf dem österreichischen Strommarkt. Ein Überblick vier Jahre nach der Marktliberalisierung

Juni 2005 •
125 Seiten • 50,00 €,
Download kostenlos

Kraft-Wärme-Kopplung in Österreich. Perspektiven für technologische Innovationen und institutionelle Reformen in Österreich und Europa

ARGE "KWK-Studie" unter der Federführung von KWI Management Consultants & Auditors GmbH, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25646

WIFO, EQUIIHS, L&R •
Juni 2005 •
150 Seiten • 30,00 €,
Download kostenlos

Evaluierung Europäischer Sozialfonds 2000-2006: Ziel 3 – Österreich. ESF-Ziel 3 aus der Sicht der Maßnahmenträger

Martin Unger, Angela Wroblewski (EQUIIHS) • Unter Mitarbeit von Markus Bönisch, Andrea Leitner, Eva Rossbacher, Elfriede Wagner (EQUIIHS)

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25660

July 2005 •
108 pages • 40,00 €,
Download 32,00 €

Purchasing Power Parities for Tradables, Exchange Rates and Price Competitiveness

Stephan Schulmeister

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25656

Juli 2005 • 38 Seiten
• 20,00 €, Download
kostenlos

Ein Tourismus-Satellitenkonto für Wien. Ökonomische Zusammenhänge, Methoden und Hauptergebnisse 2003

Peter Laimer (ST.AT), Egon Smeral (WIFO)

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25662

July 2005 •
151 pages • 40,00 €,
Download 32,00 €

Determinants of Bank Profitability in Austria. A Micro-Macro Approach

Franz R. Hahn

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25688

August 2005 •
50 Seiten • 30,00 €,
Download 24,00 €

Einfluss der Haus- und Wohnungspreise auf Wirtschaftswachstum und Inflation

Markus Marterbauer, Ewald Walterskirchen

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25691

August 2005 •
20,00 €, Download
kostenlos

Die Schätzung der NAIRU in einer korporatistischen Wirtschaft

Wolfgang Pollan

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25709

September 2005 •
34 Seiten • 30,00 €,
Download kostenlos

Die Konsumausgaben österreichischer Haushalte im Pensionsalter

Thomas Url, Michael Wüger

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25746

September 2005 •
55 Seiten • 20,00 €,
Download kostenlos

Ein Tourismus-Satellitenkonto für Oberösterreich. Ökonomische Zusammenhänge, Methoden und Hauptergebnisse

Peter Laimer (ST.AT), Egon Smeral (WIFO)

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25749

September 2005 •
159 Seiten • 40,00 €,
Download kostenlos

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Burgenland 1995 bis 2003

Peter Huber

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25753